

Oberschlesische Wirtschaft

Zeitschrift

der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien in Oppeln und
des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, E. V. in Gleiwitz O.S.

Im Auftrage beider Körperschaften herausgegeben von

Landgerichtsrat a. D. von Stoephasius, Oppeln, Fesselstraße 8 und Bergassessor a. D. Portosch, Gleiwitz
Anzeigen-Aufnahme und Verwaltung: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, G. m. b. H., Deuthen O.S., Industrie-Str. * Telefon Sammel-Nr. 2851
Die Zeitschrift erscheint monatlich / Einzelpreis 0,50 RM / Bezugsgebühr vierteljährlich 1,50 RM
Alle für den Schriftteil bestimmten Sendungen sind an die Schriftleitung der „Oberschlesischen Wirtschaft“ Oppeln, Fesselstr. 8, zu richten

10. Jahrgang

Juni 1935

Heft 6

Inhaltsverzeichnis:

1. Das ober-schlesische Industriegebiet im Vergleich zu den Ruhrstädten und zum deutschen Großstadtdurchschnitt	238
2. Dr. Franz Goerrig, Lohmar: Die neuen Arbeitsbücher	244
3. Dr. W. Penkert: Verwendungsmöglichkeiten der Sperrguthaben	247
4. Dr. Vogels, Ministerialrat: Die neue Vergleichsordnung	248
5. Wirtschaftsberichte:	252
Die Wirtschaftslage in Deutsch-Oberschlesien im April-Mai 1935. — Der west-schlesische Steinkohlenbergbau im Mai 1935. — Die deutsch-schlesische Eisenindustrie im Mai 1935. — Vom Zinkblechmarkt im Mai. — Die ober-schlesische Zementindustrie im Mai 1935. — Die Güterwagengefellung in Oberschlesien im Monat April 1935. — Die wirtschaftliche Entwicklung Polens im 1. Vierteljahr 1935. Von Dr. Meißner. — Der polnische Steinkohlenbergbau im April 1935.	
6. Mitteilungen:	257
Ein weiterer stellvertretender Präsident der Industrie- und Handelskammer. — Kundgebung des ober-schlesischen Einzelhandels am 17. Mai 1935 in Gleiwitz. — Betrüger am Werk. Warnung der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel vor falschen Beitragsfassierungen. — Bezirksgruppe Schlesien der Reichsgruppe Industrie. — „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ wird weitergeführt. — Unterbringung des Personals des Chefs des Ausbildungswesens. — Die deutschen Zeitschriften — Sendboten deutscher Kultur. — Berechnung einer Indeziffer der Großhandelspreise für Kraft- und Schmierstoffe. — Einführung der Textilnormen in die Praxis. — Prüfverfahren für natürliche Gesteine. — Seeresbauten nur nach deutschen Normen.	
7. Steuerwesen:	261
Die Vorteile einer Umwandlung in begünstigte Gesellschaftsformen. Von Dr. Brönnner, Berlin. — Neue Steuergesetze und Verordnungen. — Ist ein Wechsel im System der Vorkredereabfchreibungen unzulässig?	
8. Verkehrswesen:	263
Eisenbahn: Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Durchfuhr-Ausnahmetarifes SD 6. — Reichsbahnkraftverkehr. — Reichsgüterkursbuch. — Blaubeerenbeförderungspläne. — Post: Aenderung der Sperrgutvorschriften. — Mindestmaße der Briefumschläge. — Nachnahmebetrag gilt nicht als Wertangabe. — Fernspreckverkehr mit dem Ausland. — Verbilligte Nachtgespräche im Fernspreckverkehr mit Amerika. — Kraftpostfahrplan für Schlesien. — Luftpost: Zulässigkeit von Luftpostsendungen. — Luftpostgebühren. — Schifffahrt: Stand der Odeebauten und der Odeerschiffahrt im Monat April 1935.	
9. Devisenbewirtschaftung und Außenhandel:	265
Devisenvorschriften: Zweite Verordnung zur Aenderung der Richtlinien für Devisenbewirtschaftung. — Zulässige Gegenseitigkeitsgeschäfte mit den Niederlanden. — Einstellung der privaten Verrechnungsgeschäfte mit Großbritannien. — Verrechnung von Nebentosten aus dem Warenverkehr mit Ungarn. — Neue Bestimmungen über die Führung von Ausländerfondentonten. — Zahlungsverkehr mit Rumänien. — Außenhandel: Der Weltthandel im 1. Vierteljahr 1935. — Der polnische Außenhandel im Monat April 1935.	
10. Gesetzgebung und Verwaltung:	266
Zur Aufhebung der allgemeinen Vereidigung der gerichtlichen Sachverständigen. — Neue Gesetze und Verordnungen.	
11. Rechtsprechung:	268
Arbeitsrechtliche Entscheidungen.	
12. Soziales:	269
Nachwuchs im Einzelhandel. Von Paul Schäfer. — Die Inventur des beruflichen Leistungsvermögens. — Günstige Entwicklung des Arbeitseinsatzes für Kaufmannsgehilfen im Monat April 1935. — Ständige Gefahrenquellen.	
13. Messen und Ausstellungen:	271
Breslauer Landmaschinenmarkt und Südoftausstellung. — Königsberger Ofimesse.	
14. Firmeneintragen:	273
15. Bücher und Zeitschriften:	273
16. Statistisches:	276

Das obererschlesische Industriegebiet im Vergleich zu den Ruhrstädten und zum deutschen Großstadtdurchschnitt.

Ausgearbeitet vom Statistischen Amt der Kommunalen Interessengemeinschaft
für das obererschlesische Industriegebiet.

Das obererschlesische Industriegebiet und die Ruhrstädte heben sich infolge ihrer besonderen Struktur deutlich aus dem Großstadtdurchschnitt heraus. Untereinander weisen sie im wesentlichen gleiches Gepräge auf — nur treten im obererschlesischen Industriegebiet alle Strukturmerkmale noch überspizter zutage als im Ruhrgebiet. Außerdem werden die mit der Struktur einseitig schwerindustrieller Industriebezirke notwendig verbundenen wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Besonderheiten im obererschlesischen Industriegebiet noch durch die speziellen Nöte des Grenzlandes verschärft. Die Schwerindustrie, die ausgesprochen konjunkturrempfindlich ist, hat in dem abseits liegenden Grenzbezirk an dem wirtschaftlichen Aufstieg erst später und nicht in gleichem Umfange Anteil, wie die gleichen Industrien in der Mitte des Reiches, also insbesondere im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, dem sich auch wegen seiner Größe viel stärker das allgemeine Interesse und die Hilfsbereitschaft der öffentlichen Stellen zuwendet.

Bezüglich der Gliederung nach Wirtschaftsabteilungen und nach sozialen Gruppen weist das obererschlesische Industriegebiet nahezu völlig gleiche Verhältnisse auf, wie die Ruhrstädte. Die Wirtschaftsabteilung Industrie und Handwerk beschäftigt allerdings in den Ruhrstädten 1—2 % der Erwerbstätigen mehr als im obererschlesischen Industriegebiet, während sich vor allem bei der Wirtschaftsabteilung „Öffentliche Dienste und private Dienstleistungen“ ein umgekehrtes Verhältnis zeigt. Aber diese Unterschiede sind verschwindend gering im Vergleich zu den Differenzen, die zwischen beiden Industriebezirken einerseits und dem Großstadtdurchschnitt andererseits bestehen. In Industrie und Handwerk beschäftigen in den Ruhrstädten 60—62, im obererschlesischen Industriegebiet 57 bis 59 % aller Erwerbstätigen, dagegen im Großstadtdurchschnitt nur 48 %. In Handel und Verkehr sind demgegenüber im Großstadtdurchschnitt 31 % aller Erwerbstätigen beschäftigt, in beiden Industriegebieten aber nur 21—23 %. Arbeiter sind im Ruhrgebiet 61—63 % aller Erwerbstätigen, in Oberschlesien 57 bis 60 %, aber im Großstadtdurchschnitt nur 50 %. Auf Selbständige entfallen im Großstadtdurchschnitt 12 % aller Erwerbstätigen, in beiden Industriegebieten nur 8—9 %, auf Angestellte und Beamte im Großstadtdurchschnitt 30 %, im obererschlesischen Industriegebiet 23—25 % und in den Ruhrstädten nur 21—22 %. Beide Gebiete charakterisieren sich so als einseitig industrielle Bezirke mit vorherrschender Arbeiterbevölkerung. (Uebersicht 1.)

Das obererschlesische Industriegebiet weist dabei aber einen noch geringeren Prozentsatz von Erwerbspersonen auf, als die Ruhrstädte. Dafür ist auf der anderen Seite der Prozentsatz der berufslosen Selbständigen und der Angehörigen ohne Hauptberuf in Oberschlesien höher. Insbesondere sind auch die Kinder unter 14 Jahren im obererschlesischen Industriebezirk

mit höherem Anteil vertreten als in den Ruhrstädten oder gar im Großstadtdurchschnitt. Das bedeutet, daß die obererschlesischen Industriekommunen noch stärker als jene des Ruhrgebiets, durch Verteilungsschlüssel benachteiligt werden, die (wie jener der Reichswohlfahrtshilfe) die Durchsetzung der Bevölkerung mit Erwerbstätigen oder Erwerbslosen zum Ausgangspunkte nehmen. Im obererschlesischen Industriegebiet hat jeder Erwerbstätige oder Erwerbslose eine weit größere Zahl von Angehörigen mit zu ernähren als anderswo. Die Durchschnittsstärke einer Haushaltung beträgt im Großstadtdurchschnitt 3,3, in den Ruhrstädten 3,6, im obererschlesischen Industriegebiet aber 4,0! Ein gleich hoher Lohn oder eine gleich hohe Unterstützung bedeutet also wegen der größeren Zahl der von dem Haushaltsvorstand mit zu ernährenden Angehörigen im obererschlesischen Industriegebiet einen niedrigeren Lebensstandard als anderswo. Außerdem bedingt der Kinderreichtum für die Kommunen eine gesteigerte Belastung durch die Beschaffung von Spielplätzen, Schulen und dergl.

Hinzu kommt, daß die Bevölkerung des obererschlesischen Industriegebiets unter dem Einfluß der hohen Geburtenziffern und der Rückwanderung aus Ost- und Oberschlesien noch immer stark im Wachsen ist, während jene der Ruhrgebietsstädte und ebenso jene der Großstädte im Durchschnitt nur noch eine relativ geringe Zunahme aufweist. Zwischen den beiden Volkszählungen von 1925—33 wiesen Beuthen und Gleiwitz unter allen deutschen Großstädten die überhaupt stärkste Zunahme auf! Während die Einwohnerzahl in den Ruhrgebietsstädten um 3,55 % und im Großstadtdurchschnitt um 5,55 % anstieg, erhöhte sie sich im obererschlesischen Industriegebiet um 12,48! — Eine so rasch wachsende Bevölkerung bringt selbstverständlich eine Fülle besonders gearteter und vordringlicher Aufgaben für die Kommunalverwaltungen mit sich. Es sei nur erinnert an die Beschaffung der notwendigen Wohnungen und Straßen, der Grünflächen, Spielplätze und Schulen, an die Erweiterung des Kanalisationsnetzes und dergl.

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit bietet zudem in der deutschen Südoestecke (teils wegen der besonders starken Zunahme auch an Personen im erwerbstätigen Alter, teils aus Absatzgründen) größere Schwierigkeiten als im Reiche und im Ruhrgebiet. Die Zahl der Erwerbslosen ist in der Zeit vom 31. 1. 1933 bis zum 28. 2. 1934 in den Ruhrgebietsstädten um 46 % und im Großstadtdurchschnitt um 51 % gesunken, im obererschlesischen Industriegebiet aber nur um 39 %. Die Zahl der WE. nahm im Großstadtdurchschnitt um 57, in den Ruhrstädten um 55, dagegen in Oberschlesien nur um 37 % ab! — Auf 1000 Einwohner kommen jetzt (trotz des Kinderreichtums) in den obererschlesischen Industriestädten noch 75, in den Ruhrstädten nur 68 und im Großstadtdurchschnitt nur 65 Arbeitslose! (Uebersicht 4.)

Uebersicht 1.

Wirtschafts- und Sozialstruktur nach der Volkszählung vom 16. 6. 1933 ¹⁾	Von je 100 Erwerbspersonen gehören zur Wirtschaftsabteilung:					Von je 100 Erwerbspersonen sind:					
	Land- und Forst- wirt- schaft	Indu- strie- und Hand- werk	Han- del und Ver- kehr	Öffentl. Dienste und priv. Dienst- leistung	Häus- liche Dienste	Selb- stän- dige	Mit- hel- fende fam.- ange- hörige	Be- amte	An- ge- stellte	Ar- beiter	Haus- ange- stellte
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1. Essen	2,1	60,3	23,1	9,4	5,1	8,3	2,4	4,4	19,9	60,0	5,0
2. Dortmund	3,2	58,5	23,7	9,0	5,6	8,9	3,0	4,9	17,8	59,9	5,5
3. Düsseldorf	2,1	50,4	29,1	12,4	6,0	11,8	3,1	5,4	25,3	48,7	5,7
4. Duisburg-S. . . .	2,0	59,9	24,0	8,6	5,5	7,8	2,4	4,8	17,4	62,2	5,4
5. Gelsenkirchen . .	3,1	66,8	17,4	7,8	4,9	6,9	2,8	3,8	13,6	68,1	4,8
6. Bochum	3,0	62,9	20,2	8,6	5,3	8,0	3,2	4,6	16,8	62,2	5,2
7. Oberhausen	2,9	64,4	20,1	7,9	4,7	8,0	3,3	4,9	14,3	64,9	4,6
8. Mülheim-R. . . .	4,0	57,1	25,3	8,5	5,1	9,6	3,8	5,1	18,0	58,5	5,0
9. Herne	2,5	68,2	16,5	7,6	5,2	6,8	2,7	3,4	13,1	68,8	5,2
10. Wanne-Eickel . .	2,5	64,5	21,6	6,7	4,7	7,0	2,5	5,5	12,3	68,1	4,6
11. Recklinghausen .	5,3	56,9	22,2	10,1	5,5	9,4	4,8	5,6	14,3	60,5	5,4
12. Bottrop	3,4	71,4	13,0	7,4	4,8	5,8	2,6	4,4	10,2	72,4	4,6
13. Witten	4,4	59,3	22,4	8,8	5,1	9,6	4,1	4,2	16,2	60,9	5,0
14. Wattenscheid . .	4,1	70,5	15,0	6,3	4,1	7,3	3,2	3,0	11,3	71,3	3,9
15. Gladbeck	5,4	67,1	14,5	5,4	4,6	6,8	3,8	4,1	11,2	69,4	4,7
16. Castrop-Raugel .	4,5	7,1	13,1	6,2	5,1	7,0	3,8	3,1	11,6	69,5	5,0
I. a) Durchschnitt 1—16	2,8	60,1	22,7	9,1	5,3	8,7	2,9	4,7	17,9	60,6	5,2
b) Durchschnitt ohne Düsseldorf	2,9	61,8	21,5	8,5	5,3	8,1	2,9	4,5	16,6	62,8	5,1
17. Beuthen	1,9	53,0	25,2	13,5	6,4	10,2	2,5	7,0	21,5	52,7	6,2
18. Gleiwitz	3,5	48,2	30,0	11,9	6,4	9,3	3,5	8,5	21,2	51,3	6,2
19. Hindenburg . . .	2,1	67,6	16,1	8,9	5,3	7,8	2,4	4,5	14,4	65,7	5,2
20. Landkreis Beuthen-Tarnowitz	10,0	71,0	8,4	7,4	3,2	5,3	5,2	2,0	8,5	75,3	3,7
II. a) Durchschnitt 17—20	3,6	58,8	21,2	10,7	5,7	8,3	3,2	5,7	16,9	60,3	5,6
b) Durchschnitt ohne Landkreis	2,5	56,6	23,5	11,3	6,1	9,0	2,8	6,6	18,9	56,9	5,8
III. Großstadt- Durchschnitt (52) .	1,9	48,2	31,4	13,0	5,5	12,1	2,8	6,6	22,9	50,4	5,2

¹⁾ Nach den Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes in „Wirtschaft und Statistik“, sowie nach schriftlichen Mitteilungen des Stat. Reichsamtes.

Uebersicht 2.

Erwerbspersonen und Angehörige nach der Volkszählg. v. 16. 6. 33	Auf je 100 Einwohn. kommen ¹⁾				Personen je Haushalt 2)
	Er- werbs- per- sonen	Be- rufs- lose Selb- stän- dige	An- gehö- rige ohne Haupt- beruf	Ein- der unter 14 Jah- ren	
1	2	3	4	5	6
1. Essen	41,3	9,1	49,6	23,0	3,54
2. Dortmund	42,2	8,8	49,0	22,7	3,66
3. Düsseldorf	47,5	8,6	43,9	18,3	3,31
4. Duisburg-S.	40,2	7,4	52,4	25,6	3,64
5. Gelsenkirchen	37,5	9,0	53,5	27,2	3,70
6. Bochum	39,6	9,5	50,9	24,1	3,64
7. Oberhausen	37,5	8,2	54,3	27,5	3,81
8. Mülheim	42,1	8,4	49,5	21,8	3,51
9. Herne	37,7	—	—	27,3	3,68
10. Wanne-Eickel	36,4	—	—	26,7	3,63
11. Recklinghausen	38,3	—	—	26,8	3,88
12. Bottrop	35,7	—	—	31,4	4,03
13. Witten	41,5	—	—	20,8	3,45
14. Wattenscheid	35,5	—	—	27,0	3,64
15. Gladbeck	35,1	—	—	30,3	3,86
16. Castrop-Raug.	36,8	—	—	28,6	3,81
Ia) Durchschnitt 1—16	40,8	8,7	49,8	24,0	3,60
b) Durchschnitt ohne Düsseldorf	39,8	8,7	50,9	24,9	3,65
17. Beuthen	41,2	10,3	48,5	26,2	4,07
18. Gleiwitz	39,4	8,9	51,7	27,0	3,95
19. Hindenburg	36,2	10,1	53,7	27,1	3,84
20. Landkreis Beuthen-Tarn.	33,5	8,7	57,8	33,0	4,24
IIa) Durchschnitt 17—20	37,6	9,6	52,8	28,1	4,0
b) Durchschnitt ohne Landfr.	38,7	9,8	51,5	26,8	3,94
III. Großstadt- durchschn. (52)	48,3	10,2	41,5	18,3	3,25

¹⁾ Nach den Veröffentlichungen des Stat. Reichsamts in „Wirtschaft und Statistik“, sowie nach schriftl. Mitteilungen des Stat. Reichsamts.

²⁾ Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1934.

Uebersicht 3.

Bevölkerungs- zunahme ¹⁾	Wohnbevölkerung		
	1925	1933	Zu- nahme i. v. S.
1	2	3	4
1. Essen	629 564	654 461	3,95
2. Düsseldorf	464 543	498 600	7,33
3. Dortmund	525 837	540 875	2,86
4. Duisburg-S.	421 217	440 419	4,56
5. Gelsenkirchen	330 186	332 545	0,71
6. Bochum	313 554	314 556	0,32
7. Oberhausen	186 322	192 345	3,23
8. Mülheim	128 830	133 279	3,45
9. Herne	91 297	98 595	7,99
10. Wanne-Eickel	91 024	92 269	1,37
11. Recklinghausen	84 069	87 411	3,31
12. Bottrop	82 159	86 218	4,94
13. Witten	73 288	72 580	0,97
14. Wattenscheid	62 870	62 096	1,23
15. Gladbeck	60 043	61 239	1,99
16. Castrop-Raugel	53 360	58 372	9,39
I. a) Durchschnitt 1—16	3 598 163	3 725 860	3,55
b) Durchschnitt ohne Düsseldorf	3 133 362	3 227 260	3,00
17. Beuthen	68 881	100 584	15,77
18. Gleiwitz	95 572	111 062	16,21
19. Hindenburg	122 671	130 433	6,33
20. Beuthen-Tarnowitz	79 029	91 019	15,17
II. a) Durchschnitt 17—20	384 153	433 098	12,48
b) Durchschnitt ohne Landkreis	305 124	342 079	12,11
III. Großstadt- Durchschnitt (52)	18 796 414	19 802 336	5,35

¹⁾ Entnommen der „Statistischen Korrespondenz“ 1933.

Angeichts dieser Sachlage nimmt es nicht Wunder, daß die Steuerkraft im obereschlesischen Industriegebiet eine ganz besonders geringe ist. Nach dem XI. Verteilungsschlüssel beträgt die Summe der Reichsrechnungsanteile je Einwohner im obereschlesischen Industriegebiet 56,— RM, in den Ruhrstädten 65,— RM und im Großstadtdurchschnitt 100,— RM! Bei dieser Berechnung sind die obereschlesischen Industriestädte sogar in-

sofern noch benachteiligt, als die Einwohnerzahlen von 1925 zugrunde gelegt sind, — also der ganze, gerade im obereschlesischen Industriegebiet so wesentliche — Bevölkerungszuwachs von 1925—33 in den vorstehenden Kopffiguren nicht berücksichtigt ist.

Die gleichen Verhältnisse zeigen sich, wenn man von dem nivellierten Realsteuerfoll je Einwohner ausgeht. Es stellt sich im obereschlesischen Industriegebiet auf 36,

Uebersicht 4.

Entwicklung des Arbeitseinsatzes	Arbeitslose ¹⁾				Wohlfahrtserwerbslose ²⁾			
	am 31. 1. 1933	am 28. 2. 1935	Rückgang i. v. H.	am 28. 2. 1935 je 1000 G.	am 31. 1. 1933	am 28. 2. 1935	Rückgang i. v. H.	am 28. 2. 1935 je 1000 G.
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1. Essen	79 406	41 798	47,4	63,9	43 954	16 870	61,6	25,8
2. Dortmund	73 710	38 448	47,8	71,1	49 956	21 336	57,3	39,4
3. Düsseldorf	61 527	32 427	47,3	65,0	27 109	10 249	62,2	20,6
4. Duisburg-H. . . .	63 681	36 089	43,3	81,9	43 385	21 089	51,4	47,9
5. Gelsenkirchen . . .	37 426	25 821	31,0	77,6	24 130	14 077	41,7	42,3
6. Bochum	33 363	15 348	54,0	48,8	25 670	11 085	56,8	35,2
7. Oberhausen	24 475	14 050	42,6	73,0	15 797	8 233	47,9	42,8
8. Mülheim	16 438	6 553	60,1	49,2	10 661	4 391	58,8	32,9
9. Herne	15 398	8 158	47,0	82,7	11 075	6 689	39,6	67,8
10. Wanne-Eickel . . .	12 123	7 157	41,0	77,6	8 954	5 037	43,7	54,6
11. Recklinghausen . .	6 967	3 492	49,9	39,9	5 403	1 445	73,3	16,5
12. Bottrop	10 697	6 975	34,8	80,9	7 461	4 121	44,8	47,8
13. Witten	9 096	4 574	49,7	63,0	6 134	3 169	48,4	43,7
14. Wattencheid	8 773	3 371	61,6	54,3	7 167	2 415	66,4	38,9
15. Gladbeck	7 428	4 410	40,6	72,0	5 850	1 841	68,5	30,1
16. Castrop-Rauel . . .	7 023	3 646	48,1	62,5	5 118	2 408	53,0	41,3
I. a) Durchschnitt 1—16	29 221	15 770	46,0	67,7	18 614	8 403	54,9	36,1
b) Durchschnitt ohne Düsseldorf	27 067	14 659	45,8	68,1	18 048	8 280	54,1	38,5
17. Beuthen	15 303	7 768	49,2	77,2	5 854	4 708	19,6	46,8
18. Gleiwitz	10 684	8 129	23,9	73,2	5 641	3 291	41,7	29,6
19. Hindenburg	16 141	9 645	40,2	73,9	7 461	4 579	38,6	35,1
20. Landkreis Beuthen-Tarnowitz	5 856	3 608	38,4	39,6	3 336	1 517	54,5	16,7
II. a) Durchschnitt 17—20	11 996	7 288	39,2	67,3	5 573	3 524	36,8	32,5
b) Durchschnitt ohne Landkreis	14 043	8 514	39,4	74,7	6 319	4 193	33,6	36,8
III. Großstadt- Durchschnitt (52) . .	50 685	24 804	51,1	65,1	28 018	12 159	56,6	31,9

¹⁾ Entnommen dem „Reichs-Arbeitsmarkt-Anzeiger“ bzw. „Arbeit und Arbeitslosigkeit“.

²⁾ Nach den monatlichen Mitteilungen des Deutschen Gemeindetages.

Uebersicht 5.

Steuer- kraftverhältnisse	Reichsrechnungsanteile je Einwohner ¹⁾ nach dem XI Verteilungsschlüssel			Nivelliertes Realsteuersoll je Einwohner RM 1931 ²⁾			Nivellier- tes Bürger- steuer- auf- kommen 1932 ³⁾	Steuer- ein- nahmen- je Einwohn. 1931 ⁴⁾	Betriebs- über- schüsse je Einwohn. 1931 ⁵⁾
	Ein- kommen- steuer	Körper- schafts- steuer	Zus- gesamt	Grund- ver- mögen- steuer	Ge- werbe- steuer	Zus- gesamt			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1. Essen	54,78	12,74	67,52	27,27	15,27	42,54	1,78	70,14	11,28
2. Düsseldorf	91,84	22,86	114,70	44,96	28,23	73,19	1,68	85,97	1,15
3. Dortmund	55,14	16,23	71,37	27,56	16,83	44,39	2,44	81,13	33,24
4. Duisburg-H.	53,69	18,03	71,72	31,76	18,11	49,87	1,65	72,05	10,52
5. Gelsenkirchen	32,46	12,16	44,62	21,13	10,73	31,86	1,26	63,48	3,66
6. Bochum	43,78	8,91	52,69	23,47	15,26	38,73	1,57	65,03	12,48
7. Oberhausen	39,93	7,31	47,24	25,90	14,55	40,45	1,42	63,52	6,58
8. Mülheim	53,51	9,67	63,18	28,92	12,44	41,36	1,65	56,76	8,52
9. Herne	38,85	6,73	45,58	21,63	9,79	31,42	1,27	61,73	8,31
10. Wanne-Eickel	30,52	3,86	34,38	18,01	9,19	27,20	1,24	55,47	1,90
11. Recklinghausen	38,60	5,67	44,27	25,63	9,28	34,91	1,41	58,37	0,95
12. Bottrop	28,91	9,60	38,51	19,25	20,08	39,33	0,98	68,12	3,57
13. Witten	37,17	5,00	42,17	23,19	10,36	33,55	1,48	58,98	11,64
14. Wattenscheid	24,68	7,42	32,10	15,04	14,25	29,29	1,01	57,77	0,45
15. Gladbeck	28,87	8,23	37,10	21,28	7,88	29,16	1,07	59,24	2,35
16. Castrop-Raugel	34,79	7,72	42,51	20,80	14,55	35,35	1,31	52,29	0,75
I. a) Durchschn. 1—16 . .	52,07	13,38	65,45	28,23	16,36	44,59	1,66	70,50	10,52
b) „ ohne Düsseld.	46,18	11,98	58,16	25,75	14,60	40,35	1,54	68,86	7,01
17. Beuthen	41,43	16,45	57,88	22,32	17,86	40,18	1,58	57,01	7,32
18. Gleiwitz	44,20	16,75	60,95	19,98	14,45	34,43	1,28	57,93	7,19
19. Hindenburg	23,26	11,06	34,32	16,20	15,18	31,38	1,18	54,81	2,15
20. Beuthen-Tarnowitz . .	18,32	63,19	81,51	12,93	24,69	37,67	1,10	41,90	—
II. a) Durchschn. 17—20 . .	31,56	24,42	55,98	18,11	17,54	35,65	1,28	53,41	4,19
b) „ ohne Landkr.	34,99	14,38	49,37	19,45	15,86	35,31	1,33	56,47	5,30
III. Großstadtdurchschn. (52)	84,17	15,42	99,59	44,04 ⁶⁾	23,64 ⁶⁾	67,68 ⁶⁾	—	82,25 ⁶⁾	16,14

¹⁾ Entnommen aus Ungethüm „Die deutschen Städte im Ueberweisungssystem des Reichsfinanzausgleichs, Berlin 1932“.²⁾ Nach dem Stat. Jahrbuch für Preußen 1933.³⁾ Entnommen der Zeitschrift „Der Gemeindegeldtag“ 1933, Nr. 7.⁴⁾ Nach dem Stat. Jahrbuch deutscher Gemeinden, 29. Jahrgang.⁵⁾ Preussische Großstädte.⁶⁾ Ohne Hamburg, Lübeck, Bremen.

in den Ruhrstädten auf 45 und im preussischen Großstadt-Durchschnitt auf 68,— RM!

Schließlich ergibt sich auch nach dem nivellierten Bürgersteuer-Aufkommen das gleiche Bild. Es beträgt im obereschlesischen Industriegebiet je Einwohner 1,3 RM, in den Ruhrstädten 1,5—1,7 RM. (Eine vergleichbare Ziffer für den Großstadt-Durchschnitt würde nur mit großer Mühe erstellbar sein.) (Uebersicht 5.)

Andere Verhältnisse konnten bei der Wirtschafts- und Sozialstruktur des obereschlesischen Industriegebiets auch nicht erwartet werden. Das Uebergewicht der Arbeiterbevölkerung in Verbindung mit der besonderen Größe der Haushaltungen muß die Steuerkraft und die Kaufkraft der Bevölkerung stark herabdrücken. Es darf in diesem Zusammenhange auch nicht vergessen werden, daß die Löhne im obereschlesischen Industriegebiet wegen der ungünstigeren Absatzbedingungen der Industrie im allgemeinen fühlbar niedriger sind als im Ruhrgebiet. Der durchschnittliche Barverdienst eines Bauers beträgt beispielsweise (nach der Dezember-Statistik) je Schicht im obereschlesischen Industriegebiet 7,34 RM, dagegen im Ruhrgebiet 8,12 RM.

Infolge dieser Steuerkraftverhältnisse sind die tatsächlichen Steuereinnahmen in den Ruhrstädten ständig höher als im obereschlesischen Industriegebiet und im Großstadtdurchschnitt wieder höher als in den Ruhrstädten, ohne daß die Steuerquellen stärker ausgeschöpft zu werden brauchten. 1931 betrugen z. B. die Steuereinnahmen je Einwohner im obereschlesischen Industriegebiet 53,— RM, in den Ruhrstädten 69,— und im Großstadtdurchschnitt sogar 82,— RM! Eine sehr ungünstige Lage ergibt sich für das obereschlesische Industriegebiet insbesondere auch bei einem Vergleich der *Beziehungsüberschüsse*. Sie erbrachten 1931 im obereschlesischen Industriegebiet 4,— RM je Einwohner, im Ruhrgebiet (ohne Düsseldorf) auch nur 7,— RM, im Großstadtdurchschnitt dagegen 16,— RM, also 4mal so viel wie im obereschlesischen Industriebezirk.

Diese geringe steuerliche Leistungsfähigkeit wirkt sich naturgemäß auf vielen Verwaltungsgebieten für die Bevölkerung sehr fühlbar aus. Beispielsweise betrug die *Unterstützung je anerkannten W.E.* im letzten Quartal, für das vergleichbare Angaben vorliegen (Juli-September 1934), im obereschlesischen Industriegebiet mit seinem außerordentlichen Kinderreichtum nur 139, in den Ruhrstädten und im Großstadtdurchschnitt aber 180—182,— RM! — Eine gleiche Benachteiligung der obereschlesischen Industriebevölkerung zeigt sich, wenn man die *Schulverhältnisse* ins Auge faßt. Im obereschlesischen Grenzlande sind infolge der teilweise zweisprachigen Bevölkerung die Schulverhältnisse schwieriger als in anderen Gegenden des Reiches. Trotzdem ist im obereschlesischen Industriegebiet eine Volksschulkasse in der Regel mit 49, in den Ruhrstädten nur mit 47 und im Großstadtdurchschnitt nur mit 41 Kindern besetzt — und trotzdem hat eine hauptamtliche Lehrperson im obereschlesischen Industriebezirk 52, in den Ruhrstädten nur 46 und im Großstadt-Durchschnitt sogar nur 38 Kinder zu unterrichten!

Ähnliche Beispiele lassen sich aus anderen Verwaltungsgebieten beibringen. Eingewiesen sei nur noch auf die besonders krasse *Wohnungsnot* im obereschlesischen Industriegebiet, die Folge der Rückwanderungsbewegung und des starken natürlichen Bevölkerungswachstums, sowie auch der geringen Kaufkraft der Be-

völkerung ist. Die letzten vergleichbaren Angaben entstammen der Reichswohnungszählung von Mai 1927. Damals wohnten in überfüllten Wohnungen (d. h. in Wohnungen mehr als 2 Personen je Wohnraum) im obereschlesischen Industriegebiet 44 % der Bevölkerung, in den Ruhrstädten nur 17 % und im Großstadtdurchschnitt nur 9 %! Die Verhältnisse dürften sich seitdem kaum entscheidend geändert haben. (Uebersicht 6.)

Uebersicht 6.

Einige Auswirkungen der Steuerschwäche	Vierteljährliche Durchschnittsunterstützung je anerkt. W.E. im Quartal Juli—Sept. 34 ¹⁾	Volksschulen einsehl. Hilfschulen ²⁾ im Winterhalbj. 32/33		Bewohner überfüllter Wohnungen i. v. S. der Gesamtzahl n. d. Reichswohnungszählung von 1927 ³⁾
		Schüler je Klasse	Schüler je hauptamtliche Lehrkraft	
1	2	3	4	5
1. Essen	164,36	45,9	46,1	13,5
2. Dortmund	180,74	48,1	46,4	19,6
3. Düsseldorf	151,58	45,1	43,9	11,3
4. Duisburg-S. . . .	177,47	46,1	44,5	15,5
5. Gelsenkirchen . . .	200,07	46,9	45,5	23,4
6. Bochum	187,81	45,6	45,9	20,6
7. Oberhausen	177,41	47,6	48,0	14,9
8. Mülheim	189,11	49,0	49,6	8,4
9. Herne	175,97	48,9	50,9	17,6
10. Wanne-Eickel . . .	158,91	45,6	46,4	18,6
11. Recklinghausen . .	248,10	49,7	49,3	15,1
12. Bottrop	199,51	48,5	48,9	21,8
13. Witten	163,66	45,7	47,7	13,3
14. Wattenscheid . . .	223,00	47,1	47,3	23,0
15. Gladbeck	281,73	46,1	46,3	17,7
16. Castrop-Rauxel . .	179,37	45,4	45,9	13,4
Ia. Durchschnitt 1—16	180,39	46,7	46,2	16,1
b. Durchschnitt ohne Düsseldorf . .	182,48	46,9	46,5	16,9
17. Beuthen	131,34	50,3	51,7	44,8
18. Gleiwitz	178,02	46,7	51,5	38,0
19. Hindenburg	119,60	47,2	49,1	42,6
20. Landkreis Beuthen-Tarnowitz . .	154,19	52,1	55,7	57,0 ⁴⁾
IIa. Durchschnitt 17—20	140,48	48,8	51,7	44,4
b. ohne Landkreis	138,55	47,8	50,6	41,7
III. Großstadt-Durchschnitt (52) . .	182,18	41,0	38,4	8,7

¹⁾ Nach Aufstellungen des Statistischen Reichsamtes.²⁾ Entnommen dem Statistischen Jahrbuch deutscher Städte, 29. Jahrg.³⁾ Band 361/362 zur Statistik des Deutschen Reichs.⁴⁾ Nur Gemeinden mit 5000 und mehr Einwohnern.

In dem vorstehenden textlichen Vergleich ist stets nur auf die Durchschnittsziffern Bezug genommen, um so die zwischen den 3 Vergleichsgruppen bestehenden Verschiedenheiten möglichst klar herauszuarbeiten. Dabei sind selbstverständlich viele zwischen den Städten im einzelnen bestehenden Unterschiede außer acht geblieben. Dieses Verfahren entspricht dem Zweck der Ausarbeitung, der darin gesehen wurde, den Nachweis zu führen, daß die Ruhrstädte und das oberchlesische Industriegebiet als einheitliche Gruppen schlechter dastehen als die ebenfalls als Einheit aufgefaßte Gruppe der deutschen Großstädte. Wesentlich für die Bewertung der Durchschnittsziffern ist dabei naturgemäß die Abgrenzung der Vergleichsgruppen. Für das oberchlesische Industriegebiet und für die Großstädte ist diese Abgrenzung von vornherein eindeutig gegeben, nicht aber für das Ruhrgebiet, wo man z. B. im Zweifel sein kann, ob Mülheim und Düsseldorf bei ihrer zum Teil abweichenden Struktur zum rheinisch-westfälischen Industriegebiet zu rechnen sind. Diese Frage ist jedoch zu bejahen, weil beide Städte nach ihrer Steuerkraft und ihrer wirtschaftlichen Verflechtung sehr eng mit dem Industriegebiet verknüpft sind. Gerade, wenn man den Vergleich auf Gruppendurchschnitte abstellt, ist es selbstverständlich nicht angängig, einzelne Städte, die in den wirtschaftlichen Zusammenhang hineingehören, nur deshalb auszulassen, weil sie den Durchschnitt in dem einen

oder anderen Sinne beeinflussen. — Wenn man den Vergleich auf Gruppen abstellt, die als Einheit gedacht sind, ist es ferner auch nicht sinngemäß, diese Gruppen ihrerseits weitgehend nach Größenklassen aufzuspalten, zumal alle Städte in den einheitlichen Industriegebieten unter einheitlichen Bedingungen stehen, wenigstens bezüglich der Momente, die mit zunehmender Größe der Stadt eine Erhöhung der Verwaltungskosten verursachen; also Unterhaltung von Straßen, Grünflächen, Spielplätzen, Kanalisationsanlagen und dergl.

Der auf die drei Einheiten oberchlesisches Industriegebiet, Ruhrstädte und Großstadt-Durchschnitt abgestellte Vergleich zeigt mit eindringlicher Deutlichkeit, wie sehr die Ruhrstädte gegenüber dem Großstadtdurchschnitt und die oberchlesischen Industriestädte wiederum gegenüber den Ruhrstädten im Nachteile sind. Die Benachteiligung des oberchlesischen Industriegebiets würde noch augenfälliger werden, wenn man auch im Ruhrgebiet die industriellen Landkreise mit in den Vergleich einbeziehen könnte. — Die aufgezeigten Verhältnisse geben wertvolle Anhaltspunkte zur Beurteilung der Frage, in welchem Umfange die einzelnen Gruppen für verpflichtet gehalten werden können, die finanziellen Lasten der Verwaltung aus eigener Kraft zu tragen, bzw. in welchem Ausmaße notwendigerweise erst mit Hilfe des Lastenausgleichs das Gleichgewicht zwischen Leistungsfähigkeit und Belastung herbeigeführt werden muß.

Die neuen Arbeitsbücher.

Von Dr. Franz Goerrig, Lohmar (Siegbkreis).

Das Gesetz vom 26. 2. 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 311) sieht „zur zweckentsprechenden Verteilung der Arbeitskräfte in der deutschen Wirtschaft“ die Einführung von Arbeitsbüchern vor. Diese Arbeitsbücher verfolgen einen doppelten Zweck. Sie sollen einmal den Bestrebungen dienen, jeden deutschen Arbeiter und Angestellten an „seine“ Stelle, d. h. an die seinen Befähigungen am besten entsprechende Arbeitsstelle zu bringen. Sie sollen andererseits laufende rechtzeitige und zuverlässige statistische Erhebungen und planmäßige Maßnahmen zu einem volkswirtschaftlich richtigen, der Nationalwirtschaft dienenden Arbeitseinsatz ermöglichen. In diesem Sinne stellen die neuen Arbeitsbücher eine Ergänzung des Gesetzes zur Regelung des Arbeitseinsatzes vom 15. 5. 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 381) und der Verordnung über die Verteilung von Arbeitskräften vom 10. 8. 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 786) dar.

Das Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes vom 15. 5. 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 381) hatte im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und um die Wiederaufrichtung einer geordneten deutschen Wirtschaft den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ermächtigt, „für Bezirke mit hoher Arbeitslosigkeit anzuordnen, daß Personen, die in diesen Bezirken am Tage des Inkrafttretens der zu erlassenden Anordnung keinen Wohnort haben, dort als Arbeiter oder Angestellte nur mit seiner vorherigen Zustimmung eingestellt werden dürfen“. Diese Ermächtigung diente der sogenannten regionalen Arbeitseinsatzpolitik, d. h. den Bestrebungen, durch eine zweckmäßige regionale, bezirkliche Verteilung der Arbeitskräfte einer Ueberfülle

von Arbeitsangeboten an einzelnen Stellen, insbesondere in Großstädten, und einem gleichzeitigen Mangel an Arbeitskräften in anderen Bezirken vorzubeugen.

Die Verordnung über die Verteilung von Arbeitskräften vom 10. 8. 1934 (Reichsgesetzbl. I Seite 786), die vom Reichswirtschaftsminister auf Grund des Gesetzes über wirtschaftliche Maßnahmen vom 3. 7. 1934 (Reichsgesetzbl. I Seite 565) erlassen wurde, ermächtigte den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung weiter, „die Verteilung von Arbeitskräften, insbesondere ihren Austausch, zu regeln“ und bestimmte, daß allen anderen Stellen Einwirkungen auf die Verteilung von Arbeitskräften verboten sind. Diese Anordnung sollte dem Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vor allem die Möglichkeit geben, den Arbeitseinsatz sachlich zu beeinflussen und für eine volkswirtschaftlich, national und sozial richtige Verteilung von Arbeitskräften in geeigneter Weise einzutreten z. B. im Wege des Austausches von jugendlichen Ledigen gegen ältere kinderreiche Arbeitslose und des Ersatzes weiblicher Arbeitskräfte durch männliche.

Eine solche Regelung des Arbeitseinsatzes setzt voraus, daß die Arbeitsvermittlungseinrichtungen sich im Einzelfalle an Hand zuverlässiger Unterlagen schnell darüber vergewissern können, ob ein Stellenbewerber in vollem Umfange den arbeitseinsatzpolitischen Gesichtspunkten, die bei der Besetzung oder Freimachung der betreffenden Arbeitsstelle zu berücksichtigen sind, voll entspricht, oder ob etwa die Bevorzugung eines anderen Bewerbers volkswirtschaftlich, national oder sozial rich-

tiger ist. Zu diesem Zwecke muß sich der Arbeitsvermittler im Einzelfalle schnell Gewißheit über die Vorbildung, die bisherige Tätigkeit usw. des betreffenden Stellenbewerbers verschaffen können. Diesem Zwecke sollen die neuen Arbeitsbücher dienen. Sie sollen damit zugleich das Interesse jedes einzelnen Arbeiters und Angestellten an den Bestrebungen der Reichsregierung und der Deutschen Arbeitsfront zur beruflichen Ertüchtigung wecken und festigen, und ihn daran interessieren, sich durch eine gute Berufsvorbildung und Berufsweiterbildung und entsprechende Angaben in seinem Arbeitsbuche berufliche Aufstiegsmöglichkeiten zu sichern, und damit das nationale Streben nach deutschen Qualitätsleistungen wirksam zu unterstützen.

Das Gesetz vom 26. 2. 1935 enthielt zunächst nur die Rahmenbestimmungen und es überließ die Festsetzung aller Einzelbestimmungen betreffend den für den Pflichtbesitz der Arbeitsbücher erforderlichen Personenkreis, die Aufmachung und den Inhalt der Arbeitsbücher, die Ausstellung, Ergänzung und Kontrolle derselben sowie die Rechte und Pflichten der Betriebsführer und Gefolgschaftsangehörigen besonderen Durchführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministers und des von diesem zur weiteren Durchführung ermächtigten Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Auf Grund dieser Ermächtigung hat der Reichsarbeitsminister eine erste Durchführungsverordnung vom 16. 5. 1935 (Reichsgesetzbl. I Seite 602 ff.) erlassen und in ihr den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zum Erlass weiterer Durchführungsanordnungen ermächtigt. Dieser hat im Deutschen Reichsanzeiger vom 18. 5. 1935 zwei Durchführungsanordnungen erlassen.

In Verbindung mit diesen Durchführungsbestimmungen ergeben sich bezüglich des erfaßten Personenkreises der Ausstellung, der Rechte und Pflichten der Beschäftigten und Betriebsführer und der Rechtsfolgen von Verstößen folgende, für die Praxis wichtige Einzelheiten:

I. Für welchen Personenkreis ist der Besitz eines Arbeitsbuches vorgeschrieben?

Das Gesetz vom 26. 2. 1935 überließ die Bestimmung des Kreises der Personen, die in Zukunft im Besitze eines Arbeitsbuches sein müssen, dem Reichsarbeitsminister. Es sieht grundsätzlich die Möglichkeit der Vorschrift des Besitzes von Arbeitsbüchern für alle Arbeiter und Angestellten vor, überläßt es aber dem Ermessen des Reichsarbeitsministers und den jeweiligen Bedürfnissen der Arbeitseinsatzpolitik, zu bestimmen, welche Einzelgruppen von Arbeitern oder Angestellten im Besitze eines Arbeitsbuches sein müssen. Damit soll einer bürokratischen, sachlich entbehrlichen Ueberlastung vorgebeugt und die Vorschrift des Arbeitsbuches auf die Fälle eines tatsächlichen Bedürfnisses beschränkt werden.

Nach der Durchführungsverordnung vom 16. 5. sollen nach endgültiger Durchführung des Gesetzes vom 26. 2. 1935 sämtliche in abhängigen Dienstverhältnissen stehende Deutsche, also alle Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Volontäre pflichtmäßig ein Arbeitsbuch besitzen müssen. Ausgenommen von dem Pflichtbesitz sind lediglich — außer den nicht als Arbeitnehmer tätigen, insbesondere freiberuflich oder unternehmerisch arbeitenden Personen —

a) Beschäftigte mit einem fest vereinbarten Monatsentgelt von mehr als 1000 Reichsmark,

b) Mitglieder der Besatzung von Seefahrzeugen,

c) Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Volontäre, die ihren Wohnort im Ausland haben,

d) in der Heimarbeit beschäftigte Personen, über die nach § 8 des Gesetzes über die Heimarbeit vom 23. 3. 1934 (RGBl. I S. 214) Entgeltbelege zu führen sind,

e) volksschulpflichtige Kinder und

f) solche Personengruppen, die durch besondere Ausnahmeverfügung des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers von der Verpflichtung zum Besitz eines Arbeitsbuches ausgenommen sind.

Da die sofortige Einführung des Arbeitsbuches für sämtliche (rund 21 Millionen Arbeiter und Angestellte) verwaltungstechnisch unmöglich ist, sehen die Durchführungsbestimmungen in Verbindung mit den Anordnungen des Präsidenten der Reichsanstalt eine stufenweise Einführung der Arbeitsbücher in der Weise vor, daß am 1. 6. 1936 sämtliche Arbeiter und Angestellten das Arbeitsbuch besitzen sollen, daß aber zunächst, und zwar vom 1. 6. 1935 ab mit der Ausstellung des Arbeitsbuches für folgende Betriebsgruppen begonnen wird, die nach statistischen Schätzungen etwa 8 Millionen Beschäftigte umfassen: Industrie der Steine und Erden — Eisen- und Stahlgewinnung — Metallhütten- und Metallhalbzeuge — Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren — Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau — Elektrotechnische Industrie — optische und feinmechanische Industrie — Chemische Industrie — Papierindustrie — Leder- und Limoleumindustrie — Hautschuh- und Asbestindustrie — Baugewerbe und Baunebengewerbe — Großhandel — Einzelhandel — Verlagsgewerbe, Handelsvermittlung und sonstige Hilfgewerbe des Handels, Geld-, Bank-, Börsen- und Versicherungswesen.

II. Wo werden die Arbeitsbücher ausgestellt und wie werden sie berichtigt und ergänzt?

Das Gesetz vom 26. 2. 1935 will zugleich einer Rechtszersplitterung auf dem Gebiete von Arbeitsausweisen vorbeugen. Dementsprechend bestimmt es, daß die Arbeitsbücher grundsätzlich ausschließlich von den Arbeitsämtern ausgestellt werden. Es untersagt auch ausdrücklich allen anderen Stellen „die Ausstellung von Arbeitsbüchern oder ähnlichen Ausweisen, von denen die Einstellung als Arbeiter oder Angestellter oder eine Bezeichnung bei der Einstellung abhängig gemacht werden soll“. Eine Ausnahme gilt nur für solche Fälle, die gesetzlich besonders festgelegt sind; so wird beispielsweise durch das Gesetz vom 26. 2. 1935 nicht das Recht der Reichskulturkammer und ihrer Einzelkammern (Reichsschrifttumskammer usw.) beschränkt für ihre Mitglieder (Schriftsteller, Schriftleiter usw.) die gesetzlich vorgeschriebenen Berufsausweise auszustellen.

Wer entgegen dieser Vorschrift des Gesetzes vom 26. 2. 1935 vorsätzlich ohne gesetzliche Ermächtigung Arbeitsbücher oder ähnliche Ausweise ausstellt, wird mit Gefängnis und Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Grundsätzlich soll jedes Arbeitsamt die Arbeitsbücher für die in seinem Bezirke polizeilich gemeldeten (nicht etwa beschäftigten) Personen ausstellen. Die Ausstellung

erfolgt nur auf Antrag der verpflichteten Arbeiter und Angestellten und nur nach Vorbringung einer von den Ortspolizeibehörden kosten- und stempelfrei auszustellenden Bescheinigung, aus der hervorgeht, daß der Antragsteller im Bezirk des betreffenden Arbeitsamtes ordnungsmäßig polizeilich gemeldet ist. Für die Arbeitsbücher werden einheitliche Vordrucke benutzt, die auf dafür vorgesehenen Spalten Angaben aufnehmen sollen über die berufliche Vorbildung und berufliche Tätigkeit des Inhabers. Grundsätzlich darf jeder Arbeiter oder Angestellte, auch wenn er gleichzeitig für mehrere Betriebe tätig ist, nur ein Arbeitsbuch besitzen. Die Ergänzung der Arbeitsbücher durch Angaben über Beginn, Art und Ende späterer Dienstverhältnisse erfolgt grundsätzlich durch den jeweils in Betracht kommenden Unternehmer. Eintragungen über Berufs- oder Wohnungswechsel werden von den Arbeitsämtern vollzogen. Es kann aber auch der Präsident der Reichsanstalt die Unternehmer verpflichten, Wohnungs- und Berufswechsel der von ihm beschäftigten Arbeiter, Angestellten, Lehrlinge und Volontäre selbst unter entsprechenden Mitteilungen an die Arbeitsämter in die Arbeitsbücher einzutragen. Die Arbeitsämter führen über die Ausstellung und den Inhalt der Arbeitsbücher als Unterlagen für die Ersatzausstellung verloren gegangener oder unbrauchbar gewordener Bücher und zur Erleichterung arbeitseinsatzstatistischer Erhebungen genaue Kartotheken.

III. Welche Rechtsfolgen hat der Nichtbesitz des vorgeschriebenen Arbeitsbuches?

Der Besitz des vorgeschriebenen Arbeitsbuches ist vom Zeitpunkt des Inkrafttretens der Vorschrift des Pflichtbesitzes an gesetzliche Voraussetzung der Zulässigkeit der Beschäftigung überhaupt. In diesem Sinne bestimmt das Gesetz vom 26. 2. 1935 im § 2 ausdrücklich, daß „Arbeiter und Angestellte, für die nach § 1 Arbeitsbücher auszustellen sind, von dem Zeitpunkte an, den der Reichsarbeitsminister bestimmt, nur beschäftigt werden dürfen, wenn sie im Besitze eines ordnungsmäßig ausgestellten Arbeitsbuches sind“. Daraus ergeben sich schwerwiegende strafrechtliche und zivilrechtliche Rechtsfolgen.

S t r a f r e c h t l i c h gilt die Vorschrift des § 4, der zufolge mit Geldstrafe bis zu 150,— RM oder mit Haft sowohl derjenige bestraft wird, der

- a) als Unternehmer bzw. Betriebsführer einen Arbeiter oder Angestellten beschäftigt — gleichgültig auf Grund welcher Arbeitsbedingungen — der nicht im Besitze des vorgeschriebenen Arbeitsbuches ist, oder der
- b) als Arbeiter oder Angestellter sich von einem Unternehmer oder Betriebsführer beschäftigen läßt, obwohl er nicht im Besitze des vorgeschriebenen Arbeitsbuches ist, also obwohl er sich das vorgeschriebene Arbeitsbuch nicht rechtzeitig beschafft hat, oder obwohl er es unterlassen hat, sich nach dem Verlust seines Arbeitsbuches ein neues Arbeitsbuch unverzüglich ausstellen zu lassen.

Dabei gilt als ordnungsmäßiges Arbeitsbuch natürlich nur ein Arbeitsbuch, welches den Vorschriften des Gesetzes vom 26. 2. 1935 und den einschlägigen künftigen Ausführungsanordnungen des Reichsarbeitsministers entspricht, beispielsweise nicht auch ein Arbeitsbuch, welches ein Minderjähriger auf Grund der Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung zu einem wesentlich anderen Zwecke im Besitze hat.

Z i v i l r e c h t l i c h ergeben sich die Rechtsfolgen des Nichtbesitzes des vorgeschriebenen Arbeitsbuches aus § 134 des Bürgerlichen Gesetzbuches in Verbindung mit der Tatsache, daß eine Beschäftigung ohne das vorgeschriebene Arbeitsbuch verboten und in einem solchen Falle der Arbeitsvertrag gemäß § 134 des Bürgerlichen Gesetzbuches wegen Verstoßes gegen ein gesetzliches Verbot nichtig ist.

Daraus ergibt sich weiter, daß bei Einstellung eines Arbeiters oder Angestellten ohne das vorgeschriebene Arbeitsbuch ein gültiger Dienstvertrag nicht zustande kommt, der betreffende Arbeiter oder Angestellte also jederzeit fristlos entlassen werden kann, allerdings für seine tatsächliche Dienstleistung eine angemessene Vergütung beanspruchen kann.

Ergeht die Vorschrift des Pflichtbesitzes eines Arbeitsbuches während der Dauer eines Dienstvertrages, so kann in der Regel, sofern die Ausführungsbestimmungen nichts Gegenteiliges besagen werden, der Angestellte oder Arbeiter fristlos entlassen werden, wenn er die rechtzeitige Beschaffung des Arbeitsbuches unterläßt. In einem solchen Falle steht ihm auch das Recht der Kündigungswiderrufklage nicht zu, weil die Kündigung gemäß § 62 des Arbeitsordnungsgesetzes „auf einer gesetzlichen Verpflichtung beruht“.

Der wegen Fehlens des Arbeitsbuches nichtige Dienstvertrag wird allerdings rechtsgültig, wenn das vorgeschriebene Arbeitsbuch vor Aufkündigung des Dienstvertrages nachträglich beigebracht wird.

IV. Welche Pflichten bestehen für die Beschäftigten?

Auf Grund des Gesetzes vom 26. 2. 1935 und der Durchführungsbestimmungen vom 16. und 18. 5. 1935 sind alle Arbeiter, Angestellten, Lehrlinge und Volontäre, für die der Pflichtbesitz eines Arbeitsbuches vorgeschrieben ist, verpflichtet, sich:

1. rechtzeitig an das für ihren Wohnort zuständige Arbeitsamt persönlich oder schriftlich unter Einreichung einer polizeilichen Meldebescheinigung mit dem Antrag auf Ausstellung eines Arbeitsbuches zu wenden,
2. bei der Beantragung des Arbeitsbuches alle für die Ausfüllung desselben erforderlichen und von ihm verlangten Angaben über seine Person und sein Berufsleben richtig und vollständig zu machen und auch spätere Änderungen des Wohnortes, der Wohnung oder des Berufes seinem Betriebsführer bzw. dem Arbeitsamt zwecks Berichtigung des Arbeitsbuches zu melden,
3. auf Verlangen seine Angaben zu belegen bzw. glaubhaft zu machen,
4. auf Anordnung des Arbeitsamtes bei diesem persönlich zur Auskunfterteilung zu erscheinen,
5. solange er arbeitslos ist, sein Arbeitsbuch sorgfältig aufzubewahren,
6. sich jeder eigenen Eintragungen in das Arbeitsbuch zu enthalten,
7. soweit er bei Ausstellung des Arbeitsbuches in einem Beschäftigungsverhältnis steht, oder soweit er später ein Beschäftigungsverhältnis neu antritt, das Arbeitsbuch unverzüglich dem Betriebsführer oder dem von ihm bestimmten Vertreter auszuhändigen,
8. unverzüglich einen etwaigen Verlust des Arbeitsbuches seinem Arbeitsamt anzuzeigen,

9. bei Verlust oder Unbrauchbarkeit des Arbeitsbuches beim zuständigen Arbeitsamt unverzüglich ein neues Arbeitsbuch zu beantragen, und die für Ersatzbücher etwa vom Präsidenten der Reichsanstalt festgelegten Gebühren zu entrichten (die erstmalige Ausstellung eines Arbeitsbuches ist in jedem Falle gebührenfrei),

10. sich auch dann beim zuständigen Arbeitsamt ein neues Arbeitsbuch zu beschaffen, wenn die im bisherigen Arbeitsbuch etwa eingetragene Geltungsdauer abgelaufen ist,

11. das Arbeitsbuch im Falle der Arbeitslosigkeit und in Fällen besonderer Aufforderung dem Arbeitsamt vorzulegen,

12. das Arbeitsbuch auf Verlangen dem Arbeitsamt zurückzugeben,

13. von dem Zeitpunkt ab, in welchem er spätestens im Besitz des Arbeitsbuches sein muß, seine Tätigkeit einzustellen, solange er sich das erforderliche Arbeitsbuch noch nicht beschafft hat (vorläufig ist ein solcher Endtermin noch nicht festgelegt),

14. von der Anforderung eines neuen Arbeitsbuches Abstand zu nehmen, solange er noch über ein gültiges Arbeitsbuch verfügt.

V. Welche Verpflichtungen obliegen den Betriebsführern?

Für die Betriebsführer ergeben sich aus dem Gesetz vom 26. 2. 35 in Verbindung mit den Durchführungsbestimmungen folgende Verpflichtungen:

1. die Pflicht, sich von jedem unter die Vorschriften fallenden Arbeiter, Angestellten, Lehrling und Volontär rechtzeitig das vorgeschriebene Arbeitsbuch auszuhändigen zu lassen,

2. die Verpflichtung, die ihm ausgehändigten Arbeitsbücher sorgfältig aufzubewahren und bei Beendigung eines Dienstvertrages unverzüglich dem Inhaber wieder auszuhändigen,

3. das Arbeitsbuch auf Verlangen dem Arbeitsamt und sonstigen amtlichen Stellen sowie auch dem Inhaber zur Einsichtnahme vorzulegen,

4. im Falle des Abhandenkommens den Verlust dem Arbeitsamt und dem Inhaber zu melden und soweit er selbst den Verlust verschuldet hat, die Ersatzbeschaffungskosten zu tragen,

5. in jedes ihm ausgehändigte Arbeitsbuch Beginn, Art und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses einzutragen und soweit der Präsident der Reichsanstalt dies

anordnen sollte, in die Arbeitsbücher auch Änderungen des Wohnortes, der Wohnung oder des Berufes einzutragen,

6. dem Arbeitsamt von allen Eintragungen, die er pflichtgemäß in den Arbeitsbüchern vornimmt, sofort auf vorgeschriebenen Formularen Mitteilung zu machen,

7. sich aller unzulässigen Bemerkungen in die Arbeitsbücher und aller dem Inhaber günstigen oder nachteiligen Kennzeichnungen zu enthalten.

VI. Wie ist die Beachtung der einschlägigen Bestimmungen sichergestellt?

Die Durchführungsverordnung vom 16. 5. 1935 bedroht mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre, sofern nicht nach anderen Strafgesetzen eine schwerere Strafe verwirkt ist:

1. denjenigen, der wissentlich von einem für einen anderen ausgestellten Arbeitsbuch, als ob es für ihn ausgestellt wäre, Gebrauch macht,

2. denjenigen, der ein für ihn ausgestellttes Arbeitsbuch einem anderen zum Gebrauch überläßt,

3. denjenigen, der unbefugt mehrere Arbeitsbücher sich ausstellen läßt oder führt.

Nach derselben Verordnung wird mit Geldstrafe bis zu 150 RM oder mit Haft bestraft:

1. wer die vom Arbeitsamt verlangten Angaben über seine Person und sein Berufsleben unrichtig oder unvollständig macht,

2. wer als Unternehmer unrichtige Eintragungen in das Arbeitsbuch macht oder es unterläßt, unverzüglich die vorgeschriebenen Eintragungen in das Arbeitsbuch zu machen oder die vorgeschriebenen Anzeigen an das Arbeitsamt zu erstatten,

3. wer als Unternehmer das Arbeitsbuch oder Eintragungen in das Arbeitsbuch mit unzulässigen Merkmalen versieht,

4. wer als Unternehmer das Arbeitsbuch dem Arbeiter oder Angestellten unbefugt vorenthält,

5. wer unbefugt Eintragungen in das Arbeitsbuch macht,

6. wer vorsätzlich ein für ihn ausgestellttes Arbeitsbuch beseitigt oder unbrauchbar macht.

Das Arbeitsamt kann auch durch Androhung und Einziehung von Zwangsgeldern bis zu 150 RM die Einhaltung der gesetzlichen Verpflichtungen der Betriebsführer und Gefolgschaftsangehörigen erzwingen.

Verwendungsmöglichkeiten der Sperrguthaben.

Der im April-Heft der „Oberschlesischen Wirtschaft“ von mir gebrachte Beitrag „Sperrmark, Registermark, Konversionsmark“ wird durch die Runderlasse Nr. 71 bis 74/35 D. St. der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung vom 30. 4. 35, die im Mai durch die Presse veröffentlicht wurden, in seinen spezielleren Teilen überholt und z. T. auch vor grundsätzlichen neuen Gesichtspunkten der Sperrguthaben-Behandlung gestellt. Es ist daher notwendig, auf diese Runderlasse nachdrücklich hinzuweisen, mit der Hervorhebung, daß ihre Kenntnis auch

im Falle einer lediglich allgemeinen Orientierung unerlässlich ist.

Die Runderlasse stellen zunächst allgemein nochmals klar, daß während die Freigabe von Sperrguthaben nur aus eigenem Sperrguthaben des ursprünglichen Kontoinhabers erfolgen kann, zur Anlage von Sperrguthaben auch erworbene Sperrguthaben Verwendung finden können. Ausgeschlossen hiervon bleiben grundsätzlich erworbene Wertpapier-Sperrguthaben. An anderer Stelle finden sich zu der Frage von Freigabe und An-

lage noch sehr aufschlußreiche Erläuterungen, die — in teilweiser Zusammenfassung schon früherer Erklärungen — die Grundlinien der heutigen Sperrguthaben-Behandlung kennzeichnen. Die Beschränkung der Freigabe auf Sperrguthaben des ursprünglichen Kontoinhabers beruht darauf, daß man Personen, die eigene Vermögenswerte in Deutschland festliegen haben, nicht zumuten will, für gewisse Leistungen im Inland freie Mittel aufzuwenden. Billigkeitsgründe dieser Art scheiden naturgemäß aus, wenn eine Person „nicht gegen ihren Willen in der Verfügung über ihre deutschen Vermögenswerte beschränkt worden ist, sondern solche Werte rechtsgeschäftlich erworben hat, in der Regel in der Absicht, auf diese Weise aus dem Disagio gesperrter deutscher Werte im Ausland Nutzen zu ziehen. Diese Erwägung rechtfertigt es, dem ursprünglichen Kontoinhaber solche Personen gleichzusetzen, die nicht durch Kauf oder ein ähnliches Rechtsgeschäft, sondern durch Gesamtrechtsnachfolge (z. B. Erbschaft) oder Auseinandersetzung eines gesellschaftsrechtlichen Verhältnisses (z. B. Witterbeneignenschaft) ein Sperrguthaben erworben haben.“

Zu Einzelheiten übergehend, sei im Vergleich und Gegensatz zu den Abschnitten IV, Ziffer 5, 6, 8, 11 und 12 des oben erwähnten Beitrages im April-Heft u. a. aus den neuen Runderlassen hervorgehoben, daß für Wertpapier-sperrguthaben die Anlagemöglichkeit, wie schon eingangs kurz gestreift, absolut auf eigene Wertpapier-sperrguthaben des ursprünglichen Kontoinhabers beschränkt bleibt. Die geäußerte Annahme, daß es vielleicht unter Berufung auf ältere Bestimmungen in gewissen Härtefällen doch möglich sein könnte, hiervon eine Ausnahme zu erreichen, findet keine Stütze mehr. Die ferner geäußerte Möglichkeit, Sperrguthaben an die Deutsche Golddiskontbank (zur Auflösung im Zusatzverfahren) zu veräußern, soweit die Golddiskontbank den Ankauf vornimmt — was allerdings bekanntlich schon seit längerer Zeit nicht mehr geschehen ist, aber immerhin praktisch offen blieb — wird dahin kommen-

tiert, daß die Golddiskontbank, von Ausnahmefällen abgesehen, Sperrguthaben auch weiterhin nicht mehr ankauft, und daß die Vorschrift in III 57 Ri insolgedessen zur Zeit ohne praktische Bedeutung sei. Die des weiteren im April-Heft an letzter Stelle erwähnten Freigabemöglichkeiten für Zuwendungen und Zahlungen an Inländer für besondere Zwecke und evtl. auch für Ueberweisungen ins Ausland in Härtefällen finden in den Runderlassen eine weitverzweigte Behandlung, die gegenüber dem, was aus den Richtlinien vom 4. 2. 35 in Verbindung mit älteren Runderlassen ursprünglich ganz allgemein zu folgern war, z. T. wichtige Klarstellungen und Einschränkungen, z. T. auch Erweiterungen bringt.

Die Frage der Zwischenfinanzierung von Auslandsaufträgen mit langen Kreditfristen durch Sperrguthaben bei 30 % Devisenzahlung ist als erledigt anzusehen. Diese Frage, von Bedeutung für große Exportobjekte, stand mehrfach in der Erörterung. Eine kürzliche Stellungnahme der Reichsstelle gibt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß Genehmigungen verjagt werden müssen.

In den neuen Runderlassen findet sich zu dem Kapitel „Anlage von Sperrguthaben“ eine für die Praxis höchst brauchbare Darstellung der Zuständigkeit, des Antragverfahrens und der zu erfüllenden Voraussetzungen, insbesondere in Rücksicht auf den Erwerb von Hypotheken, Grundschulden und inländischem Grundbesitz einschl. Baukosten. RG 73/35 ist der Bezahlung von Waren gewidmet. Die vielleicht weitgehendste und in ihrer Materie schwierigste Erläuterung wird der Rückzahlung von Krediten, Behandlung von Zinsen, Erträgen und regelmäßigen Tilgungen und den zahlreichen Einzelfragen zu IV, 46 bis 51 Ri zugewendet. Die völlige Aufhebung von 11 Runderlassen aus den Jahren 1932—34 einschl. Teilaufhebung von 2 weiteren älteren Erlassen und die 2. Verordnung vom 15. Mai 1935 zur Aenderung der Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung kennzeichnen die stattgefundene Neugestaltung der Sperrguthaben-Ordnung.

Dr. W. Penkert.

Die neue Vergleichsordnung.

Von Dr. W. Bogels, Ministerialrat im Reichs- und Preussischen Justizministerium*)

Als am 1. Oktober 1927 die aus der Kriegszeit stammende Geschäftsaufsichtsverordnung außer Kraft trat und durch die Vergleichsordnung vom 5. Juli 1927 ersetzt wurde, glaubte man die schlimmsten Mißbräuche, die bis dahin auf Kosten der Gläubiger mit dem Konkursabwendungsverfahren getrieben worden waren, beseitigt zu haben. Leider erwies sich diese Hoffnung als trügerisch. Schon bald zeigte es sich, daß die Vergleichsordnung, die in mancher Hinsicht noch einen gesetzgeberischen Versuch darstellte, nicht in allen Punkten das Richtige getroffen hatte. In den Kreisen der Wirtschaft herrschte über die geschäftlichen Verluste, die man (wenn auch vielleicht nicht immer ganz zu Recht) hauptsächlich diesem Gesetz zuschrieb, ein solcher Unwille, daß die wirtschaftlichen Verbände sich allmählich fast einmütig die Forderung zu eigen machten, die Vergleichsordnung müsse so bald als möglich gründlich umgestaltet werden. Die Reichsregierung mochte jedoch damals das eben erst mit vieler Mühe durch den Reichstag hindurchgesteuerte Gesetz nicht sofort preisgeben. Die Zulässigkeit einer Abänderung durch Rechtsverordnung erschien rechtlich zweifelhaft.

*) Wir entnehmen diesen Aufsatz mit geringen Kürzungen unter Einwilligung des Verfassers der Zeitschrift „Deutsche Wirtschaftszeitung“ Nr. 10.

Auf Grund dieser Sachlage bestellte der Deutsche Industrie- und Handelstag im Einvernehmen mit dem Oesterreichischen Kammertag einen Ausschuß von Rechtswahrern und -Vertretern der Wirtschaft, den er mit der Ausarbeitung eines Entwurfes für eine gemeinsame deutsch-österreichische Vergleichsordnung beauftragte. Dieser Entwurf lag dem amtlichen Entwurf einer gemeinsamen deutsch-österreichischen Vergleichsordnung zugrunde, doch mußte der Gedanke der Rechtsgleichung mit Oesterreich wegen der dortigen politischen Entwicklung leider aufgegeben werden. Ein großer Teil des Entwurfes ist dann aber in die neue Vergleichsordnung vom 26. 2. 1935 übergegangen. Auch die Akademie für deutsches Recht erhielt Gelegenheit, sich eingehend zu dem Entwurf zu äußern. Auf diese Weise war es möglich, die Vergleichsordnung unter dem Gesichtspunkt der nationalsozialistischen Rechts- und Wirtschaftsauffassung zu überprüfen und entsprechend umzuarbeiten. Das Ergebnis liegt in Gestalt der neuen Vergleichsordnung vor. Diese wurde am 26. 2. 1935 vom Führer und Reichkanzler vollzogen und als Gesetz im RGBl. I 35 Seite 321 veröffentlicht. Seit dem 1. April 1935 ist die neue Vergleichsordnung an die Stelle der alten getreten.

I. Gläubigerschutz im Vorverfahren

1. Der kritischste Abschnitt in jedem Vergleichsverfahren ist die Zeit unmittelbar vor und nach der Stellung des Vergleichsantrags. Hier ist die Gefahr, daß der Schuldner Vermögen beiseite schafft oder daß einzelne Gläubiger sich Sonder Vorteile sichern, besonders groß. Gerade in dieser Hinsicht war die Regelung in der alten Vergleichsordnung wenig glücklich. Sie sah vor, daß das Verfahren nur eröffnet werden darf, wenn der Schuldner schriftliche Erklärungen einer Kopf- und Summenmehrheit der Vergleichsgläubiger, in denen sie der Verfahrenseröffnung zustimmen, beigebracht habe. Der Schuldner war hierdurch genötigt, seine Notlage schon vor Stellung des Vergleichsantrags gegenüber seinen Gläubigern zu bekennen. Hierdurch setzte er sich der Gefahr aus, daß einzelne rücksichtslose oder ängstliche Gläubiger sein Geschäft durch voreilige Vollstreckungsmaßnahmen lahmlegten. Andererseits begünstigte dieses außergerichtliche Vorverfahren in unerwünschter Weise die Entwicklung des jättsam bekannten Vergleichsagentenunwesens. Man hat daher gebeten, das Erfordernis der vorherigen Zustimmung der Gläubiger, das sich wider Erwarten keineswegs zu ihren Gunsten ausgewirkt hat, wieder fallen zu lassen. Das neue Gesetz hat diesem Wunsch entsprochen.

2. Der Gläubigerschutz im Vorverfahren wird jetzt auf andere Weise sichergestellt. Das Gericht hat unmittelbar nach Eingang des Antrags einen vorläufigen Verwalter zu ernennen sowie den Antragsingang und den Namen des Verwalters öffentlich bekannt zu machen (§ 11). Hierdurch wird erreicht, daß der Schuldner sofort einer Ueberwachung unterstellt, und daß die Gläubiger von der Einleitung des Verfahrens rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden. Die Bekanntmachung erfolgt stets im Deutschen Reichsanzeiger, daneben auch in dem für die amtlichen Bekanntmachungen des Gerichts bestimmten Blatt. Der Gläubiger kann sich also, obwohl das außergerichtliche Vorverfahren weggefallen ist, rechtzeitig auf das Vergleichsverfahren einstellen.

Im allgemeinen wird die Bestellung eines vorläufigen Verwalters ausreichen, um den Schuldner von unzulässigen Machenschaften abzuhalten. Sollte dies nicht der Fall sein, so kann das Gericht schon im Vorverfahren Verfügungsbeschränkungen gegen den Schuldner erlassen (§ 12) sowie auf Antrag des Verwalters anhängige Vollstreckungsmaßnahmen einzelner Gläubiger einstellen (§ 13). Diese Regelung paßt sich der Lage des einzelnen Falles an. Solange der Schuldner gläubigerfeindliche Handlungen unterläßt, wird er in der Weiterführung seines Geschäfts nicht behindert; sowie aber er selbst oder ein Gläubiger den Versuch macht, den mit dem Vergleichsantrag verbundenen Konkursaufschub (§ 46) zu mißbrauchen, kann das Gericht sofort zugreifen.

Dem vorläufigen Verwalter wird es auch nicht schwer fallen, sich durchzusetzen. Verweigert nämlich der Schuldner dem Verwalter ohne genügenden Grund eine Auskunft oder die Einsicht in seine Bücher und Geschäftspapiere oder handelt er einer berechtigten Anordnung des Verwalters oder des Gerichts zuwider, so hat dies die Ablehnung des Vergleichsverfahrens und die Entscheidung über die Konkurseröffnung zur Folge (§ 17, Nr. 7, 9, § 19).

II. Verschärfung der Bestimmungen gegen unwürdige Schuldner

1. Das Vergleichsverfahren ist nur für Schuldner bestimmt, die nach ihrer Persönlichkeit und Wirtschaftsweise der im Vergleichsverfahren gewährten Schonung würdig sind. Das neue Gesetz hat daher mit besonderer Sorgfalt darauf geachtet, daß ungeeignete und unwürdige Schuldner vom Vergleichsverfahren ferngehalten werden. Dem gelegentlich geäußerten Wunsch, eine „Generalklausel“ dieses Inhalts anzunehmen, konnte das Gesetz allerdings nicht entsprechen; denn erfahrungsgemäß führt eine allzu dehnbare Bestimmung zu ungleichmäßiger Handhabung und Rechtsunsicherheit. Unter der Herrschaft der Geschäftsaufsichtsverordnung, in der eine solche allgemeine Wendung enthalten war, soll es vorgekommen sein, daß ein Schuldner seine Niederlassung lediglich deshalb verlegte, um sein Verfahren bei einem als nachsichtig geltenden Richter anhängig machen zu können.

Eine solche dehnbare Wendung ist aber auch nicht nötig. Im § 17 sind jetzt neun Ablehnungsgründe und im § 18 vier weitere Gründe aufgezählt, aus denen die Eröffnung des Ver-

fahrens abzulehnen ist. Der Umstand, daß der Schuldner in den letzten fünf Jahren ein Vergleichs- oder Konkursverfahren durchgemacht oder den Offenbarungseid geleistet hat, ist jetzt ein zwingender Ablehnungsgrund geworden. Als neue Gründe sind eingeführt: Mangelhaftigkeit der geschäftlichen Aufzeichnungen des Schuldners; Herbeiführung des Vermögensverfalls durch Preisschleuderei; schuldhaftes Verzögerung des Vergleichsantrags und schließlich Ausichtslosigkeit einer von der Fortführung des Geschäfts erwarteten Sanierung (§ 17 Nr. 8, § 18 Nr. 1, 2, 4).

Die Berufsvertretung des Schuldners (namentlich also die Industrie- und Handelskammer) ist ebenso wie bisher vor der Entscheidung über die Verfahrenseröffnung zu hören. Sie erhält somit jedesmal Gelegenheit, das Gericht rechtzeitig auf Umstände hinzuweisen, die den Schuldner als vergleichsunwürdig erscheinen lassen.

2. Erhöhung des Mindestsatzes

Die Mindestquote ist von 30 auf 35 v. H. und bei einer Zahlungsfrist von mehr als einem Jahr auf 40 v. H. erhöht; eine Zahlungsfrist von mehr als 18 Monaten darf nur für den 40 v. H. übersteigenden Betrag des Angebots in Anspruch genommen werden. Diese Erhöhung ist bewußt maßvoll gehalten, weil es nicht zweckmäßig wäre, den Zugang zum Vergleichsverfahren durch Aufstellung eines übertrieben hohen, starren Mindestsatzes über Gebühr zu erschweren.

Noch wichtiger als jene Erhöhung ist, daß das Erfordernis des Mindestsatzes jetzt auf den Liquidationsvergleich ausgedehnt ist. Gerade diese Vergleichsform hat zu dem berechtigten Vorwurf Anlaß gegeben, daß die bisherige Vergleichsordnung es dem Schuldner zu sehr erleichtere, seine Verbindlichkeiten abzuschütteln. Jetzt darf das Vergleichsverfahren auf Grund eines solchen Vorschlags nur noch eröffnet werden, wenn die Verwertung des Vermögens voraussichtlich 35 v. H. der Vergleichsforderungen decken wird; sollte dennoch das Ergebnis der Verwertung hinter diesem Betrag zurückbleiben, so bleibt der Schuldner für den Unterschiedsbetrag kraft Gesetzes haftbar (§ 7 Abs. 4).

3. Zulässigkeit des Vergleichsverfahrens auch bei aufgelösten Gesellschaften

Den vorstehenden Verschärfungen steht eine nicht unwesentliche Milderung gegenüber. Nach der alten Vergleichsordnung war die Eröffnung des Vergleichsverfahrens über das Vermögen einer Handelsgesellschaft, Genossenschaft oder sonstigen juristischen Person ausgeschlossen, wenn die Gesellschaft aufgelöst war. Der Zwang, die Liquidierung einer überschuldeten oder zahlungsunfähigen Gesellschaft ausschließlich im Wege des Konkurses durchzuführen, hat sich als nicht zweckmäßig erwiesen. Daher stellt die neue Vergleichsordnung das Vergleichsverfahren auch der aufgelösten juristischen Person zur Verfügung (vgl. §§ 108 ff., 125 ff.).

III. Beseitigung des „Gläubigerparlamentarismus“

1. Die alte Vergleichsordnung trug insofern ein liberalistisches Gepräge, als sie den Gläubigern einen maßgebenden Einfluß auf die Führung des Verfahrens einräumte. Daß das Erfordernis der vorherigen Gläubigerzustimmung zur Einleitung des Verfahrens sich nicht bewährt hat, wurde bereits unter I 1 erwähnt.

2. Auswahl des Vergleichsverwalters und des Gläubigerbeirats

Recht unerfreulich waren auch die Erfahrungen, die man mit dem Einfluß der Gläubiger auf die Auswahl der Vertrauenspersonen und des Gläubigerbeirats gemacht hat. Nach der alten Vergleichsordnung hatte das Gericht in der Regel denjenigen zur Vertrauensperson zu bestellen, der ihm von der Gläubigermehrheit vorgeschlagen wurde. Dies spielte sich meist so ab, daß der Schuldner seine Gläubiger in einem Rundschreiben bat, durch Unterzeichnung eines Bordrucks dem Gericht den Vergleichsagenten des Schuldners, also im Grunde seinen eigenen Interessenvertreter für dieses Amt vorzuschlagen.

Da das Zustandekommen und die Durchführung eines mit Recht und Billigkeit zu vereinbarenden Vergleichs zu einem wesentlichen Teil von der Persönlichkeit des Vergleichsverwalters abhängt, ist es besonders wichtig, hier die unzweckmäßige Regelung der alten Vergleichsordnung durch eine bessere zu ersetzen. Das neue Gesetz schreibt vor, daß der Richter als vorläufigen oder endgültigen Verwalter einen geschäftsfundigen, von den Gläubigern und dem

Schuldner unabhängige Person zu bestellen hat (§§ 38, 11), ohne hierbei durch Vorschläge irgendwelcher Art gebunden zu sein.

Das Gericht hat es also in der Hand, jedesmal diejenige Persönlichkeit auszuwählen, die nach ihrer Vorbildung, Sachkunde und Erfahrung gerade für dieses Vergleichsverfahren geeignet ist. Gewiß steht es der Berufsvertretung des Schuldners oder auch dem Schuldner selbst frei, dem Gericht in Frage kommende Persönlichkeiten namhaft zu machen. Es ist auch nicht grundsätzlich ausgeschlossen, daß jemand, der den Schuldner bei der Einleitung des Verfahrens beraten hat, zum Verwalter bestellt wird, wenn er im übrigen geeignet ist. Dem Gericht ist aber in dieser Hinsicht keine Bindung auferlegt. Es braucht nur noch solche Persönlichkeiten zu bestellen, von deren Eignung es selbst überzeugt ist.

Diese Regelung kommt allen Beteiligten zugute. Sie gewährleistet, daß Gericht und Verwalter zum Besten des Schuldners und der Gläubiger sowie des Gemeinwohls vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Ähnlich verhält es sich mit dem Gläubigerbeirat. Die Vorschrift, wonach das Gericht verpflichtet war, auf Verlangen einer Gläubigermehrheit den Beirat zu bestellen, ist gestrichen. Das Gericht hat nach pflichtgemäßem Ermessen frei darüber zu entscheiden, ob ein Beirat bestellt und wer als Mitglied ernannt werden soll.

Der Entwurf 1933 sah vor, daß auch eine juristische Person Vergleichsverwalter sein könne. Nach nationalsozialistischer Rechtsauffassung soll nach Möglichkeit wieder das verantwortungsbewußte Handeln der Einzelpersonlichkeit zu Ehren kommen. Daher kommt eine juristische Person als Vergleichsverwalter nicht in Betracht.

3. Abstimmung im Vergleichstermin

Eines der Kennzeichen der nationalsozialistischen Bewegung ist, daß sie zwar grundlegende Umwälzungen herbeiführt, sich hierbei aber bewußt von schädlichen Ubertreibungen fernhält. Dieser Grundsatz wurde auch bei Entscheidung folgender Frage eingehalten: Es waren Stimmen laut geworden, die sich dafür einsetzten, die Abstimmung der Gläubiger im Vergleichstermin abzuschaffen und die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Vergleichsvorschlags ausschließlich in die Hand des Gerichts zu legen; das Gericht könne zwar die Gläubiger hören, es solle aber berechtigt sein, auch einen Vergleich, der ausdrücklich von den Gläubigern abgelehnt sei, für angenommen zu erklären. Im Einvernehmen mit den maßgebenden Vertretern der Wirtschaft hat man jedoch davon abgesehen, eine Vorschrift dieses Inhalts in das Gesetz aufzunehmen. Sie würde die Gläubiger entrechtet und den Kredit der deutschen Wirtschaft nicht nur im Inland, sondern namentlich auch im Ausland erschüttert haben. Sie hätte ferner das Schicksal des Schuldners und seiner Gläubiger mehr oder minder vom Gutdünken des Richters abhängig gemacht und hierdurch eine unerwünschte Rechtsunsicherheit mit all ihren schädlichen Folgen herbeigeführt. Das Gesetz hat daher daran festgehalten, daß der Hauptzweck des Vergleichsverfahrens darin besteht, eine sachgemäße Abstimmung der Gläubiger über den Vergleichsvorschlag herbeizuführen.

Das Gesetz hat aber gleichzeitig Vorsorge getroffen, daß das Zustandekommen des Vergleichs nicht übermäßig erschwert und daß Zufallsergebnisse nach Möglichkeit ausgeschaltet werden. Bei Berechnung der Kopfmehrheit werden in Zukunft nur noch die im Vergleichstermin anwesenden oder vertretenen (unter Einrechnung der schriftlich zustimmenden) Vergleichsgläubiger gezählt. Gläubiger, die nicht zum Termin kommen und sich mit einer schriftlichen Ablehnung des Vergleichs begnügen, werden bei Berechnung der Kopfmehrheit nicht berücksichtigt; denn der Vergleichstermin soll gerade dem Schuldner und dem Verwalter Gelegenheit geben, widerstrebende Gläubiger über etwaige Mißverständnisse aufzuklären und ihnen das Für und Wider des Vergleichs darzulegen. Eine Gefährdung der Gläubiger ergibt sich aus dieser Regelung nicht, da die Summenmehrheit auch weiterhin nach der Gesamtheit der Vergleichsforderungen berechnet wird.

Neu ist ferner die Vorschrift, daß der Vergleichstermin auf Antrag des Schuldners einmalig zu vertagen ist, wenn bei der ersten Abstimmung nur eine der Mehrheiten (also entweder die Kopf- oder die Summenmehrheit) erreicht worden ist. Auch diese Vorschrift wird die Gefahr von Zufallsergebnissen mindern.

Zu beachten ist, daß der angenommene Vergleich der gerichtlichen Bestätigung bedarf. Sollte also einmal ein Vergleich angenommen sein, der die gemeinsamen Belange der Gläubiger schädigt, oder durch unlautere Mittel (z. B. durch Gläubigerbegünstigung) zustande gebracht ist, so hat das Gericht von Amts wegen diesem Ergebnis der Gläubigerabstimmung die Anerkennung zu verjagen und gleichzeitig über die Eröffnung des Konkursverfahrens zu entscheiden.

Diese Regelung dürfte die goldene Mittelstraße darstellen, auf der sowohl die Belange der Gläubiger und des Schuldners sowie diejenigen des Gemeinwohls zu ihrem Recht kommen.

IV. Maßnahmen zur besseren Aufklärung des Sachverhalts und zur Unterrichtung der Gläubiger

Bei der bisherigen Regelung des Vergleichsverfahrens haben die Gläubiger des öfteren als einen Mißstand empfunden, daß sie über die Verhältnisse des Schuldners nicht genügend aufgeklärt wurden, so daß sie (namentlich, wenn sie wegen zu großer Entfernung oder wegen der Höhe der Vertretungskosten am Vergleichstermin nicht teilnahmen) die Angemessenheit und Erfüllbarkeit des Vergleichs nicht mit genügender Sicherheit nachprüfen konnten. Auch hier bemüht sich das Gesetz, Wandel zu schaffen.

1. Berichtspflicht des Verwalters

Der vorläufige und der endgültige Verwalter haben sofort die Ursachen des Zusammenbruchs des Schuldners, seine Vermögensverhältnisse, seine Vertrauenswürdigkeit und die Aussichten auf Erfüllung des Vergleichs nachzuprüfen und hierüber im Termin zu berichten. Das Gericht kann anordnen, daß der Verwalter noch vor dem Termin über diese Punkte einen schriftlichen Bericht erstatte, und daß er Abschrift des Berichts den Vergleichsgläubigern mitteile (§ 40 Abs. 3, § 11).

2. Auskunftspflicht des Schuldners

Der Schuldner hat dem Verwalter und den Gläubigerbeiratsmitgliedern Auskunft und Büchereinsicht zu gewähren. Lehnt er dies ohne genügenden Grund ab, so hat das Gericht sowohl nach altem wie nach neuem Recht das Verfahren einzustellen und über den Konkurs zu befinden (§ 100 Nr. 4).

3. Eidespflicht des Schuldners

Nach der alten VglO. war der Schuldner verpflichtet, auf Verlangen jedes beliebigen Vergleichsgläubigers im Vergleichstermin den Eideschwur zu leisten. Diese Vorschrift hat, wie jeder Kenner der Verhältnisse zugeben wird, dem Vergleichsverfahren mehr geschadet als genützt. Nach der neuen Regelung ist der Schuldner verpflichtet, auf Verlangen des Verwalters oder eines Vergleichsgläubigers über seine Vermögensverhältnisse, über etwa vorgenommene Auseinandersetzungen, über ansehbare Geschäfte u. dgl. im Termin Auskunft zu geben. Er braucht aber diese Angaben sowie die Vollständigkeit seines Vermögensverzeichnisses nur dann eidlich zu erhärten, wenn das Gericht es zur Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage für erforderlich hält (§ 69).

4. Wenn das Gericht den Vergleich bestätigt, hat es seinen wesentlichen Inhalt den Vergleichsgläubigern unter Hinweis auf die Bestätigung mitzuteilen (§ 78 Abs. 4).

V. Gleichbehandlung der Gläubiger

1. Nach altem wie nach neuem Recht muß der Vergleich grundsätzlich allen Vergleichsgläubigern gleiche Rechte gewähren. Eine ungleiche Behandlung ist nur zulässig, wenn eine bestimmte Kopf- und Summenmehrheit der zurückgesetzten Gläubiger zustimmt (§ 8). Neu eingefügt ist die Vorschrift, daß Gläubiger, deren Kapitalforderung durch den Vergleich nicht beeinträchtigt wird, kein Stimmrecht haben (§ 72).

2. Behandlung gegenseitiger Verträge

Gläubiger aus einem gegenseitigen Vertrag, der bei Verfahrenseröffnung beiderseits noch nicht voll erfüllt ist, sind nicht Vergleichsgläubiger. Dieser schon im bisherigen Recht enthaltene Satz hat in folgenden Fällen zu Ungerechtigkeiten geführt: Ein Vertrag über mehrere aufeinanderfolgende Leistungen (sog. Sukzessivlieferungsvertrag) gilt als einheitlicher Vertrag. Hatte nun der Gläubiger bei Verfahrenseröffnung nur einen noch so kleinen Teil seiner Leistung nicht bewirkt oder war ein Eigentumsvorbehalt noch nicht ganz erledigt oder war gar die Leistung deshalb nicht als vollständig bewirkt anzusehen, weil sie mangelhaft war, so blieb der Gläubiger mit seiner ganzen Gegenforderung vom Vergleichsverfahren unberührt. Das soll jetzt anders werden. Ist nämlich die vom Gläubiger

geschuldete Leistung teilbar und hat er bei Verfahrenseröffnung die Leistung zum Teil bewirkt, so ist er mit dem Gegenanspruch für diese Teilleistung Vergleichsgläubiger. Er kann dies auch nicht dadurch umgehen, daß er nach der Verfahrenseröffnung ein etwa vereinbartes Rücktrittsrecht ausübt; denn, soweit die Teilleistung in Frage kommt, ist ihm die Ausübung des Rücktritts nach Verfahrenseröffnung untersagt. Auch auf eine Mangelhaftigkeit der Leistung darf er sich nicht mehr berufen, um sich den Wirkungen des Vergleichs zu entziehen (§ 36). Durch diese Neuerungen dürfte eine der Ursachen, die unter den übrigen Gläubigern geradezu Erbitterung hervorgerufen hatten, beseitigt sein.

3. Bisher haben manche Gläubiger versucht, das dem Schuldner zustehende Vertragsablehnungsrecht dadurch zu beseitigen, daß sie ihn nötigten, im voraus auf das Ablehnungsrecht zu verzichten. Solche Abreden sind jetzt für unwirksam erklärt (§ 53).

VI. Erleichterungen für die Vollstreckbarkeit des Vergleichs

1. Einwirkung des Bestreitens auf die Vollstreckbarkeit der Vergleichsforderung

Im Vergleichstermin werden die Forderungen der Vergleichsgläubiger geprüft. Der Schuldner, der Verwalter und jeder Vergleichsgläubiger können die Forderung bestreiten. Der Gläubiger der bestrittenen Forderung kann sich an der Abstimmung nur beteiligen, wenn es zu einer Einigung über das Stimmrecht kommt, oder wenn das Gericht ihm ein Stimmrecht gewährt (§ 71).

Der Gläubiger einer nicht bestrittenen Forderung kann nach Bestätigung des Vergleichs auf Grund eines Auszugs aus dem Gläubigerverzeichnis (ähnlich wie im Konkurs aus der Tabelle) gegen den Schuldner vollstrecken. Hier sieht nun das Gesetz eine wesentliche Veränderung vor. Bisher hatte nicht nur das Bestreiten des Schuldners oder des Verwalters, sondern auch das Bestreiten jedes Vergleichsgläubigers zur Folge, daß der bestrittenen Forderung die Vollstreckbarkeit genommen wurde. Das war für den bestrittenen Gläubiger um so bequemer, als er nicht die Möglichkeit hatte, den widersprechenden Gläubiger im Prozeß zur Rücknahme seines Widerspruchs zu zwingen. Nach der neuen Regelung ist nur noch das Bestreiten des Verwalters oder des Schuldners für die Vollstreckbarkeit von Bedeutung. Dagegen ist das Bestreiten eines Vergleichsgläubigers in dieser Hinsicht unbeachtlich (§ 85 Abs. 1).

2. Vollstreckung gegen den Vergleichsbürgen

Für das bisherige Recht wurde die Meinung vertreten, daß der Vergleichsbürge sich nur durch mündliche Erklärung im Vergleichstermin gegenüber den Vergleichsgläubigern verpflichten könne. Die neue VglO. stellt ausdrücklich klar, daß die Bürgschaft auch durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vergleichsgericht übernommen werden kann; hierbei macht es keinen Unterschied, ob die Erklärung von vornherein mit dem Vergleichsantrag oder erst später dem Gericht eingereicht wird.

3. Vollstreckung auf Grund der Wiederauflebensklausel

Der Gläubiger konnte nach der alten VglO. die Rechte aus einem Verzug des Schuldners nur geltend machen, wenn er gemäß § 726 ZPO. die Verzugsvoraussetzungen durch öffentliche Urkunden nachwies. Mancher Gläubiger hat dies als zwecklose Förmlichkeit empfunden, namentlich wenn der Verzug offenkundig war. Von jetzt ab soll es genügen, wenn der Gläubiger Mahnung und Nachfrist glaubhaft macht; die übrigen Verzugsvoraussetzungen (Nichtleistung, Verschulden) braucht er zur Erlangung der Vollstreckungsklausel nicht mehr nachzuweisen. Sollte der Schuldner das Vorliegen dieser Voraussetzungen bestreiten, so bleibt es ihm überlassen, gemäß § 768 ZPO. Vollstreckungsgegenklage zu erheben.

VII. Ueberwachung der Vergleichserfüllung

Ein wesentlicher Mangel des bisherigen Verfahrens bestand darin, daß das Gericht nach der Vergleichsbestätigung stets das Verfahren aufzuheben hatte. Man hat mit Recht darauf hingewiesen, daß bei dieser Regelung der Schuldner nicht mit genügendem Nachdruck zur Vergleichserfüllung angehalten wird. Was nützt der schönste Vergleich, wenn der Schuldner nach der Vergleichsbestätigung sein Vermögen verschleibt und dem mangelnden Masse abzulehnenden Konkursantrag mit Ruhe entgegenstellt!

1. Der Treuhandvergleich

Das Gesetz wendet jetzt der Vergleichserfüllung seine besondere Aufmerksamkeit zu. Das Verfahren darf grundsätzlich

nur noch aufgehoben werden, wenn der Schuldner sich im Vergleich freiwillig der Ueberwachung durch einen Sachwalter der Gläubiger unterwirft. Die Ueberwachung dauert bis zur Vergleichserfüllung oder bis zum Eintritt einer im Vergleich bezeichneten Bedingung, z. B. bis zur Stellung eines tauglichen Bürgen oder anderer Sicherheiten.

Die freiwillige Ueberwachung ist schon bisher öfters angewandt worden. Sie hat sich im großen und ganzen bewährt. Sie wird daher auch weiterhin anzustreben sein. Um sie wirksamer zu gestalten, hat das Gesetz in den §§ 92 bis 95 diesen Treuhandvergleich näher geregelt: Das Gericht kann einen ungeeigneten Sachwalter abberufen und durch einen anderen ersetzen; die Vollmacht des Sachwalters ist unwiderruflich; zugunsten der Vergleichsgläubiger kann (ohne daß die Gläubiger im einzelnen namhaft gemacht zu werden brauchen) an den Grundstücken des Schuldners eine Sicherungshypothek eingetragen werden. Das Gericht kann während des Verfahrens erlassene Verfügungsbeschränkungen aufrechterhalten oder neue erlassen. Die Beendigung der vereinbarten Ueberwachung wird vom Gericht öffentlich bekanntgemacht.

2. Die Fortsetzung des Verfahrens

Kommt die Ueberwachung durch einen Sachwalter nicht zustande, etwa weil der Schuldner sie nicht vorschlägt oder weil ein dahingehender Vorschlag von den Gläubigern abgelehnt wird, so hat das Gericht (von gewissen Ausnahmefällen abgesehen) von Amts wegen das Vergleichsverfahren auch nach der Bestätigung fortzusetzen. Die Vergleichsorgane (Verwalter und Beirat) bleiben im Amt. Etwa erlassene Verfügungsbeschränkungen bleiben in Kraft, neue können erlassen werden. Der Verwalter hat mit allen geeigneten Mitteln darauf hinzuwirken, daß der Schuldner den Vergleich erfüllt. Stellt sich die Unerfüllbarkeit des Vergleichs heraus, so hat er dies dem Gericht anzuzeigen. Dieses entscheidet alsdann von Amts wegen über die Konkursseröffnung.

Ergibt sich umgekehrt, daß der Schuldner den Vergleich pünktlich erfüllt, so wird das Verfahren auf entsprechende Anzeige des Verwalters oder des Schuldners aufgehoben.

Während des fortgesetzten Verfahrens fällt der Konkurs- und Vollstreckungsschutz weg. Die Gläubiger brauchen also nicht zu befürchten, daß sie durch dieses Nachverfahren in der Wahrnehmung ihrer Rechte behindert werden.

3. Milderung der Wiederauflebensklausel

Nach altem und neuem Recht geht der Schuldner der Vorteile des Vergleichs (Stundung und Erlaß) verlustig, wenn er gegenüber dem Gläubiger in Verzug gerät. Der Verzug hat also hier für den Schuldner besonders schwerwiegende Folgen. Es entspricht der Billigkeit, daß der Eintritt dieses Verzuges an besondere Bedingungen geknüpft wird. Die neue VglO. schreibt zwingend vor, daß Verzug im Sinne der Wiederauflebensklausel erst gegeben ist, wenn der Gläubiger den Schuldner unter Setzung einer mindestens einwöchigen Nachfrist schriftlich gemahnt hat.

Das Gesetz regelt jetzt ferner die Behandlung bestrittener Forderungen. Bisher mußte der Schuldner gewärtigen, daß er den Gläubiger der bestrittenen Forderung ohne Rücksicht auf den Vergleich voll zu befriedigen habe, wenn sich sein Bestreiten als unberechtigt herausstellen sollte. Denn ein Irrtum über die Rechtslage schützte ihn nicht vor den Folgen des Verzugs. Jetzt hat das Gericht auf Antrag des Schuldners oder des Gläubigers die Höhe der bestrittenen Forderung vorläufig festzusetzen. Berücksichtigt der Schuldner die Forderung bei der Vergleichserfüllung in dieser Höhe, so ist er gegen das Wiederaufleben auch dann geschützt, wenn sich später ergeben sollte, daß sein Bestreiten ganz oder teilweise unberechtigt war.

* * *

Die vorstehenden Darlegungen mögen genügen, um zu zeigen, in welcher Art die Rechtsrenewierung auf dem Gebiete des Vergleichswesens durchgeführt worden ist. Der Gesetzgeber hat nunmehr das Seinige getan. An dem erforderlichen Eifer der Gerichte und der Vergleichsorgane wird es nicht fehlen. Wenn auch die beteiligten Berufsvertretungen, insbesondere die Industrie- und Handelskammern, sich der Durchführung der neuen Bestimmungen mit gebührendem Nachdruck annehmen, darf man erhoffen, daß die neue Vergleichsordnung sich bewähren und zu ihrem Teil zur Hebung der Schuldnermoral und zur Wiederkehr gesunder Verhältnisse im deutschen Wirtschaftsleben beitragen wird.

Wirtschaftsberichte

Die Wirtschaftslage in Deutsch-Oberschlesien im April-Mai 1935.

Im April 1935 setzte sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Oberschlesien weiter fort. 11 023 Arbeitskräfte fanden erneut Beschäftigung, das ist eine Abnahme der Arbeitslosigkeit um 15,6%. Im Industriegebiet betrug der Rückgang 4 316 Köpfe, d. i. 15,1%. Von den einzelnen Arbeitsamtsbezirken hatten den stärksten Rückgang Oppeln mit 23,8% (3 039 Köpfe) und Gleiwitz mit 21,7% (2 064 Köpfe) zu verzeichnen. Gegenüber dem Ende April 1934 war aber die Arbeitslosigkeit noch um 4 836 Köpfe, d. i. um 8,8% höher. Von dieser Zunahme ist aber das Industriegebiet nicht betroffen, denn dort war die Arbeitslosigkeit um 4 393 Köpfe, d. i. 15,3%, geringer als Ende April 1934. Wenn man aber zu den Arbeitslosen noch die Notstandsarbeiter hinzurechnet, die ebenfalls zu den von der Privatwirtschaft nicht beschäftigten Kräften gehören, so ergibt sich ein erheblich günstigeres Bild. Im Vergleich mit dem Vorjahr in Gesamt-Oberschlesien waren Ende April 1935 59 603 Arbeitslose und 10 045 Notstandsarbeiter, insgesamt also 69 648 nicht von der Privatwirtschaft beschäftigte Arbeitswillige vorhanden. Am gleichen Stichtag 1934 wurden 54 767 Arbeitslose und 23 013 Notstandsarbeiter, insgesamt also 77 780 nicht von der Privatwirtschaft beschäftigte Arbeitswillige gezählt. Demnach ist die Zahl der nicht von der Privatwirtschaft aufgenommenen Arbeitskräfte um 8 132, das ist um 10,46% gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Dieses Ergebnis kann als günstig bezeichnet werden und beweist, daß in stärkerem Grade als im Frühjahr 1934 gegenwärtig die Privatwirtschaft Träger der wirtschaftlichen Belebung ist.

Auf die verschiedenen Berufsgruppen verteilt sich die Entlastung im April so, daß in den Saisonaußenberufen ein Rückgang um 20%, in den übrigen Berufsgruppen der Arbeiter um 11,8% und in den Angestelltengruppen um 15,6 Prozent erfolgte. Von den Ende April gemeldeten arbeitslosen Arbeitsuchenden entfielen 49,9% auf die überwiegenden Saisonaußenberufe (Land- und Forstarbeiter, Industrie der Steine und Erden, Baugewerbe, ungelernte Arbeiter), 38,9% auf die übrigen Berufsgruppen (Industriearbeiter) und 11,2% auf Angestellte. Im gesamten deutschen Reich war der Anteil der Saisonaußenberufe an der Arbeitslosigkeit erheblich niedriger. Die entsprechenden Zahlen für die drei Gruppen betrugen im Reich 40,2%, 47,5% und 12,3%.

Arbeits- amts- bezirk	Monatsende		Zu- bzw. Ab- nahme gegen Vormonat		Ende April 1934	Abnahme gegen den gleichen Monat des Vorjahres	
	April 1935	März 1935	+ bzw. — absolut	%		absolut	%
Beuthen .	7 900	9 436	—1536	16,2	9 364	—1 464	15,6
Gleiwitz .	7 438	9 502	—2064	21,7	8 626	—1 188	13,8
Hindenburg.	8 892	9 608	— 716	7,5	10 633	—1 741	16,4
Industrieg.	24 230	28 546	—4316	15,1	28 623	—4 393	15,3
Kreuzburg	4 949	5 292	— 343	6,5	2 889	+2 060	71,3
Reiße .	3 907	4 298	— 391	9,1	2 068	+1 839	88,9
Neustadt .	6 761	7 705	— 944	12,3	5 467	+1 294	23,7
Oppeln .	9 732	12 771	—3039	23,8	7 272	+2 460	33,8
Ratibor .	10 024	12 014	—1990	16,6	8 448	+1 576	18,7
Oberschles.	59 603	70 626	—11023	5,6	54 767	+4 836	8,8

Im Kohlenbergbau nahm die Belegschaftsziffer im April gegenüber dem Vormonat wieder um 113 zu. In den Kokereien erfolgte ein Rückgang um 17, während die Bricketfabriken 10 Kräfte neu einstellten; in den Eisenhütten waren 291, in den Zink- und Bleierzgruben 22 Personen mehr

beschäftigt als im Vormonat. Die Belegschaft der Zinkwalzwerke und der Zementindustrie blieb unverändert. Demnach erhöhte sich in der gesamten Großindustrie Oberschlesiens die Belegschaft im April um 419 Köpfe. Gegenüber dem gleichen Vorjahrsmonat war die Arbeiterzahl in den Steinkohlengruben um 4,51%, in den Koksanstalten um 2,45%, in den Bricketfabriken um 2,84% höher. In der Eisenindustrie wurde eine um 11,31%, in den Erzgruben um 14,23%, in den Zinkwalzwerken um 2,27%, in der Zementindustrie um 11,24% höhere Belegschaft beschäftigt als Ende April 1934. Auch im Mai hielt die Auflockerung der Arbeitslosigkeit weiter an. In erster Linie war das Baugewerbe an der Zunahme der Beschäftigung beteiligt. Im Hochbau sorgten die umfangreichen Siedlungsbauten der D.M. im Industriegebiet für verstärkte Beschäftigung der Bauarbeiter. Für den Tiefbau fielen die bekannten öffentlichen Arbeiten ins Gewicht. Die Beschäftigung von Notstandsarbeitern wurde weiter eingeschränkt.

Die Entlastung von der Arbeitslosigkeit, gemessen an der Einstellung von Arbeitskräften, die in der Zeit des Niederganges der deutschen Wirtschaft von 1928 bis Anfang 1933 brotlos geworden waren, konnte sich weiter gegenüber dem Vormonat verbessern, blieb aber immer noch hinter sämtlichen Arbeitsamtsbezirken außer dem Rheinland (infolge Angliederung des Saarlandes) zurück. Die Entlastung für Oberschlesien betrug 64,47 gegen 76,62% im Reichsdurchschnitt und 69% in Gesamtschlesien.

Im Kohlenbergbau war der durchschnittliche Tagesabsatz im April um 6,07%, im Mai aber um etwa 22,2% höher als in den entsprechenden Vorjahrsmonaten. Gegenüber dem April 1935 nahm der Gesamtverband im Mai im arbeitstäglichen Durchschnitt um 5,6% zu. Die Aufnahmefähigkeit des Kohlenmarktes war — in Anbetracht der Jahreszeit — verhältnismäßig gut, nur mit Ausnahme von Hausbrandkohle. Hingegen hielten sich die Reichsbahnbezüge unverändert, und am Industriekohlenmarkt war die Nachfrage sehr rege, so daß die mittleren und kleineren Sorten, vor allem Staubkohlen, glatten Absatz fanden und teilweise von den Halben verladen werden konnten. Auch der verhältnismäßig günstige Wasserstand der Oder förderte im Mai den Absatz an die Verbraucher, die ihren Brennstoffbedarf auf dem Wasserwege beziehen. Die Halbenbestände vermehrten sich im Mai nur um etwa 25 000 To. Die Steinkohlenausfuhr konnte wieder vergrößert werden, da eine größere Anzahl Kohlendampfer mit ober-schlesischer Kohle nach den nordischen Ländern und den Mittelmeerstaaten ausliefen. Die Zahl der Feierschichten betrug im April auf den Kopf der Belegschaft 2 gegen 1,83 im März. Im Mai dürfte auch mit mindestens 2 Feierschichten je Kopf der Belegschaft zu rechnen sein.

Das Koks-geschäft entwickelte sich gleichfalls im ganzen befriedigend, zumal auch der Wasserweg während des ganzen Monats ausgenutzt werden konnte. Auslandslieferungen wurden nach Schweden und nach Südslawien abgeschlossen. Für die Lieferungen nach Südslawien kommen die südslawischen Sperrmarkguthaben in Deutschland zur Verrechnung. Die Bricketzeugung hielt sich auf dem bisherigen Stande.

In der eisen-schaffenden Industrie trat eine leichte Abschwächung der Tätigkeit in verschiedenen Abteilungen ein. Die Roheisenerzeugung hielt sich in den Grenzen des Vormonats. Der Absatz ging wider Erwarten etwas zurück. Ferromangan konnte nach Ungarn abgesetzt werden. Die Stahlwerkserzeugung ging gegenüber dem Vormonat zurück. Auftragseingang und Verland von Stabeisen waren abgeschwächt, während sich das Geschäft in Band-eisen auf der bisherigen Höhe hielt und in kalt gewalztem Material, gezogenem Stangenmaterial und in Edelfeststahl eine leichte Besserung eintrat. Ausreichend beschäftigt war auch die Königs-hulber Fabrik für landwirtschaftliche Geräte. Die Erz- und Schrott-

versorgung war regelmäßig und ausreichend. Die Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke erweitern den Umfang ihrer Betriebsanlagen durch die Errichtung eines Feinblechwalzwerkes auf der Hermenbüttel in Laband. Der Betrieb wird dort voraussichtlich gegen Ende des Jahres aufgenommen werden. Die Erzeugung in den Hauptgruppen der Hüttenzeugnisse war im April höher als im gleichen Vorjahresmonat.

Die Zinkblendeförderung war im April 1935 niedriger als im gleichen Vorjahresmonat. Hingegen war die Bleierzeugung höher. Auch die Herstellung von Zinkblech blieb hinter dem gleichen Vorjahresmonat zurück. Der Erzverband der Deutsch-Bleischarleygrube ging nach wie vor ganz vorwiegend nach der neuen Zinkhütte in Magdeburg.

Die Industrie der Steine und Erden erfuhr im Mai eine weitere Absatzbelebung. In der Zementindustrie waren unverändert vier Fabriken, davon drei der Schlesischen Portlandzementindustrie AG. und eine der Portlandzementfabrik „Stadt Oppeln“ AG, in Betrieb. Die jahreszeitliche Steigerung des Absatzes hielt im Mai 1935 an, ohne aber die Lieferfähigkeit der bisher in Betrieb gehaltenen Werke zu erschöpfen. Die Produktion war im April 1935 um 5,4% höher als im gleichen Vorjahresmonat, der Absatz hingegen um 14,7% höher. In der Kalkindustrie war der Auftragseingang im Mai, der Jahreszeit entsprechend, gut. Es gingen auch wieder Aufträge für gemahlene Kalk zur Kopfdüngung aus der Landwirtschaft ein. Die Ziegeleien arbeiten voll. Die Spätfroste haben an den zur Trocknung gelagerten Ziegeln erhebliche Schäden verursacht. Die Bajaltsteinbrüche im Kreise Falkenberg waren anhaltend gut beschäftigt. Die Glashütte Murov hat ihren Ofen am 30. Mai gelöscht, da die Schmelzwanne einer notwendigen Ausbesserung unterzogen werden mußte. Die Belegschaft kam jedoch nicht zur Entlassung, sondern wird mit Instandsetzungsarbeiten beschäftigt oder in Tarifurlaub geschickt. Die Ausbesserungsarbeiten dürften 2–3 Monate dauern.

In den Sägewerken ist der Beschäftigungsstand im allgemeinen günstig. Die sonst im Sommer notwendig werdende Schließung der meisten Sägewerke wird sich in diesem Jahre größtenteils vermeiden lassen, weil bis zum Herbst durchgearbeitet werden kann. Klagen über mangelnde Holzversorgung sind von seiten der Sägewerke in letzter Zeit weniger laut geworden. An der Grenze gelegene Werke im Ziegenhaller Gebiet klagen allerdings über die Einschränkung der Devisengenehmigungen für den Bezug von Rohmaterial aus der Tschechoslowakei. Diese Grenzwerke sind wegen ihrer geographischen Lage unbedingt auf den Bezug des Auslandsholzes angewiesen. Ein Bezug von Inlandsholz scheitert aus frachtlischen Gründen und würde außerdem die Holzversorgung der im Inneren des Landes gelegenen Werke unnötig beeinträchtigen. Infolge der Holzknappheit mußten einige Grenzwerke größere Entlassungen vornehmen.

Die Papier- und Zellstofffabriken sind voll beschäftigt und verfügen zum Teil über namhafte Auslandsaufträge. Die Chemische Fabrik Borsowka wird nach erfolgter Wiederauffüllung ihrer Holzvorräte den Betrieb um Mitte Juni wieder aufnehmen.

Die Bautätigkeit war im Mai überall rege. Im Industriegebiet schuf die Deutsche Arbeitsfront neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Auf dem Lande wird vorwiegend mit betriebseigenen Kräften gearbeitet. Eine starke Bautätigkeit herrscht auch in der Gegend um Krappitz und Ottmuth. Dort hat der günstige Beschäftigungsgrad der Papierindustrie und der Batawerke auf die private Bautätigkeit stark anregend gewirkt. Bata beabsichtigt, im Juni mit dem Bau einer Anzahl von Arbeiterwohnhäusern zu beginnen. Im Tiefbau sind nunmehr die Staubeckenarbeiten in Turawa mit voller Belegschaft (1200 Köpfe) im Gange. Beim Bau des Abolfschiller-Kanals wurden zwischen Scherwionka und Laband 1,1 km des Kanalbettes mit Wasser gefüllt und an den Klobnikkanal angeschlossen, so daß der Schiffsverkehr auf dem Klobnikkanal in vollem Umfange aufgenommen werden konnte. Beim Oppelner Flutkanal sind die Vorarbeiten noch

nicht ganz beendet. An der Oberverlegung bei Ratibor und den dadurch notwendig werdenden Brückenbauten waren 600 Arbeitskräfte beschäftigt.

Der Einzelhandel in Oberschlesien verzeichnete im Monat Mai keine wesentliche Änderung in der Geschäftstätigkeit. Die Umsätze waren im allgemeinen im Vergleich zum Vorjahre geringer, zumal im Vorjahre die Pfingsteinkäufe sämtlich im Mai getätigt wurden, während im laufenden Jahre das Pfingstgeschäft erst in den letzten Tagen des Mai einsetzte. Eine stärkere Belebung der Geschäftstätigkeit scheiterte hauptsächlich an der geringen Kaufkraft der Verbraucher. Es werden meist nur die billigsten Waren und der allernotwendigste Bedarf eingekauft. Die Preise müssen daher äußerst niedrig gehalten werden, so daß der Einzelhandel bei dem an sich geringen Umsatz vielfach nicht den notwendigen Nutzen erzielt. Die Klagen über die Geschäftsausfälle des Einzelhandels in den Landstädten infolge der neuen Form der Milch- und Butterbewirtschaftung dauern an. Der erhebliche Umsatzausfall in den Landstädten kommt, wie man annimmt, nicht dem Einzelhandel in den Dorfgemeinden, sondern hauptsächlich den Versandgeschäften und dem Hausierhandel zugute. Von einzelnen Handelszweigen ist noch folgendes zu bemerken: Der Textilhandel hatte mit Rücksicht auf die Verschiebung der Pfingsteinkäufe einen geringeren Umsatz als im gleichen Vorjahresmonat. Der Handel mit Damenhüten klagt über besonders schlechten Geschäftsang und erheblichen Rückgang gegenüber dem Vorjahre. Im Handel mit Baumaterialien ist durch das Fehlen der Reichszuschüsse für Hausausbesserungen ein erheblicher Umsatzausfall zu verzeichnen.

Die arbeitstäglige Wagengestellung der Reichsbahn war in Oberschlesien im April um 6,1% größer als im gleichen Vorjahresmonat. Gegenüber dem März 1935 war sie fast unverändert. Im Reich erfolgte gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat eine Zunahme um 4,2%, gegenüber dem Vormonat eine solche um 2%. Die Güterwagengestellung für Kohle, Koks und Briketts ging im April arbeitstäglich gegenüber dem Vormonat zurück, stieg hingegen für andere Güter. Die Wagengestellung für Zement erhöhte sich ziemlich bedeutend, während für Kalk weniger Wagen gestellt wurden. Der Wasserumschlag in den Oberhäfen Cosel und Oppeln war auf Grund der günstigen Wasserhältnisse der Oder erheblich stärker als im Vormonat. Von Bahn zu Schiff wurden im Talverkehr 219 000 To. umgeschlagen gegen 203 000 To. im Vormonat. Noch stärker vergrößerte sich der Bergverkehr, der auf 43 000 (14 700) To. stieg. Den Hauptanteil am Bergverkehr hatte die Beförderung von Eisenerzen. Ferner kamen Schwefelfiese und Abbrände, Alteisenerzen, Phosphate, Sand und anderer Güter zur Verladung.

Dr. M.

Der westschlesische Steinkohlenbergbau im Mai 1935.

Die Steinkohlenförderung betrug im Mai 1935 bei 25 Arbeitstagen nach vorläufigen Angaben 1 484 633 To. oder arbeitstäglich 59 385 To. gegenüber 1 398 509 To. oder 58 271 To. im April bei 24 Arbeitstagen und 1 547 199 To. oder 59 737 To. im März bei 25,9 Arbeitstagen. Im Mai 1934 sind bei 23 Arbeitstagen insgesamt 1 196 768 To. oder im Tagesdurchschnitt 52 033 To. gefördert worden.

Der Gesamtabsatz betrug:

	März 1935 t	April 1935 t	Mai 1935 (vorl. Zahlen) t
nach dem Inland	1 332 627	1 184 856	1 264 125
nach dem Ausland	93 168	83 052	111 916
Insgesamt	1 425 795	1 267 908	1 376 041
Arbeitstäglich	55 050	52 830	55 042
Davon:			
Hauptbahnversand	1 288 518	1 141 025	1 248 749
Wasserumschlag	181 949	201 225	246 690

Die Aufnahmefähigkeit des Kohlenmarktes war — abgesehen von Hausbrandkohle — für die Jahreszeit verhältnismäßig günstig. Der Gesamtversand übertraf im arbeitstäglichen Durchschnitt den Vormonat um 4,2% und den entsprechenden Vorjahresmonat, der allerdings mit nur 45 485 To. sehr niedrig abschloß, um 21%. Im Hausbrandgeschäft herrschte, wie in dieser Jahreszeit üblich, stärkster Absatzmangel, so daß die Hausbrandsortimente zum größten Teil in den Bestand genommen werden mußten. Dagegen hielten sich die Bezüge der Reichsbahn unverändert auf der Höhe des Vormonats. Am Industriefohlenmarkt war die Nachfrage wie bisher sehr rege, so daß die mittleren und kleinen Sorten, vor allem Staubkohle, glatten Absatz fanden und teilweise Halbenverladungen möglich waren. Hierzu hat der verhältnismäßig günstige Wasserstand der Oder sehr wesentlich beigetragen, den die Verbraucher, die ihren Brennstoffbedarf auf dem Wasserwege beziehen, zu umfangreichen Voreindeckungen ausnützten. Sehr lebhaft waren nach wie vor die Abrufe der Zementindustrie. Auch die Ziegeleien, die gut beschäftigt sind, nahmen größere Mengen ab. Die Kalkwerke, deren Bestellungen im Vormonat etwas nachgelassen hatten, haben ihre Bezüge wieder verstärkt.

Die Zunahme der Halbenbestände an Steinkohlen blieb trotz leichter Steigerung der Förderung verhältnismäßig gering, da dem Zugang an Hausbrandkohlen, wie bereits erwähnt, Halbenverladungen an Industriefortimenten gegenüberstanden. Ende Mai lagen rund 1 540 000 To. Steinkohle auf Halbe gegenüber 1 505 380 To. Ende April und 1 451 661 To. Ende März. Der Gesamthalbenbestand (Koks und Briquetts in Kohle umgerechnet) stieg von 1,88 Millionen To. auf 1,91 Millionen To.

Die Oderschiffahrt war während des Berichtsmonats bei verhältnismäßig günstigem Wasserstand voll in Betrieb. Die Tauchtiefe unterhalb Breslau, die bis zum 23. April vollschiffig gewesen war und ab 24. April auf 1,60 Meter beschränkt werden mußte, entwickelte sich im Mai wie folgt:

ab 6. Mai	1,50 m	ab 20. Mai	1,38 m
" 8. "	1,38 m	" 23. "	1,28 m
" 10. "	1,60 m	" 27. "	1,60 m
" 13. "	1,50 m	" 31. "	1,50 m
" 14. "	1,28 m		

Da der Rückgang des Wasserstandes immer nur verhältnismäßig kurze Zeit anhielt und außerdem die vollbeladenen Fahrzeuge, soweit erforderlich, abgeleichtert wurden, konnten größere Rahnsammlungen vor der Schleuse Ransern vermieden werden. Infolge des Bedarfs an Leerraum für Ableichterzwecke hat sich der Rahnbestand in Cosel-Hafen erheblich vermindert. Während Anfang Mai noch rund 450 leere Rähne auf Ladung warteten, betrug der Rahnbestand am Ende des Monats nur noch rund 240 Fahrzeuge. An Zinow-Rähnen herrschte bereits ein gewisser Mangel.

Die Steinkohlenausfuhr konnte im Berichtsmonat wieder etwas gesteigert werden, da eine größere Anzahl Dampfer nach den nordischen Staaten und den Mittelmeerländern abgefertigt werden konnten. Insgesamt wurden verladen:

	März 1935 t	April 1935 t	Mai 1935 (vorl. Zahlen) t
nach der Tschechoslowakei . .	54 601	40 305	56 368
" Oesterreich	4 055	3 492	3 758
" Ungarn	240	655	90
" dem übrigen Ausland .	34 272	38 600	51 700
Insgesamt	93 168	83 052	111 916

Die Belegschaft der Steinkohlengruben betrug Ende Mai 38 769 Arbeiter gegenüber 38 704 Mann am Ende des Vormonats. Wegen Absatzmangel mußten zahlreiche Feierschichten eingelegt werden, und zwar sind im April 77 506 (je Kopf 2,00) Schichten gegenüber 70 573 (1,83) Schichten im März ausgefallen. Für Mai steht das zahlenmäßige Ergebnis noch nicht fest, man wird aber wohl mit mindestens zwei Feierschichten je Kopf der Belegschaft rechnen müssen.

Am Koks markt war die Absatzlage ebenfalls im großen und ganzen befriedigend. Erzeugung und Absatz betrugen:

	März 1935 t	April 1935 t	Mai 1935 (vorl. Zahlen) t
Erzeugung:			
insgesamt	94 376	85 660	89 259
kalendertäglich	3 044	2 855	2 879
Abatz:			
nach dem Inland	65 567	54 504	90 260
nach dem Ausland . . .	4 953	3 924	5 720
Insgesamt	70 520	58 428	95 980

Die Steigerung des Verbandes um reichlich 37 000 To. ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die am 1. Mai in Kraft getretenen Sommerpreise in größerem Umfange zu Vorratseindeckungen ausgenutzt wurden. Die Halbenbestände konnten infolgedessen wieder etwas vermindert werden; sie betrugen Ende Mai rund 282 000 To. gegenüber 291 159 To. Ende April und 266 670 To. Ende März.

Am Briquetmarkt ist eine nennenswerte Veränderung nicht eingetreten. Erzeugung und Absatz hielten sich etwa auf dem bisherigen Stande. Die Briquetterzeugung betrug im März 19 167 To. oder arbeitstäglich 737 To., im April 18 391 To. oder 766 To. und im Mai 19 039 To. oder 762 To. Abgesetzt wurden im März 17 956 To., im April 17 860 To. und im Mai 18 606 To. Der Halbenbestand nahm von 2 154 To. auf 2 515 To. zu.

Die deutsch-ober-schleſische Eisenindustrie im Mai 1935.

Die Erzeugung von Roheisen hielt sich auf der Höhe des Vormonats. Der Absatz ist entgegen den Erwartungen etwas zurückgegangen. Auf dem Auslandsmarkt konnte Ferrumangan nach Ungarn abgesetzt werden. Die Stahlwerkserzeugung ist gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Auftragsseingang und Versand in Stabeisen sind schwächer geworden, während der Absatz von Band-eisen sich auf der Höhe des Vormonats hielt. In kaltgewalztem Material ist eine leichte Besserung eingetreten. Auch in gezogenem Stangenmaterial war der Auftragsseingang etwas besser als im Vormonat. Die Besserung im Auftragsseingang für Edelstahl hielt an. Das Drahtgeschäft ist ebenso wie das Geschäft in guß- und schmiedeeisernen Röhren unverändert. Das Schmiedepresswerk ist für mehrere Wochen ausreichend beschäftigt. Der Auftragsseingang für das Blechpresswerk ist dagegen unbefriedigend. Reichsbahnaufträge liegen vor für Weichen und Oberbaumaterial. Die Radreifen-Zuweisungen hielten sich im üblichen Rahmen, es fehlt aber an Bestellungen auf Radsätze. In Automobilteilen und Stahlflaschen ist der Neueingang von Aufträgen schwächer geworden. In Feldbahnmateriale hielt die lebhafteste Nachfrage weiter an. Für die Stahlgießereien sind die erwarteten Auftragsseingänge eingetroffen. Die Eisengießerei ist infolge Eigenbedarfs ausreichend beschäftigt. Die Abteilungen Eisenbau und Kesselschmiede sind befriedigend beschäftigt; dagegen läßt die Auftrags- und Beschäftigungslage der Maschinenbauanstalt zu wünschen übrig. Das Geschäft in Königshulder Artikeln für die Landwirtschaft ist unverändert. Der Beschäftigungsstand der Blechwarenfabrik hat sich etwas gehoben. Die Erzversorgung ging regelmäßig vonstatten; der Wasserbezug war nicht behindert. In Schrott war die Versorgung bei unveränderten Preisen ausreichend.

Vom Zinkblechmarkt im Mai.

Die Inlandsverkäufe während der ersten fünf Monate des laufenden Jahres blieben um etwas mehr als 30% unter denen des gleichen Zeitraumes des Vorjahres, während die be-

rechneten Mengen nur um ca. 15% geringer sind. Mit fühlbaren Verbrauchseinschränkungen wird gerechnet. Im Auslandsgehalt sind Änderungen nicht zu verzeichnen. Die Inlandspreise wurden am 13. Mai um 1,— RM. je 100 kg erhöht.

Die oberchlesische Zementindustrie im Mai.

Die Steigerung des Zementverbandes hat der Jahreszeit entsprechend angehalten, ohne jedoch die Lieferungsfähigkeit der in Betrieb gehaltenen Werke zu erschöpfen. In Betrieb waren wie bisher vier Werke.

Die Güterwagengestellung in Oberschlesien im Monat April 1935.

An Güterwagen wurden gestellt:

Im April 1935 (24 Arbeitstage)	O-Wagen				G-Wagen		Sonstige Wagen	
	für Kohle, Koks und Briketts	für andere Güter	davon für		insge- samt	davon für Zement	insge- samt	davon für Kalk
			Rüben	Schnitzel				
zu je 10 t				wirkliche Wagen				
a) insgesamt:								
angefordert	121 376	20 172	—	—	14 137	3 974	6 506	2 299
rechtzeitig gestellt	121 376	20 172	—	—	14 137	3 974	6 506	2 299
nicht rechtzeitig ge- stellt (Ausfall)	—	—	—	—	—	—	—	—
v. S. d. Bestellzahl	—	—	—	—	—	—	—	—
b) arbeitsmäßig:								
angefordert	5 057	841	—	—	589	166	271	96
rechtzeitig gestellt	5 057	841	—	—	589	166	271	96
nicht rechtzeitig ge- stellt (Ausfall)	—	—	—	—	—	—	—	—
v. S. d. Bestellzahl	—	—	—	—	—	—	—	—

Die wirtschaftliche Entwicklung Polens im 1. Vierteljahr 1935.

Industrielerzeugung — Handel — Landwirtschaft — Preise
Geldmarkt — Außenhandel.

Von Dr. M. Meister.

Im 1. Vierteljahr 1935 trat gegenüber dem Vorvierteljahr eine leichte Abschwächung der industriellen Erzeugungstätigkeit in Polen ein. Insbesondere im Januar war der Produktionsstand niedrig. Der Produktionsindex bezifferte sich im 1. Vierteljahr 1935 auf 62,3. Er war um 4,6 Prozent niedriger als im 4. Vierteljahr 1934, aber um 3,3 Prozent höher als im 1. Quartal 1934. Im April betrug der Index 66,5 gegen 64,5 im gleichen Vorjahresmonat. Der Index der Produktionsgüterherstellung ging von 58,6 im 4. Vierteljahr 1934 auf 55 im Berichtsquartal, derjenige der Verbrauchsgüterherzeugung von 70,4 auf 67,6 zurück. Im April stieg jedoch der Index der Produktionsgüter wieder auf 59,9 (April 1934: 54,5), und der Verbrauchsgüterindex auf 75 (73). Bei einer Betrachtung der Indexiffern der einzelnen Gewerbebezüge ist bemerkenswert, daß der Index der Industrie der Steine und Erden um 17,3 Prozent, derjenigen der Metallindustrie um 18,9 Prozent höher lag als im gleichen Vierteljahr des Vorjahres. Hier wirken sich offenbar gewisse Maßnahmen auf dem Gebiete der öffentlichen Arbeiten (Wege- und Brückenbau) günstig auf die Industrietätigkeit aus. Im April 1935 bezifferte sich der Index der Steine und Erden auf 59,7 (52,8), derjenige der Metall- und Maschinenindustrie auf 63,8 (53,8). Die Erzeugung der Eisenhütten verbesserte ihren Index von 60,3 im letzten Vierteljahr 1934 auf 66,9 im Berichtsquartal und im April weiter auf 68,9 (April 1934: 66,9). Sinegegen war die Steinkohlenförderung rückläufig. Nach der starken Produktionssteigerung im Vorvierteljahr erfolgte infolge Ausfuhrückganges eine Abschwächung des Index von 76,9 auf 71,1. Die Zinkhüttenenerzeugung senkte sich von 55,1 auf 49,2. In Kohle wie in Zink verschlechterte sich der Beschäftigungsgrad im April weiterhin auf 67,8 (71,1) bzw. 46,5 (59). Von den Verbrauchsgüterindustrien sei die Textilindustrie erwähnt, deren Indexziffer sich von 66,6 im Vorvierteljahr auf 67,7

im 1. Quartal 1935 und im April 1935 weiter auf 76,4 (74,5) erhöhte.

Der Ablauf der Konjunktur in den ersten 3 Monaten 1935 war in den wichtigsten Industrien etwa der folgende: Im Kohlenbergbau war die Ausfuhr im Januar und Februar stark rückläufig, um sich im März wieder erheblich zu verbessern. Sinegegen der Inlandsabsatz war in den zwei ersten Monaten zufriedenstellend, um im März aus jahreszeitlichen Gründen stark nachzulassen. Die Eisenhütten waren sowohl im Januar wie im März infolge größerer Inlandsaufträge befriedigend beschäftigt, während im Februar die Tätigkeit eingeschränkt war. Die Naphthaindustrie hielt trotz geringeren Exportes und Inlandsabsatzes die Delförderung ohne große Veränderung auf dem bisherigen Stande. In der verarbeitenden Metallindustrie besserten sich Auftragsingang und Beschäftigung nach einem schwachen Jahresanfang im Februar und März zusehends. Im März verbesserte auch die Baustoffindustrie ihr Geschäft infolge der Eindeckungen für die Hauptproduktionszeit. Doch lag die Produktion an Baustoffen auch noch im April erheblich unter der vorjährigen. Steigende Beschäftigung verzeichnete von Februar ab die Holzindustrie, die auch einen vergrößerten Export verbuchte, ohne jedoch die Vorjahresausfuhr zu erreichen. Eine stärkere Einschränkung erfolgte gegenüber dem Vorvierteljahr in der Lebensmittelindustrie (nach Aufhören der Zuckerkampagne), in der Bekleidungsindustrie und der Lederindustrie. In der Textilindustrie setzte nach dem Feiertagsstillstand gegen Ende Januar teilweise schon eine steigende Beschäftigung ein, hauptsächlich in der Erzeugung von Wollewaren. In den folgenden Monaten kam dann die Fabrik-tätigkeit für die Frühjahrs- und Sommerfaison stärker in Gang. Im März begann sich auch der Absatz der Erzeugnisse zu beleben. Von der Textilindustrie griff die Belebung auf diejenigen Gruppen der chemischen Industrie über, die Farben, Bleichstoffe und andere chemische Hilfsstoffe für die Textilerzeugung herstellen. Auch für künstliche Düngemittel setzte die Absatzfaison im Februar ein.

Folgende Uebersicht gibt die wichtigste Industrielerzeugung Polens in den ersten 4 Monaten 1935 und vergleichsweise auch 1934 an (in 1000 To.):

(Vorläufige Zahlen)
Januar—April

	1935	1934
Steinkohle	9363	9270
Rohs	456	429
Rohöl	170	172
Kalifalze	146	144
Stein- und Siedesalz	170	159
Eisenerze	109	66
Zink- und Bleierze	97	128
Stahl	319	268
Walzwerkserzeugnisse	227	193
Zink	26	31
Zinkblech	3,9	1,9
Leuchtöl	49	60
Benzin und Gasolin	41	41
Gas- und Heizöl	30	29
Schmieröle	25	31
Portlandzement	90	139
Schamotte- und Dinassteine	27	20
Salzsäure	3,5	5,4
Kalkstickstoff	9,3	11,5
Schwefelsäure	24	22

Im polnischen Handel herrschte in der Berichtszeit eine merkliche Belebung. Im Januar wurden ziemlich lebhaft Umsätze in den Saisongewerben, besonders in Kleidung, Schuhwerk, Brennstoffen verzeichnet. Im Februar nahmen die Umsätze auch im Lebensmittelhandel zu. Der Textilgroßhandel begann allmählich mit dem Wareneinkauf für die kommende Frühjahr- und Sommerfaison. Im März belebte sich das Geschäft weiter gegenüber dem Vormonat, namentlich in Textilwaren und Bauartikeln.

Die Landwirtschaft litt unter einer ungünstigen Marktlage für Bodenerzeugnisse. Im Januar wurde durch größere Fälligkeiten der Landwirte ein vermehrtes Getreideangebot auf dem Markt hervorgerufen, wodurch die Preise gedrückt wurden. Auch der Export brachte nicht die gewünschten Erlöse. Zwar stieg die Getreideausfuhr, aber der Export tierischer Erzeugnisse ging zurück. Nach einem vorübergehenden Anziehen der Getreidepreise erfolgte in der zweiten Märzhälfte eine erneute starke Senkung, im April und Mai aber wieder eine leichte Steigerung.

Der Großhandelsindex senkte sich im ganzen im 1. Quartal 1935 um 2,4 Prozent auf 52,1 (1928 = 100). Die Monopolpreise für Spiritus und Tabak wurden um 18 Prozent; bzw. um 4 Prozent ermäßigt. Emaillegefäße wurden um 10 Prozent billiger. Die vom Weltmarkt abhängigen Preise gingen durchschnittlich um 4,3 Prozent zurück, am stärksten Baumwolle um 10,5 Prozent. Doch fiel Baumwollgarn nur um 1 Prozent im Preise. Weitere Preisrückgänge betreffen Rohleder (12 Prozent), bearbeitetes Leder (2,8 Prozent). Hingegen erhöhte sich der Preis für Altfellen und Eisenerze um 1,8 Prozent, Zement um 18 Prozent, Kalk 4,4 Prozent. Für landwirtschaftliche Artikel fiel der Index in der Berichtszeit um 4,2 Prozent.

Auf dem Geldmarkte trat, wie gewöhnlich zu Anfang des Jahres, eine stärkere Flüssigkeit ein, da der Geldbedarf der Wirtschaft nach Jahresbeginn zunächst gering ist. Auch wegen Mangels an diskontfähigem Wechselmaterial war die Kreditfähigkeit der Banken wenig belebt, so daß sich auch die Rediskontausnutzung verminderte. Im Februar trat mit dem Einsetzen der Erzeugung für die Frühjahrssaison auch in den Industriemittelpunkten eine leichte Steigerung des Geldbedarfes ein, eine Erscheinung, die sich im März noch verstärkte. Insbesondere kamen hierfür die mit der Bau- und Investitionstätigkeit zusammenhängenden Gewerbezweige, ferner die Textilindustrie, die normalerweise im März den Höhepunkt ihrer Tätigkeit für die Frühjahr- und Sommerfaison erreicht, in Frage. Doch war der Geldbedarf, der nur in Industriemittelpunkten auftrat, nicht so stark, daß die Diskontfähigkeit der Banken dadurch außergewöhnlich belebt worden wäre. Auch fehlte es an guten Handelswechseln. Die Geldflüssigkeit am Anfang des Jahres führte die leichte Besserung auf dem Kapitalmarkte herbei. Die Bankeinlagen wuchsen, es wurden stärkere Umsätze in Anlagepapieren bei steigenden Börsenkursen verzeichnet. Im Februar und März wurde die Einlagenzunahme schwächer. Der Beginn der Früh-

lingsarbeit in der Landwirtschaft und die herannahende Bau- und Investitionszeit brachten vermehrten Bargeldbedarf. Jedoch nahmen die Umsätze in Wertpapieren zu. Während die Aktienkurse stiegen, war die Tendenz für Prozentpapiere fallend. Infolge der vorsichtigen Kreditpolitik der polnischen Banken blieb die Zahlungsfähigkeit der Bankdebtoren befriedigend. Eine Ausnahme bildete die Landwirtschaft, die infolge der niedrigen Preise ihrer Erzeugnisse und anderer Schwierigkeiten in ihren Zahlungen vielfach säumig war.

Die Entwicklung des polnischen Außenhandels war in den ersten 4 Monaten 1935 nicht besonders günstig. Der Ausfuhrüberschuß betrug nur 26 Mill. Zl., das würden bei gleichbleibendem Wertverhältnis von Einfuhr und Ausfuhr im ganzen Jahre etwa 78 Mill. Zl. sein, also um fast 100 Mill. Zl. weniger als der Vorjahresüberschuß. In den ersten 4 Monaten 1935 erhöhte sich der Wert der Einfuhr im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 9,3 Mill. Zl. auf 269,4 Mill. Zl. Hingegen verlor die Ausfuhr an Wert 17,9 Mill. Zl. und sank auf 295,5 Mill. Zl.

Die Gestaltung wichtiger Einfuhrpositionen ergibt sich aus folgender Uebersicht (in Mill. Zl.)

Januar bis April:

	1935	1934
Apfelsinen und Zitronen	12,3	2,8
Kaffee, Tee und Kakao	9,3	7,3
Seringe, frisch u. gesalzen	6,0	5,0
Eisen- und Manganerze	2,2 (89 800 t)	2,4 (66 000 t)
Zinkerze	0,9 (16 800 t)	1,7 (29 800 t)
Chemische Erzeugnisse		
(ohne künstl. Düngemittel)	7,9	6,2
Tabak u. Tabakerzeugnisse	5,1	4,0
Rohhäute	11,0	11,2
Felle, unbearbeitet	6,2	7,2
Rohw. ungewasch. Schafwolle	9,6	6,0
Rohbaumwolle	35,0	39,3
Altfellen	9,9 (139 000 t)	5,0 (71 700 t)
Elektrische Maschinen, Apparate und Geräte	7,5	5,3

Die starke Zunahme der Einfuhr von Südfrüchten ist auf eine wesentliche Zollsenkung zurückzuführen.

In der Ausfuhr waren die am stärksten vertretenen Artikel (in Mill. Zl.):

Januar bis April:

	1935	1934
Getreide	42,1	21,5
Vieh (Schweine und Rinder)	5,8	5,9
Bacon	11,6	18,1
Eier und Butter	3,8	8,8
Steinkohle	43,1	53,2
Naphthaerzeugnisse	6,2	7,8
Flachs	5,4	1,1
Holz (Roh- und Schnittholz)	34,8	45,2
Sperr- und Journierholz	7,6	5,9
Eisen- u. Stahl u. Erzeugnisse	22,2	26,3
Zink und Zinkstaub	7,0	10,7

Polen ist im Interesse seiner Kapitalversorgung auf einen Aktivsaldo von 300—400 Mill. Zl. jährlich angewiesen. Daher erregt die Entwicklung des Außenhandels im laufenden Jahre in den verantwortlichen Kreisen erhebliche Besorgnisse.

Der polnische Steinkohlenbergbau im April 1935.

Der Rückgang der Steinkohlenförderung in Polen hat sich im April, wie es in dieser Jahreszeit nicht anders zu erwarten war, weiter fortgesetzt, doch zeigte sich im Gegenjah zu dem Vormonat bei den einzelnen Revieren ein ganz anderes Bild. Diesmal hatten nämlich die Reviere von Dombrowa und Rakau überhaupt kaum einen Rückgang zu verzeichnen, weil bei ihnen auch der Absatz gegen den Vormonat nur unwesentlich vermindert war. Bei den Gruben dieser Reviere spielt wie bekannt die Ausfuhr eine nur unbedeutende Rolle. Um so stärker machte sich der Rückgang der Ausfuhr bei der Absatz- und Förderlage der ostoberschlesischen Gruben bemerkbar, was sich dann entsprechend auf die Zahlen für ganz Polen auswirkte. Die Zahl der Arbeitstage betrug 25 gegen

26 im März. Die Gesamtförderung war in der Woiwodschaft Schlesien um 8,37%, in den anderen Revieren um 3,94% niedriger, im Gesamtdurchschnitt um 7,35%. Im arbeitstäglichen Durchschnitt ergab sich für Ostoberschlesien ein Rückgang um 4,71%, für Dombrowa-Krafaun nur um 0,10, Gesamtdurchschnitt 3,64%. Als Folge dieser Verhältnisse trat bei den Dombrowaer und Krafauner Gruben ein Rückgang der Bestände um etwa 25 000 To. und damit auch eine Verminderung der gesamtpolnischen Bestände ein, trotz der Zunahme in der Woiwodschaft Schlesien um mehr als 20 000 To. Die Hauptzahlen waren folgende:

	April 1935	März 1935
Gesamtpolen	t	t
Gesamtförderung	2 053 627	2 216 450
Arbeitstäglich	82 145	85 248
Eigenverbrauch	217 242	243 471
Inlandsabsatz	1 171 447	1 217 739
Ausfuhr	659 050	802 582
Bestände am Monatsende . .	1 651 881	1 656 194
Wojewodschaft Schlesien	t	t
Gesamtförderung	1 562 203	1 704 897
Arbeitstäglich	62 488	65 573
Eigenverbrauch	141 789	158 571
Inlandsabsatz	828 752	869 493
Ausfuhr	564 531	703 458
Bestände am Monatsende . .	1 122 862	1 102 302

Der Inlandsabsatz war im April verhältnismäßig günstig. Denn er ging nur um 3,81% zurück. Das lag hauptsächlich daran, daß die Eisenbahnen ihre Kohlenbezüge um 23 034 To. auf 233 281 To. erhöhten. Dagegen ging der Absatz von Industriefohlen um 51 774 To. auf 648 988 To. und der Absatz an die sonstigen Verbraucher einschließlich Hausbrand um 17 552 To. auf 298 178 To. zurück.

Um so schlechter gestaltete sich der Auslandsabsatz. Er ging um nahezu 144 000 To. zurück und war auch bedeutend niedriger als im gleichen Monat des Vorjahres, in welchem 783 000 To. ausgeführt worden waren. Die tägliche Durchschnittsmenge war mit 26 000 To. um 5 000 To. niedriger als im Vormonat. In der polnischen Wirtschaftspresse wurde dieser Rückgang der Ausfuhr zum Teil damit erklärt, daß die polnischen Exporteure in den Vormonaten nach verschiedenen Ländern über ihre Kontingente hinaus exportiert hätten und dies nun durch eine Verringerung der Ausfuhr ausgleichen müßten. Zum Teil scheint es jedoch auch so zu sein, daß Quoten jetzt nicht voll ausgenutzt werden, damit nachher, wenn infolge der Wintereindeckung die Nachfrage nach Kohlen aus dem Auslande stärker ist und vielleicht auch bessere Preise erzielt werden können, die Möglichkeit besteht, den Versand zu steigern. In der Verteilung des Absatzes auf die verschiedenen Marktgruppen zeigte sich eine wesentliche Zunahme des Anteils der skandinavischen Länder, weil Finnland und Island, die in der Statistik des Handelsministeriums zu dieser Gruppe gerechnet werden, die während der Wintermonate unterbrochenen Kohlenbezüge wieder aufnahmen. So rangierten die vier bedeutendsten Marktgruppen in nachstehender Reihenfolge: Skandinavien 38,36% (33,25), Südeuropa 23,90% (27,90), Westeuropa 14,92% (16,69), Mitteleuropa 9,74% (9,94). Nach den Mitteilungen der Kohlenkonvention wurden ausgeführt: nach den alten Lizenzmärkten (Mitteleuropa und Danzig) 79 409 To. (100 687), nach den skandinavischen Märkten (ohne Finnland) 236 473 Tonnen (266 094), den Baltikländern mit Finnland 20 911 To. (200), Westeuropa (Frankreich, Belgien und Holland) 95 857 To. (127 578), Italien 146 824 To. (210 940), sonstigen europäischen Ländern 15 016 To. (15 107), außereuropäischen Ländern 28 075 To. (35 920), Bunkerkohlenabsatz 36 485 To. (46 056). Die Kohlenhandelskonzerne bemühen sich um Erhöhung des Bunkerkohlenabsatzes, weil dieser nicht unter das mit England abgeschlossene Quotenabkommen fällt, und man hofft, auf diesem Gebiete noch Erfolge erzielen zu können. Bunkerkohlen aus Polen werden nicht allein in den beiden Häfen des polnischen Wirtschaftsgebietes, sondern auch in den Freihafenbezirken

ausländischer Häfen, so u. a. auch im Stettiner Hafen, verkauft. Der Kohlenumschlag in Gdingen ging im April um 84 000 To. auf 431 000 To., der Umschlag in Danzig um 15 000 auf 165 000 To. zurück.

Der Versand nach den einzelnen Ländern, soweit er sich nicht aus den vorstehend angegebenen Zahlen ergibt, betrug (in runden 1 000 To.): Oesterreich 44 (53), Tschechoslowakei 20 (21), Schweden 180 (162), Norwegen 34 (40), Dänemark 19 (65), Island 4 (—), Finnland 15 (—), Frankreich 81 (84), Belgien 11 (25), Holland 2 (18), Jugoslawien 1 (9), Griechenland 8 (—), Portugal 2 (—), Alger 3 (9), Ägypten 6 (5), Argentinien 12 (15), Fernost 7 (—).

Die polnische Eisenhüttenindustrie im April 1935.

Die Lage der polnischen Eisenhüttenindustrie zeigte im April, gemessen an den Erzeugungszahlen, ungefähr das gleiche Bild wie im Vormonat. Die etwas verringerte Roh-eisenerzeugung war zum Teil durch die geringere Zahl der Arbeitstage verursacht. Wenn trotzdem die Erzeugungszahlen der Stahl- und Walzwerke von denen des März nur unbedeutend abwichen, zum Teil sogar ein wenig höher waren, so bedeutet das eine relative Zunahme, die als Folge des lebhaften Auftragsenganges bei dem polnischen Eisenhütten Syndikat im März eintrat. Die Haupterzeugungszahlen waren folgende:

	April 1935	März 1935
	To.	To.
Roheisen	28 975	31 779
Rohstahl	79 328	80 317
Fertigerzeugnisse der Walzw.	59 746	59 298
Röhren	3 114	3 791

Im Vergleich zu dem April 1934 war die Roheisenerzeugung um 9,5%, die Röhrenerzeugung sogar um 12,5% vermindert, während bei den Stahl- und Walzwerken eine Erhöhung um 9,5 und 11% eingetreten ist. Der Auftragsengang aus dem Inlande, der im Vormonat mit rund 34 000 To. ungewöhnlich stark gewesen war, ging im April auf 19 567 To. zurück. Von dieser Menge waren 16 949 To. Privataufträge und 2 618 To. Regierungsaufträge. Dieser Auftragsengang entspricht fast genau der Menge, die das Eisenhütten Syndikat im April 1934 mit rund 20 000 To. zu verbuchen hatte. Auch bei der Ausfuhr, die 15 443 To. betrug gegen 19 222 To. im Vormonat, zeigte sich ein Rückgang. Er ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die Russenaufträge, die in den ersten Monaten des Jahres einen erheblichen Teil der Ausfuhr ausmachten, aufgearbeitet sind. Röhren wurden ausgeführt 2 408 To.

Die guten Erfahrungen, die die polnische Hüttenindustrie mit dem deutsch-polnischen Eisenabkommen gemacht hat, haben bei ihr anscheinend Bereitwilligkeit zu weiteren internationalen Verständigungen erweckt. Ein Abkommen der polnischen Hütten mit dem internationalen Walzdrahtkartell ist soeben bereits zustande gekommen. Weiter sind auch Verhandlungen mit dem Internationalen Schienenkartell aufgenommen worden. Die polnischen Hütten haben in den letzten Jahren in der Ausfuhr von Schienen beachtliche Erfolge erzielen können, allerdings nur durch weitgehende Preis- zugeständnisse. Jetzt scheint bei ihnen Neigung zur Beilegung des verlustbringenden Preiskampfes zu bestehen.

Mitteilungen

Ein weiterer stellvertretender Präsident der Industrie- und Handelskammer.

Auf Vorschlag des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer ist durch Erlass des Herrn Reichs- und Preussischen Wirtschaftsministers vom 8. Mai 1935 als weiterer stellvertretender Präsident der Industrie- und Handelskammer für das Rechnungsjahr 1935 Direktor Hans Piper von der Schlesischen Portland-Bement-Industrie Akt.-Ges. ernannt worden.

Rundgebung des oberchlesischen Einzelhandels am 17. Mai 1935 in Gleiwitz.

In dem überfüllten Saal der „Neuen Welt“ in Gleiwitz fand am 17. Mai 1935, abends 8 Uhr, eine Rundgebung des oberchlesischen Einzelhandels statt. Der Leiter des Oberchlesischen Einzelhandels, Pg. Wilhelm Klose, Gleiwitz, eröffnete die Rundgebung und begrüßte den Reichsleiter des Deutschen Einzelhandels, Pg. Dr. Hayler, den Landeshauptmann Pg. Adamczyk, den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer, Oberbergwerksdirektor Falkenhahn und die übrigen Vertreter der behördlichen Stellen.

Zunächst ergriff der Herr Landeshauptmann, Pg. Adamczyk, das Wort zu einer kurzen Ansprache folgenden Inhalts:

„Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Als Landeshauptmann von Oberschlesien ist es mir heute eine besondere Freude, auf dieser machtvollen Rundgebung des Einzelhandels Herrn Dr. Hayler in Oberschlesien begrüßen zu können.

Der oberchlesische Einzelhandel und der deutsche Einzelhandel überhaupt ist ein großes starkes Glied der Volksgemeinschaft, dem der Nationalsozialismus, der stets um einen gesunden Mittelstand besorgt war, seine besondere Fürsorge zuwendet. Wir haben in Deutschland 700 000 Einzelhändler, und mehr als die Hälfte des Volksvermögens geht über die Ladentische des Einzelhandels. Der Einzelhandel ist berufen, am Bau der deutschen Volksgemeinschaft mitzuarbeiten. Das haben viele seiner Mitglieder dadurch bewiesen, daß sie sich zuerst in die Reihen des Nationalsozialismus eingereiht haben. Warum stand damals der Einzelhandel beim Nationalsozialismus? Weil die Demokratie von seinem Dasein nichts wissen wollte. Sie war nur auf Massenproduktion eingestellt, auf die Errichtung riesenhafter Warenhäuser, und kümmerte sich nicht um das Schicksal des kleinen Mannes. Adolf Hitler war für viele Zehnt- und Hunderttausende die Erlösung. Wir sehen, gerade von März 1933 geht es wieder aufwärts. Wenn dieser Aufstieg in Oberschlesien länger dauert und beschwerlicher vor sich geht, so liegt das in den besonderen Verhältnissen der Grenzziehung und anderen Imponderabilien. Der heutige Staat gibt dem Kaufmann die Grundlage, dem schon weit fortgeschrittenen Verfall und Ruin zu steuern. Eine gewisse Ueberziehung gerade des Kaufmannsstandes tat das übrige. Wir müssen es daher begrüßen, daß der nationalsozialistische Staat sich bewußt gerade dieses Standes angenommen und das Gesetz zum Schutze des Einzelhandels vom 12. Mai 1933 geschaffen hat. Dieses Gesetz soll die Grundlage dazu bilden, den Einzelhandel vor dem Verfall zu schützen. Das Zeitalter des Konkurrenzkampfes und Neides ist vorüber. Ein gesundes freies Volk soll sich entfalten auf der Grundlage der Leistung. Die Freiheit des Handels ist nur möglich unter Berücksichtigung der Notwendigkeiten, die die deutsche Volksgemeinschaft fordert. Der Krämergeist von ehemals ist tot. Der deutsche Kaufmannsgeist soll wieder voranmarschieren und wieder gesunden, denn er ist dazu berufen, eine große volkserzieherische Arbeit zu leisten. Es ist die Aufgabe des Kaufmanns, dem Publikum harte Tatsachen, die durch die besondere Wirtschaftslage gegeben sind, beizubringen (Rohstoffbeschaffung). Daraus können Sie ersehen, wie wichtig auch die Erziehung des Kaufmanns ist. Und darum will ich schließen mit dem Wunsch, daß der deutsche Einzelkaufmann den guten Ruf seines Berufsstandes wieder in die ganze Welt hineinträgt.“

Sodann ergriff der Reichsleiter des Deutschen Einzelhandels, Pg. Dr. Franz Hayler, München, das Wort. Er führte im wesentlichen folgendes aus:

„Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Meine Berufskollegen vom Deutschen Einzelhandel!

Wenn ich die Gelegenheit der Breslauer Südstaustellung benutzt habe, um hierher nach Oberschlesien zu kommen, so habe ich dies nicht nur getan, um mit Ihnen vom oberchlesischen Einzelhandel Fühlung zu nehmen, weil ich vom Herrn Reichswirtschaftsminister, von Partei und Staat die Verantwortung für die Führung des Einzelhandels übertragen erhielt, sondern gerade deshalb, weil ich weiß, unter welch schwierigen Bedingungen Sie hier in Oberschlesien zu bestehen haben, und daß Sie als Einzelhändler nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine schwere kulturpolitische Aufgabe zu lösen haben... Erwarten Sie von mir nicht, daß ich

nun, wie das früher war, mit Ihnen zusammen besondere Forderungen des deutschen Einzelhandels aufstelle. Das ist ja der grundsätzliche Unterschied der Rundgebungen von damals und jetzt. In unseren heutigen Rundgebungen gilt es, der Öffentlichkeit zu beweisen, daß wir da sind, und bemüht sind, noch bestehende Vorurteile und das noch vorhandene Mißtrauen im Volk zu beseitigen. So sehe ich vor allem in der heutigen Rundgebung des oberchlesischen Einzelhandels den Ausdruck des geschlossenen Willens zum Staat, den Ausdruck der Erkenntnis der uns von Staat und Wirtschaft übertragenen Aufgaben, den Ausdruck des Willens, diese Aufgaben restlos zu erfüllen, aber auch weiterhin den Ausdruck unseres geschlossenen Willens, die durch die erfüllten Pflichten erworbenen Rechte auch geschlossen und einheitlich zu verteidigen und zu vertreten.

Meine werten Kollegen! Wir sind der festen Ueberzeugung, daß eine gesunde Wirtschaft auf einem gesunden, starken Einzelhandel nie verzichten kann und können wird. Wir wissen, daß zwischen den von Natur gegebenen entgegengesetzten Interessen der Erzeugung und des Verbrauches als Puffer der Handel möglichst selbständig und elastisch eingeschaltet sein muß und bleiben muß; der Handel hat seine Existenzberechtigung, und zwar nicht, weil er da ist, sondern, weil er notwendig ist, weil die Wirtschaft ihn braucht, und er hat wie alle anderen Stände und Berufe das Recht, genau so viel und wenig aus dieser Tätigkeit seinen Unterhalt zu erzielen, und sein Leben zu fristen. Wir wissen, wie schwierig es wäre, ohne ihn die planvolle Erzeugung der Güter jeder Art an die Stellen des planlos einsehenden Bedarfs zu leiten. Und wir wissen, inwieweit es möglich ist, und welche Aufgaben zu erfüllen sind, den Verbraucher in seinen Bedürfnissen auf gewisse Erzeugnisse hinzu lenken, und diese Aufgabe ist um so notwendiger, je mehr ein Volk gewillt ist, unabhängig in der Produktion und vom Ausland zu werden. Der Einzelhandel ist um so eher dazu in der Lage, je sachmännischer geschult die persönlich haftenden Einzelhändler sind.

Weiterhin erwächst uns eine gewaltige Aufgabe in der Beratung der Erzeugung. Es ist unsere Aufgabe, unsere Erfahrungen der Erzeugung weiterzuleiten und Pionierarbeit für den Kampf um die deutsche Wertarbeit zu leisten und Träger deutscher Wertarbeit zu sein.“

In seinen weiteren Ausführungen erinnerte der Redner an die Zeit vor 18 Jahren, als der oberchlesische Boden in Gefahr war und auch er es für selbstverständlich hielt, dort zu sein, wo das Vaterland in Gefahr ist. Ebenso selbstverständlich habe er jetzt, als der Ruf an ihn ertönt, die Führung des deutschen Einzelhandels zu übernehmen, sich zur Verfügung gestellt. Weiter behandelte Dr. Hayler das Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft vom 27. 2. 1934. Er betonte die Bedeutung der Gleichschaltung, der die innere Aufbauarbeit folgen muß. Um die geschlossene Zusammenarbeit zwischen Volk und Staat herzustellen, ist es zunächst notwendig, daß in allen Gliederungen des Staates und des Volkslebens, gleichviel, ob auf kulturellem, sozialpolitischem oder wirtschaftlichem Gebiet, auch die Totalität hergestellt wird, also auch in der Organisation der Wirtschaft. Wir wissen, daß wir nicht unseretwegen da sind, sondern da sind, weil wir unsere Pflichten haben, weil wir notwendig sind. Denn genau so wenig, wie die Wirtschaft selbst oder irgendeine Gliederung Selbstzweck sein kann, kann der Einzelhandel Selbstzweck sein. Aus dieser Geschlossenheit und diesem reibungslosen Zusammengehen aller Kräfte soll der Verbraucher entnehmen, daß wir nicht nur eine Tätigkeit zum Zwecke der Gewinnerzielung ausüben, sondern daß es unsere schwierigere Aufgabe ist, den jeweils auftauchenden Wünschen der Verbraucherschaft gerecht zu werden. Weil wir aber nicht nur für den Verbraucher, sondern für das deutsche Wirtschaftsleben in seiner Gesamtheit da sind, deshalb darf der Verbraucher uns auch nur insoweit in Anspruch nehmen, als es mit den Gesamtinteressen der Wirtschaft vereinbar ist. Wenn wir uns heute dagegen wehren, daß da und dort geschleudert wird, so wollen wir damit dem Verbraucher nicht eine besonders günstige Einkaufsmöglichkeit nehmen, sondern wir wollen es verhindern, weil mit dem Schleudern und den Unterbietungen eine Ausnutzung eines Dritten verbunden ist. Wir wehren uns dagegen, weil durch diese merkwürdigen Geschäftsmethoden einer versucht, zu seinem eigenen Nutzen andere zu drücken, wie auch den gesamten übrigen, ihren Verpflichtungen nachkommenden Standesgenossen ein schlechtes

Etikett anzuhängen und sie beim Verbraucher als teuer und nicht leistungsfähig hinzustellen. Ähnliches gilt auch für den Kampf um Vereinigung der Pumpwirtschaft.

In der Wirtschaft soll wieder das Gesunde und Solide zum Ausdruck kommen. Wenn eine Wirtschaftsgruppe keine Anerkennung mehr findet und kein Standesbewußtsein und keine sittliche Bindung mehr hat, so muß dieser Stand untergehen. Deshalb ist es notwendig, daß neben all den wirtschaftlichen Dingen auch die gegenseitige Achtung und Anerkennung wieder zum Durchbruch kommt und hochgehalten wird. Es muß uns gelingen, daß wir jeden Zwang ablösen durch das Pflichtgefühl, daß wir jeden einzelnen gewinnen, daß er mitarbeitet an seinem Schicksal und damit an dem Schicksal des ganzen Volkes. Der Einzelhandel kann nur bestehen, wenn seine Mitglieder nicht nur äußerlich zur Organisation stehen, sondern auch innerlich geschlossen mit ihr marschieren. Dazu ist es notwendig, daß wir zunächst unsere Arbeit einbauen in das große Zeitgeschehen und uns vor Augen halten, daß jeder Erfolg in sich zusammenbrechen muß, wenn er nicht im Rahmen der Gesamtgestaltung liegt.

Trotz aller Mühe und Sorgen, die im Augenblick bestehen, müssen wir uns vor Augen halten, daß es im großen Rahmen vorwärts geht und der Einzelhandel nicht vergessen ist. Weil keiner dem Staate sich entziehen kann, kann auch keiner vom Staate vergessen werden, wenn er bereit ist, sich bedingungslos einzufügen. Machen Sie ja nicht den Fehler, daß Sie in den materiellen Sorgen des Alltags das große Geschehen und die große Linie, die zum Durchbruch kommt, übersehen. Verlieren Sie nie den Glauben und das Vertrauen! Wenn Sie glauben, es sei nicht alles so, wie es sein soll, und wenn Sie meinen, manches nicht begreifen zu können, so vertiefen Sie sich einmal in den Nationalsozialismus selbst und denken Sie daran, daß die Sache für Sie verloren ist, wenn Sie den Glauben an die große Sache und an sich selbst verlieren. Denken Sie daran, daß es dem Führer nur gelungen ist, das Deutsche Volk neu in die Welt zu stellen, und uns ein neues Vaterland zu schaffen durch seinen gigantischen Glauben an das Deutsche Volk. Und wenn Sie an sich selbst und an unsere Aufgaben glauben, so sind auch wir dem Führer in unserer organischen Geschlossenheit ein wertvolles Instrument in der Führung des Deutschen Vaterlandes, damit es in aller Welt wieder mit Recht heißen kann: Deutschland, Deutschland über alles! „Seil Hitler!“

Betrüger am Werk.

Warnung der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel vor falschen Beitragskassierern

Wie der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel gemeldet wird, sind in den letzten Tagen bei Mitgliedern der Wirtschaftsgruppe vereinzelt Personen erschienen, die sich als Beauftragte der Wirtschaftsgruppe ausgaben und die Beiträge kassieren wollten. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß bisher niemand von der Wirtschaftsgruppe mit dem Barcinzug der Beiträge beauftragt worden ist, daß es sich in all diesen Fällen also um gewissenlose Betrüger handelt. Vorerst hat die Wirtschaftsgruppe nur zentral die gedruckten Beitragsaufforderungen an ihre Mitglieder herausgegeben. Die Zahlung soll über Postcheck oder auf das Bankkonto der Wirtschaftsgruppe erfolgen. Erst für rückständige Beiträge kommt später eine andere Zahlungsweise in Betracht. Sollten dabei Beauftragte der Wirtschaftsgruppe zum Barcinzug bei den Einzelhändlern herausgeschickt werden, so werden sie selbstverständlich mit einwandfreiem Ausweis mit Lichtbild ausgestattet. Vorerst aber sind, wie nochmals betont werden muß, von der Wirtschaftsgruppe keine Personen mit der Einziehung von Beiträgen beauftragt worden.

Bezirksgruppe Schlesien der Reichsgruppe Industrie.

Der Leiter der Bezirksgruppe Schlesien der Reichsgruppe Industrie veröffentlicht folgende Anordnung:

In Ausführung der Anordnung des Leiters der Reichsgruppe Industrie über die Bildung von Bezirksgruppen vom 14. März 1935 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 64 vom 16. März 1935) ordne ich für den Bereich der durch diese Anordnung gebildeten Bezirksgruppe Schlesien der Reichs-

gruppe Industrie folgendes an: Die bisherige Landesgruppe Schlesien des Reichsstandes der Deutschen Industrie (Bund Schlesischer Industrieller e. V.) wird in die Bezirksgruppe Schlesien der Reichsgruppe Industrie überführt. Mit Zustimmung des Leiters der Reichsgruppe Industrie bestelle ich zu meinem Stellvertreter Herrn Andreas von Buhse, Vorstandsmitglied der Vinke-Hofmann-Werke AG. in Breslau. In die Geschäftsführung berufe ich Herrn Admiraltätsrat Dr. Rudolf Meißner, Breslau 18, Derfflingerstr. 6 dem ich zusammen mit dem bisherigen Geschäftsführer der Landesgruppe Schlesien des Reichsstandes der Deutschen Industrie, Herrn Dr. Hermann Baier, die Leitung der Geschäftsführung übertrage. Geschäftsstelle ist die bisherige Geschäftsstelle der Landesgruppe Schlesien des Reichsstandes der Deutschen Industrie, Breslau 6, Nikolaistadtgraben 18.

gez. Gottfried Dierig.

„Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ wird weitergeführt.

Von dem Kuratorium der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ wird im nachstehenden Schreiben darauf hingewiesen, daß die „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ auch im dritten Spendenjahr auf Wunsch des Führers durchgeführt wird.

„Die notwendigen Unterlagen für die Weiterführung der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ im dritten Spendenjahr (1935/36) werden den Trägern voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche zugehen können.

Es ist unter allen Umständen notwendig, daß diese Spende auch im dritten Jahre die eingegangenen Verpflichtungen erfüllt. Ich bitte Sie daher, Ihre Mitgliedsfirmen durch Rundschreiben bereits jetzt darauf aufmerksam zu machen, daß die „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ dem Wunsch des Führers entsprechend weitergeführt wird, und daß die Firmen bei allen jetzt an sie herangetragenen Sammlungen und Werbungen auf die zu erwartende Beteiligung an der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ Rücksicht nehmen müssen und keine Verpflichtungen eingehen dürfen, die ihre Beteiligung an der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ unmöglich machen.

Die Wirtschaft hat mit der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ eine Aufgabe übernommen, deren restlose Erfüllung für sie gegenüber allen anderen Sammlungen und Werbungen vordringlich sein muß. Nachdem die „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ bereits seit zwei Jahren durchgeführt wird, wissen die Betriebe ungefähr, mit welcher Jahresbelastung sie zu rechnen haben. Es dürfte sich keine Firma mehr darauf berufen, daß sie durch Beteiligung an anderen Sammlungen und Spenden Verpflichtungen eingegangen sei, die ihr einen Beitrag zur „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ unmöglich machten.“

Den bezirksanfähigen Firmen geben wir hiervon Kenntnis mit der Bitte, bei allen an sie herangetragenen Sammlungen und Werbungen auf die zu erwartende Beteiligung an der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ Rücksicht zu nehmen und keine Verpflichtungen einzugehen, die ihre Beteiligung an der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ unmöglich machen.

Unterbringung des Personals des Chefs des Ausbildungswesens.

Der Führer und Reichskanzler hat die Auflösung des Dienstbereiches des Chefs des Ausbildungswesens befohlen.

Zufolge dieser Verfügung hat der Chef des Ausbildungswesens gegenüber dem Führer und Reichskanzler die Verpflichtung übernommen, sein durchaus hochqualifiziertes Personal anderweit unterzubringen. Seiner Anregung folgend richtet der Leiter der Reichswirtschaftskammer an alle Kreise der gewerblichen Wirtschaft die dringende Bitte, allenthalben auf die Unterbringung dieses Personals in Dauerstellungen hinzuwirken. Dies ist als eine Ehrenpflicht zu betrachten, weil das Personal des Chefs des Ausbildungswesens wertvollste Aufbanarbeit geleistet hat. Zur Verfügung stehen z. B.: Kassierer, Rechnungsprüfer, Buchhalter, Maschinenschreiber, Expedienten, Walshpersonal, Sportlehrer, Juristen (höchstens noch zehn), Volkswirte, Chauffeure, insgesamt noch etwa

8000 Mann im Reiche. Das Personal hat sich allenthalben im praktischen Dienst bewährt und kann deshalb bestens empfohlen werden.

Auskünfte erteilen: Der Stab des Chefs des Ausbildungswezens, Berlin W 35, Friedrich Wilhelm-Str. 5, und die Landes- und Bereichsführer. Die Anschrift des für Schlesien zuständigen Landesführers VIII ist: Landesführer des Ausbildungswezens, Breslau 5, Salvatorplatz 6, I.

Die deutschen Zeitschriften — Sendboten deutscher Kultur.

Jahrestagung

des Reichsverbandes der deutschen Zeitschriften-Verleger

Die diesjährige Jahrestagung des Reichsverbandes der deutschen Zeitschriften-Verleger, die im Marmoraal des Zoologischen Gartens in Berlin stattfand, erfüllte zwar im hauptsächlichsten die sachungsmäßige Verpflichtung, über die organisatorische Arbeit des Reichsverbandes und die mannigfachen fachlichen Aufgaben, die ihm im Rahmen des Reichskulturkammergesetzes gestellt sind, zu berichten. Darüber hinaus aber war diese Jahrestagung, an der rund tausend deutsche Zeitschriftenverleger teilnahmen, eine eindrucksvolle Rundgebung für den hohen Stand des deutschen Zeitschriftenwesens und seine Werbung im In- und Ausland. In diesem Rahmen betonte Ministerialrat Dr. Sahnke, der an Stelle des durch anderweitige dienstliche Inanspruchnahme verhinderten Reichsministers Dr. Goebbels die Grüße des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda und der Presseabteilung der Reichsregierung überbrachte, daß der Nationalsozialismus die Bedeutung der periodischen Druckchrift erkannt und ihr eine besonders hervorragende Stellung im nationalsozialistischen Staat gegeben habe. Dank ihrer meisterhaften Ausgestaltung und ihres hervorragenden Inhaltes hätten die deutschen Zeitschriften in der Welt stets in hohem Ansehen gestanden. Heute seien sie als Sendboten deutschen Kulturlebens und Schaffens in ganz besonderem Maße berufen, die Absichten und Werke des Führers den anderen Nationen zu übermitteln. Dr. Richter, der Geschäftsführer der Reichspressenkammer, bedauerte, daß die deutsche Presse, obgleich selbst ein Instrument der Propaganda, so wenig für die eigene Arbeit Propaganda zu machen verstehe. Der Vertreter des Verberates der deutschen Wirtschaft, Prof. Dr. Kunze, hob den Wert der Zeitschrift für die fachliche Fortbildung in allen Zweigen hervor und stellte die Bedeutung gerade der Zeitschrift als Instrument der Werbung im In- und Ausland heraus. So vielseitig das deutsche Zeitschriftenwesen in Form und Stoff ist, so notwendig ist auch, das betonte insbesondere Hauptmann Weiß, der Leiter des Reichsverbandes der Deutschen Presse, ihre Einheitlichkeit im weltanschaulichen Geiste. Wie tief die Zeitschrift, welches Sondergebiet des geistigen und beruflichen Lebens sie auch immer bearbeitet, im Volke wurzelt, wies in einem eindrucksvollen Vortrag Verlagsdirektor Alfred Hoffmann (Berlin) nach. Die Gesamtauflage aller deutschen Zeitschriften einschließlich der Werk- und Hauszeitschriften, der Vereins- und Standesblätter, könne auf 120 bis 125 Millionen angenommen werden. Eine gewaltige Zahl, die die Einflußweite der deutschen Zeitschrift auf das Volksganze erkennen läßt. Um so größer kann unsere Freude sein, daß der nationalsozialistische Staat ausgeräumt hat mit der Möglichkeit, Undeutsches, Ungeistiges, Unkulturelles und Un sittliches durch die Presse ins Volk gelangen zu lassen. Die Verpflichtung zu größter Verantwortlichkeit der verlegerischen und schriftleiterischen Leistung und der bedingungslose Einsatz aller Kräfte, diese Leistung noch zu steigern und zu fördern, wo es nur geht, kennzeichnet den heutigen hohen Stand des deutschen Zeitschriftenwesens. Die große Rundgebung der deutschen Zeitschriften-Verleger fand in folgendem Telegramm an den Führer und Reichskanzler sichtbaren Ausdruck:

Tausend deutsche Zeitschriftenverleger, die sich heute zu ihrer Jahrestagung in Berlin versammelt haben, gedenken in Verehrung ihres Führers und geloben ihm treue Gefolgschaft. Daß die deutsche Zeitschrift stets als ungetrübter Spiegel deutschen Wesens in aller Welt wirke, betrachtet der deutsche Zeitschriftenverleger als seine vornehmste Aufgabe.

Aus der Präsidialkanzlei ging daraufhin folgende Drahtung ein:

Dem Reichsverband der deutschen Zeitschriften-Verleger danke ich für den mir telegraphisch übermittelten Treuegruß, den ich mit aufrichtigen Wünschen für Ihre Arbeit herzlichst erwidere.

Adolf Hitler.

Berechnung einer Indexziffer der Großhandelspreise für Kraft- und Schmierstoffe.

Im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung der Treib- und Schmierstoffe für die gesamte Wirtschaft wird künftig im Rahmen der Indexziffer der Großhandelspreise eine besondere Indexziffer für „Kraft- und Schmierstoffe“ berechnet. Sie tritt an die Stelle der Gruppenindexziffer für „Technische Öle und Fette“, in der neben den Treibstoffen auch noch andere technische Öle und Fette, wie Leinöl, Palmöl und Talg, berücksichtigt wurden. Der volkswirtschaftliche Verbrauch dieser Öle und Fette spielt im Vergleich zu dem stark angewachsenen Verbrauch an Treib- und Schmierstoffen jedoch nur noch eine geringe Rolle, so daß von ihrer Einbeziehung in die Berechnung der Indexziffer der Großhandelspreise abgesehen werden kann.

Die Gewichtsverteilung der neuen Indexziffer für Kraft- und Schmierstoffe entspricht etwa dem mengenmäßigen Verbrauch in den Jahren 1930/32. Die Gruppe setzt sich wie folgt zusammen.

Ware	Sorte und Qualität	Berichts- ort	Wägung i. v. G. der Indexgruppe
Benzin . .	Markenware	Berlin	55,8
Benzol . .	Motoren-, Markenware	"	17,1
Gasöl . . .	Treiböl, ausländisches	"	8,2
Treiböl . .	Braunkohlenteer-	"	1,4
Petroleum .	Leucht-, ausländisches	"	2,8
Maschinenöl	Viscosit 4,5 bei 50°C	"	12,2
Masch.-Fett	Staufferfett	"	2,5

Bei der Berechnung der Preisindexziffer für Kraft- und Schmierstoffe wurden die Berechnungsgrundlagen nicht nur hinsichtlich der Waren und Gewichte, sondern auch hinsichtlich der berücksichtigten Preise den veränderten Marktverhältnissen angepaßt.

Die neu berechnete Indexziffer für Kraft- und Schmierstoffe stellt sich für März 1935 auf 87,7 (1913 = 100). Die neu berechneten Indexziffern für die Zeit ab 1924 sind in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, herausgegeben vom Statistischen Reichsamte, Jahrgang 1935, Nr. 8, Seite 287, veröffentlicht.

Die Neuberechnung wirkt sich auf die Indexziffern der Gruppe Industrielle Rohstoffe und Halbwaren und auf die Gesamtindexziffer der Großhandelspreise nur geringfügig aus, sodaß hier Änderungen nicht vorgenommen werden.

Einführung der Textilnormen in die Praxis.

Die Pressestelle der Wirtschaftsgruppe Textilindustrie teilt folgendes mit:

Für die Einführung der TEX-Normen in die Praxis (zur Zeit liegen etwa 130 Normblätter bezugsfertig vor) ist es von weitestlicher Bedeutung, daß die Schüler der Textilschulen eingehend auf die Vorteile der Normung und ihre Notwendigkeit für unser Wirtschaftsleben aufmerksam und im Unterricht mit Einzelheiten der Normung vertraut gemacht werden. Durch Erlasse der zuständigen Ministerien in Preußen und Sachsen an die Textilschulen ist dies mehrfach besonders hervorgehoben worden. Sehr erfreulich ist es jedoch, wenn einzelne Fachschulen über die pflichtgemäße Behandlung der Normen im Unterricht hinausgehen und durch Sonderveranstaltungen Aufklärung über die Normungsarbeiten in weitere Kreise tragen. So hat vor kurzem die Sächsisch Höhere Fachschule für Textilindustrie, Zittau, in einer Anstaltung anlässlich ihrer Jahresausstellung Ostern 1935 eine nahezu lückenlose Uebersicht über die bisher vorliegenden Normen durch eine Auslage der Textilnormblätter und der nach den Vorschriften dieser Blätter gefertigten Normteile und genormten Erzeugnisse gegeben. Da die Ausstellung leb-

hafte Beachtung gefunden hat, hat sich die Anstaltsleitung entschlossen, sie zu einer dauernden Einrichtung zu machen und ihr ein besonderes Zimmer einzuräumen.

Prüfverfahren für natürliche Gesteine.

Im Straßenbau und bei der Deutschen Reichsbahn werden sehr große Mengen natürlicher Gesteine benötigt. Lange Erfahrung hat gezeigt, daß die praktische Brauchbarkeit der einzelnen natürlich vorkommenden Gesteinsarten für die Zwecke des Straßenbaues und der Reichsbahn sehr unterschiedlich ist. Deshalb haben Wissenschaft und Praktiker sich zusammengetan, um durch geeignete, den praktischen Beanspruchungen möglichst nahekommende Prüfverfahren vor dem Einbau der Gesteine festzustellen, wie sie sich bewähren werden. Zu der Reihe der schon vorhandenen Prüfverfahren sind jedoch die vom Deutschen Verband für die Materialprüfungen der Technik als „DIN-Vornorm DVM-Prüfverfahren B 2107“ aufgestellten Richtlinien zur Ermittlung der Widerstandsfähig-

keit von Schotter gegen Schlag und Druck und die Bestimmung des Raummetergewichts von Sand, Kies, Schotter, Grus, Splitt, Stein Schlag getreten. Man prüft die Gesteine gegen Schlag dadurch, daß in einen stählernen Mörser einige Kilo Schotter gefüllt werden. Der Mörser wird mit einem passenden Stahldeckel versehen. Auf einem Fallwerk wird sodann der Inhalt des Mörsers einer bestimmten Schlagbeanspruchung ausgesetzt. Die Feststellung, wie weit der Schotter zertrümmert worden ist, gibt ein Maß für sein Verhalten in der Praxis.

Seeresbauten nur nach deutschen Normen.

Es ist für alle Zweige der Bauindustrie wichtig, zu wissen, daß seitens des Reichswehrministers allen Vandalenstellen für Seeresbedarf Anweisung gegeben wurde, die bestehenden Normblätter des Deutschen Normenausschusses zu beachten.

Steuerwesen

Die Vorteile einer Umwandlung in begünstigte Gesellschaftsformen.

Von Wirtschaftsprüfer Dr. jur. et. rer. pol. H. Brönnert,
Berlin W. 9.

Der liberalistische Staat stand der Frage der Gesellschaftsform aus weltanschaulichen Gründen neutral gegenüber. Die Folge war eine starke Vermehrung der Kapitalgesellschaften, d. h. insbesondere der Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H., welche die persönliche Haftung und Verantwortung weitgehend beseitigten.

Insbesondere förderten steuerliche Momente den Zug zur Kapitalgesellschaft. Grundsätzlich bestand zwar bei den Kapitalgesellschaften eine Doppelbesteuerung dergestalt, daß sowohl die Gesellschaft als solche, als auch der Gesellschafter besteuert wurde. Diese Doppelbesteuerung wurde auf dem Gebiet der Einkommensteuer bzw. Körperschaftsteuer jedoch dann unwirksam, wenn die erzielten Gewinne nicht ausgeschüttet wurden. Im übrigen bestand eine Reihe von Vorschriften, die die Doppelbesteuerung verminderten. Schließlich wirkte auch die starke Progression der Einkommensteuertarifs dahin, daß Unternehmen mit hohen Gewinnen die Form der Kapitalgesellschaft bevorzugten.

Infolgedessen hatten sich in der Nachkriegszeit im Uebermaß Kapitalgesellschaften gebildet. Viele Grundstücke in Großstädten hatten die Form einer solchen. Es bildeten sich zahlreiche Kapitalgesellschaften mit nur einem Gesellschafter, obwohl doch gerade die Kapitalgesellschaft nach ihrer Zweckbestimmung die Zusammenfassung der Kapitalien mehrerer ermöglichen soll. Infolge der leichten Übertragbarkeit der Anteile an Kapitalgesellschaften trat eine Verschachtelung in der Wirtschaft ein, die zu einer Unübersichtlichkeit und teilweise zu einer Lähmung der persönlichen Verantwortung führte.

Die Personalgesellschaften als begünstigte Gesellschaftsformen

Die Schäden der vorstehend geschilderten Entwicklung waren bereits vor dem Jahre 1933 erkannt. Es blieb jedoch dem nationalsozialistischen Staat vorbehalten, auf dem Gebiet der Gesellschaftsformen eine durchgreifende Änderung und Gesundung durchzuführen. Begünstigt werden die Gesellschaftsformen der Personalgesellschaften, also die offene Handelsgesellschaft und die Kommanditgesellschaft, weil bei ihnen eine unbeschränkte Haftung gegeben ist. Für diese Gesellschaftsformen, bei denen die Verantwortlichkeit stärker betont wird, sprechen wirtschaftspolitische und weltanschauliche Gründe.

Dem Ziel der Zurückdrängung der Kapitalgesellschaften auf das notwendige Maß diente u. a. die Steuerreform vom Oktober 1934, bei der insbesondere folgende Begünstigungen der Personalgesellschaften bzw. Aufhebung von steuerlichen Vorteilen der Kapitalgesellschaften gesetzlich festgelegt wurden:

a) Vermögensteuer. Nach der Steuerreform vom Oktober 1934 sind die Personalgesellschaften als solche nicht mehr steuerpflichtig, sondern die Vermögensteuer wird bei den einzelnen Gesellschaftern erhoben; diese Regelung ist insofern günstiger, als der Freibetrag nicht nur einmal bei der Gesellschaft, sondern für die einzelnen Gesellschafter sowie für deren Angehörige, also mehrfach zur Anrechnung gelangen kann. Ferner ist eine Mindestbesteuerung des Vermögens von Kapitalgesellschaften vorgesehen, wonach auch dann, wenn das Reinvermögen dieser Gesellschaften unter die vorgesehene Mindestgrenze (A.G.: 50 000 RM., G. m. b. H.: 20 000 RM.) sinkt, die der Mindestgrenze entsprechende Vermögensteuer zu entrichten ist. Schließlich sind die Anteile bzw. Aktien an Kapitalgesellschaften nicht mehr mit dem halben Wert, sondern mit dem vollen Wert vermögenssteuerpflichtig.

b) Einkommensteuer. Die Ausschüttungen auf G. m. b. H.-Anteile unterlagen gemäß § 57 des alten Einkommensteuergesetzes von 1925 nur in beschränktem Maße der Einkommensteuer; diese Vergünstigung ist aufgehoben worden. Andererseits wird von den Ausschüttungen auf G. m. b. H.-Anteile jetzt die zehnprozentige Kapitalertragsteuer einbehalten, was dann ungünstig sein kann, wenn der Steuerpflichtige insgesamt mit weniger als der einbehaltenen Kapitalertragsteuer zu veranlagen ist, da diese nicht erstattet wird.

c) Körperschaftsteuer. Der bis auf 10 v. H. ermäßigte Steuerfuß für Gesellschaften m. b. H. mit einem Stammkapital von nicht mehr als 50 000 RM. ist beseitigt worden.

d) Kapitalverkehrssteuer. Die Gesellschaftsteuer für Personalgesellschaften ist in Fortfall gekommen. Andererseits wird für die Verschmelzung und Umwandlung von Kapitalgesellschaften kein ermäßigter Steuerfuß mehr gewährt.

Neben den steuerlichen Vorteilen bietet die Personalgesellschaft auch in handelsrechtlicher Beziehung Vorzüge. Bei den Personalgesellschaften fällt der bei den Aktiengesellschaften und zum Teil auch bei den Gesellschaften m. b. H. erforderliche umständliche bzw. teure Apparat in Gestalt von Generalversammlung, Aufsichtsrat, notarieller Protokollierung, Pflichtprüfung, Anleihestock usw. fort. Die Personalgesellschaft bietet den Vorteil, daß der Gesellschaftsvertrag weitgehendst den besonderen Verhältnissen des einzelnen Falles angepaßt werden kann. Den Bedürfnissen der Praxis, die eine Teilung in tätige und nicht tätige Gesellschafter benötigt, dient in besonderem Maße die Rechtsform der Kommanditgesellschaft, bei der ein Teil der Gesellschafter (Komplementäre) in der Firma tätig ist und voll haftet, während der andere Teil der Gesellschafter (Kommanditisten) nur mit der Einlage haftet.

Die handelsrechtlichen Erleichterungen für die Umwandlung.

Die handelsrechtlichen sowie die steuerrechtlichen Erleichterungen für die Umwandlung gelten nur für solche Gesellschaften, die am 1. 7. 1934 bestanden und ihre Umwandlung oder Auflösung bis zum 31. 12. 1936 beschließen.

Die handelsrechtlichen Erleichterungen (vergl. im einzelnen: Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Umwandlung von Kapitalgesellschaften vom 14. 12. 1934; RGBl. I, S. 1262 ff.) für die Umwandlung bestehen vor allem darin, daß die Umwandlung in Form der sog. Gesamtrechtsnachfolge unter Ausschluß der Liquidation stattfinden kann, sofern sich der Umwandlungsakt in einem Zuge vollzieht. Dies bedeutet einerseits eine Verringerung der Formalitäten, denn es entfällt die Liquidation, die Übertragung einzelner Vermögensstücke, ein mehrfacher Beschluß der Gesellschaftsorgane, eine wiederholte Aufforderung an die Gläubiger usw. Gleichzeitig bedeutet die Vereinfachung der Formalitäten eine Ersparung von Kosten. Denn während bisher mehrere notarielle Beschlüsse gefaßt werden mußten, eine mehrfache Anmeldung bei Gericht sowie mehrfache Veröffentlichungen erforderlich waren, entstehen bei der Gesamtrechtsnachfolge unter Ausschluß der Liquidation Gerichts- und Notariatskosten nur einmal.

Schließlich sind auch in vielen Einzelfragen Erleichterungen gewährt, so z. B. beim Firmenrecht. Hier ist es unter teilweiser Abänderung der einschlägigen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (Grundsatz der Firmenwahrheit) z. B. möglich, Firmen mit altbekannten Personennamen, deren Inhaber jetzt anders heißen, beizubehalten. Ferner sind Erleichterungen für solche Fälle vorgesehen, in denen ein Hauptgesellschafter, der mindestens 90 v. H. des Kapitals besitzt, vorhanden ist, der allein der Umwandlung zustimmt.

Die steuerlichen Erleichterungen für die Umwandlung

Die steuerlichen Erleichterungen bei der Umwandlung sind in der zweiten Durchführungsverordnung zum Steuerumwandlungsgesetz vom 8. 3. 1935 (RGBl. I S. 354 ff.) sowie in dem Erlass des Reichsfinanzministers vom 9. 3. 1935 (RStBl. 1935, S. 449 ff.) enthalten.

Um den Umwandlungsvorgang als solchen zu erleichtern, sind vor allem Begünstigungen hinsichtlich der Verkehrsteuern geschaffen. Die Gesellschaftsteuer sowie die Umsatzsteuer werden anlässlich der Umwandlung oder Auflösung von Kapitalgesellschaften nicht erhoben. Soweit das bisherige Beteiligungsverhältnis der Gesellschafter an der Kapitalgesellschaft auch für das übertragene Grundstück bzw. die das Grundstück übernehmende Personengesellschaft bestehen bleibt, fällt auch die Erhebung der Grunderwerbsteuer fort. Entsprechendes gilt für die Zuschläge zur Grunderwerbsteuer, für die Wertzuwachssteuer sowie die Gemeindesteuer vom Zubehör (Gewerbeanschaffungssteuer).

Durch die Umwandlung würden an und für sich die starken stillen Reserven, die in vielen Kapitalgesellschaften enthalten sind, zur Auflösung kommen und dadurch Steuern in einem Umfange auslösen, daß die Umwandlung wirtschaftlich nicht tragbar wäre. Daher ist vor allem vorgesehen, die durch Auflösung der stillen Reserven entstehenden Steuern einzuschränken. Dies wird dadurch ermöglicht, daß bei Wirtschaftsgütern, die mindestens seit Ende des Wirtschaftsjahres 1934 (1933/34) zum Betriebsvermögen einer Kapitalgesellschaft gehört haben und in das im Inland belegene Betriebsvermögen eines oder mehrerer Gesellschafter oder einer aus Gesellschaftern der Kapitalgesellschaft bestehenden Personengesellschaft übernommen werden, hinsichtlich der Bewertung ein Wahlrecht besteht. Anstelle der für eine reguläre Steuerbilanz anzusehenden Werte können diese Wirtschaftsgüter mit einem anderen Wert, jedoch nicht über den Teilwert im Zeitpunkt der Übertragung hinaus angesehen werden. Die Körperschaftsteuer (Liquidationssteuer) wird hierbei nur zu einem Drittel erhoben. Die Werte der Umwandlungsbilanz sind auch für die Einkommensteuer und Gewerbesteuer des Gesellschafters bzw. der Personengesellschaft maßgebend. Diese Steuern werden ebenfalls nur mit einem Drittel erhoben, wobei die Einkommensteuer nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes über außerordentliche Einkünfte (§ 34 Abs. 1 EStG.), also mit 10–25 v. H., bei Ledigen mit 15–35 v. H., berechnet wird. Andererseits besteht bei den Wirtschaftsgütern, die nach dem Ende des Wirtschaftsjahres 1934 (1933/34) von der Kapitalgesellschaft angeschafft oder hergestellt werden, und in das im Inland belegene Betriebsvermögen eines oder mehrerer Gesellschafter oder einer aus Gesellschaftern der Kapitalgesellschaft bestehenden Personengesellschaft übernommen werden, kein Wahlrecht hinsichtlich der Bewertung, son-

dern es sind die für eine reguläre Steuerbilanz maßgebenden Werte anzusehen. Bei der für diese Wirtschaftsgüter entstehenden Körperschaftsteuer wird keine Erleichterung gewährt. Die Werte gelten auch für die Einkommensteuer und Gewerbesteuer des Gesellschafters bzw. der Personengesellschaft; diese beiden Steuern werden nur zu je einem Drittel erhoben, und zwar finden hinsichtlich der Einkommensteuer die Vorschriften über außerordentliche Einkünfte (§ 34 Abs. 1 EStG.) Anwendung.

Werden Wirtschaftsgüter nicht in ein Betriebsvermögen, sondern in ein Privatvermögen übernommen, so gelten abweichende Vorschriften, die in zahlreichen Fällen, wie z. B. bei Grundstücksgesellschaften, eine wesentlich weitergehende Steuerermäßigung mit sich bringen.

Neue Steuergesetze und Verordnungen.

Nachstehend bringen wir einen Hinweis auf die neu ergangenen Bestimmungen auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung zum Abdruck:

Steuererleichterungen:

Vergebung öffentlicher Aufträge und Sicherung der Steuereingänge. Presse-notiz v. 26. 4. 1935 R.St.Bl. S. 673
11. Verordnung zur Durchführung der Vorschriften über die Kapitalherabsetzung in erleichterter Form v. 21. 5. 35 R.G.Bl. I S. 693

Aufbringung:

Verordnung zur Änderung der 1. Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Abwicklung der Aufbringungsumlage und die Neugestaltung der Bank für deutsche Industriebobligationen v. 8. 4. 1935 R.G.Bl. II S. 411
u. R.St.Bl. S. 696

Grunderwerbsteuer:

Durchführung des landwirtschaftlichen Schuldenregelungs-Verfahrens und Grunderwerbsteuer v. 10. 5. 1935 R.St.Bl. S. 734

Hauszinssteuer:

Umstellung der Hauszinssteuerenkung Rd.Erl. v. 3. 5. 1935 J.M.Bl. S. 72

Ist ein Wechsel im System der Deltredere-Abrechnung unzulässig?

Wenn jemand in einem Jahr höhere Abschreibungen als bisher vornahm oder wenn er erstmals abschreibt, während er bisher überhaupt nie abgeschriben hatte, so wendeten die Finanzämter häufig ein, das sei ein unzulässiger Wechsel in der Bilanzierungsmethode und verlangten eine entsprechende Korrektur auch der Jahresbilanz, indem sie dort die gleichen Abschreibungen schon für das Vorjahr einstellten. Praktisch führte das zu einer Gewinnerhöhung im laufenden Jahr.

Der R.F.S. schränkt derartige Gewinnerhöhungen jetzt stark ein:

Es liegt nach ihm kein unzulässiger Wechsel in der Bilanzierungsmethode vor, wenn der Steuerpflichtige auf Grund veränderter Rechtsprechung zu einer anderen Buchungsmethode übergeht. Der R.F.S. erklärt in solchen Fällen die praktisch vielfach vorkommenden Änderungen rechtskräftiger Vorjahrsbilanzen durch das Finanzamt für unzulässig, durch die in den Vorjahrsbilanzen ein gleich hohes Deltredere eingesetzt wird. (R.F.S., Urteil vom 19. August 1931 — VI. A 441/30.)

Aus dem soeben erschienenen Sonderheft 3 der „Wirtschaftlichen Kurzbriege“ mit dem Titel „Was kann ich bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer abziehen?“ Preis 1,50 RM. Zu beziehen vom Rudolf Lorenz-Verlag, Charlottenburg 9, Kaiserdamm 38.

Verkehrswesen

Eisenbahn:

Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Durchfuhr-Ausnahmetarifs SD 6.

Die Reichsbahn hat die Gültigkeit des Durchfuhr-Ausnahmetarifs SD 6 vom 1. Mai 1934, der für den Verkehr zwischen deutschen Seehäfen und deutsch-tschechoslowakischen Grenzbahnhöfen gilt, bis zum 30. April 1936 verlängert.

Reichsbahnkraftverkehr.

Ab 1. Juni d. J. nimmt die Reichsbahn auf den Güterkraftverkehrslinien

- a) Oppeln—Groß Strehlitz und
- b) Oppeln—Keltzsch

auch den Ueberlandverkehr auf. Der Lastkraftwagen bedient folgende z. T. nicht an Bahnhöfen liegende Orte:

Zu a) Bolko, Grudschütz, Schulenburg, Tarnau, Rafel, Stubbendorf, Ottmütz, Suchau, Schimischow, Rosniontan,

Zu b) Goslauitz, Lendzin, Chronistan, Dembiohammer, Neuschodnia, Alt-Schodnia, Malapane, Krascheow, Colonowiska, Zawadzki, Sandowitz, Keltzsch.

Es werden Gil- und Frachtstückgüter, Expresgut und Reisegepäck befördert. Der Lastkraftwagen der Reichsbahn führt, soweit nicht bahnamtliche Kollfuhrunternehmer dafür bestellt sind oder die Straßen- und Brückenbeschränkungen es nicht gestatten, die mit der Bahn ankommenden Güter den Empfängern zu und nimmt abzuführende Güter mit zur Bahn, er erspart also den Einwohnern der an oder in der Nähe der Kraftwagenlinie liegenden Orte die Wege zur Güterabfertigung, Kosten für Gespanne und Lagergelde. Selbstverständlich befördert der Reichsbahnkraftwagen auch Güter zwischen den einzelnen Orten untereinander, also z. B. von Grudschütz nach Rafel, von Lendzin nach Malapane oder Oppeln, von Rafel nach Oppeln oder Groß Strehlitz usw.

Kraftwagenhilfsstellen werden vorerst in den Dörfern nicht eingerichtet, die Güter werden vom Kraftwagenschaffner angenommen und ausgegeben.

Auskunft über Beförderungspreise und sonstige Fragen des Güterkraftverkehrs der Reichsbahn erteilen die Güterabfertigungen und die Kraftwagenschaffner.

Reichsgüterkursbuch.

Von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ist das Reichsgüterkursbuch, Sommerausgabe 1935, erschienen. Es kann von Interessenten bei jeder Stations- oder Güterkasse zum Preise von 1,50 RM. bestellt werden.

Blaubeerenbeförderungspläne.

Von der Reichsbahnverwaltung wird wie in den Vorjahren so auch in diesem Jahre für die Beförderung von Blaubeeren in Ladungen ein besonderes Heft „Blaubeerenbeförderungspläne“ herausgegeben, das auch an Einzelhändler kostenlos abgegeben wird.

Post:

Änderung der Sperrgutvorschriften.

Ab 1. Mai 1935 sind folgende neue Sperrgutbestimmungen in Kraft getreten:

- „Als Sperrgut gelten alle Pakete und Postgüter, die
1. in irgendeiner Ausdehnung 2 Meter überschreiten,
 2. in einer Ausdehnung 1½ Meter und in einer anderen ½ Meter überschreiten,

3. eine besonders sorgsame Behandlung erfordern, z. B. Sendungen mit lebenden Tieren, mit Bruteiern u. dgl., Körbe mit lebenden Pflanzen und Sträuchern, nicht in starke Korbgeflechte oder Kisten verpackte Gefäße aus Glas oder wenig widerstandsfähigem Metall, z. B. besonders dünnem Blech usw.,

4. sich nicht bequem mit andern Gegenständen zusammenpacken oder stapeln lassen, daher bei der Verladung gesondert gelegt werden müssen, z. B. Möbel, Fahrräder, Kranfahrräder, Kinderwagen und Kinderportwagen (ausgenommen zusammengelegte), Badewannen u. dgl.

Pakete und Postgüter mit lebenden Tieren, Muscheln, Krebsen und anderen Schälentieren sowie mit lebenden Blutegeln und Bienen gelten nur dann als sperrig, wenn der Absender durch den auf der Paket- oder Postgutfarte und auf den Sendungen angebrachten Vermerk „Lebende Tiere“ eine besonders sorgsame Behandlung vorgeschrieben hat, sofern die Sendungen nicht ohnehin wegen ihres Umfangs und der Art ihrer Verpackung sperrig sind.“

Mindestmaße der Briefumschläge.

Da noch immer erhebliche Bestände an Briefumschlägen vorhanden sind, die nicht die Mindestmaße von 10,5:7,4 cm erreichen, hat die Deutsche Reichspost die Ausbrauchfrist solcher Briefumschläge nochmals, und zwar bis 30. Juni 1936, verlängert.

Nachnahmebetrag gilt nicht als Wertangabe.

Die Angabe des Nachnahmebetrages auf Postsendungen gilt nicht als Wertangabe. Soll eine Nachnahmeendung als Wertsendung behandelt werden, so muß in der Aufschrift außer dem Nachnahmebetrag auch der Wert angegeben sein.

Der Wert ist in der Aufschrift, bei Paketen auch auf der Paketkarte, in Reichsmark, und zwar nur in Ziffern, anzugeben, die Marksumme des Nachnahmebetrages dagegen in Ziffern und Buchstaben und etwaige Pfennigbeträge nur in Ziffern. Wert- und Nachnahmebetrag würden also z. B. in der Aufschrift zu lauten haben: „Wert 789 RM., Nachnahme 202 (Zweihundertzwei) Reichsmark 65 Pf.“ Bei unversiegelten Wertpaketen (Wertgrenze 300 RM.) ist der Wert nur auf der Paketkarte — nicht auch auf dem Paket — anzugeben. Dies gilt auch für unversiegeltes Wertpostgut.

Im zwischenstaatlichen Verkehr ist, soweit Wertsendungen mit Nachnahme überhaupt zugelassen sind, der Wert der Sendung in lateinischer Buchstabenchrift und in arabischen Ziffern in der Reichswährung anzugeben, der Nachnahmebetrag unter Voransetzung des Vermerks „Remboursement“ gleichfalls in lateinischer Buchstabenchrift und in arabischen Ziffern, und zwar in der Regel ebenfalls in der Reichswährung, anzugeben. Wegen etwaiger Ausnahmen hinsichtlich der Währung erkundige man sich bei der Post.

Fernsprechverkehr mit dem Ausland.

Es besteht Veranlassung, darauf aufmerksam zu machen, daß im zwischenstaatlichen Fernsprechverkehr auch V- und XP-Gespräche (vorangemeldete Gespräche und Gespräche, zu denen der Anzurufende herbeigeht werden muß) auf Verlangen des Anmeldders vom Angerufenen bezahlt werden können. In solchen Fällen wird außer der Gebühr für das Gespräch und der V- oder XP-Gebühr ein weiterer Zuschlag (R-Gebühr) nicht berechnet. Lehnt der Angerufene die Bezahlung der Gebühren ab und verzichtet der Anmeldder auf die Herstellung der Verbindung, so hat der Anmeldder nur die V- oder XP-Gebühr zu zahlen.

Verbilligte Nachtgespräche im Fernsprechverkehr mit Amerika.

Vom 1. Juni 1935 an werden im Verkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit Kanada über London die Gebühren für Gespräche in der Richtung nach Amerika, die während der Zeit von 22,00 bis 10,00 Uhr geführt werden (Nachtgespräche), um 37,— RM. je Einheit herabgesetzt. Auf amerikanischer Seite wird die Gebühr für Verbindungen umgekehrter Richtung, die zwischen 17,00 und 5,00 Uhr (amerikanische Ortszeit) hergestellt werden, entsprechend ermäßigt. Den Gesprächen, die in Deutschland bereits während der Tageszeit, also vor 22,00 Uhr angemeldet waren, aber erst während der Nachtzeit vermittelt werden können, wird die Gebührenherabsetzung ebenfalls gewährt. Dagegen werden für Verbindungen, die während der Nachtzeit angemeldet worden sind, aber erst nach 10,00 Uhr hergestellt werden können, ohne Rücksicht auf den Grund der Verzögerung die vollen Gebühren berechnet. Die Benachrichtigungsgebühr ist bei Nachtgesprächen die gleiche wie bei Tagesgesprächen. Die verbilligten Nachtgespräche können zwischen allen deutschen Orten und allen Orten der Vereinigten Staaten und Kanadas vermittelt werden. Ein Drei-Minuten-Nachtgespräch mit der amerikanischen Zone 1 (New York, New Jersey, Quebeck usw.) kostet 99,— RM., mit der Zone 2 111,— RM., mit der Zone 3 123,— RM. und mit der Zone 4 136,— RM. Im Verkehr mit Kuba, Mexiko, den Bahama-, Bermuda- und Sandwich-Inseln sind Nachtgespräche zu ermäßigter Gebühr nicht zugelassen. Weitere Auskünfte erteilen die Fernämter.

Kraftpostfahrplan für Schlesien.

Mit Gültigkeit vom 15. Mai 1935 ist ein neuer Kraftpostfahrplan für Schlesien, Sommerausgabe 1935, erschienen.

In der neuen Uebersichtskarte zu diesem Kraftpostfahrplan ist die schlesische Provinzgrenze eingezeichnet worden. Dabei kommt der Ort Frauastadt, der zur Provinz Grenzmark gehört, außerhalb dieser Grenze zu liegen. Irrtümliche Auffassungen sehen in dieser Provinzgrenze die Landesgrenze und betrachten somit Frauastadt als außerhalb des Deutschen Reiches liegend. Zur Vermeidung von Mißdeutungen hat die Reichspostdirektion Breslau veranlaßt, daß die Uebersichtskarte berichtigt wird. Diejenigen, die bereits einen Kraftpostfahrplan käuflich erworben haben, werden gebeten, die Berichtigung, sofern sie ihnen notwendig erscheint, selbst vornehmen zu wollen.

Luftpost:

Zulässigkeit von Luftpostsendungen.

Nach einem von der Reichspostdirektion Oppeln herausgegebenen Merkblatt bestehen günstige Luftpostverbindungen von Gleiwitz nach europäischen Luftpostorten.

Zugelassen zur Luftpostbeförderung sind nach dem Inlande und der Freien Stadt Danzig:

gewöhnliche und eingeschriebene Brieffsendungen jeder Art, Postanweisungen, gewöhnliche Pakete bis 20 kg (Beförderung als dringende Pakete), die die Ausdehnung von 50:50:100 Zentimeter nicht überschreiten, und Zeitungen;

nach dem Auslande:

gewöhnliche und eingeschriebene Brieffsendungen jeder Art sowie Postanweisungen, letztere nur, soweit sie im allgemeinen Verkehr zugelassen sind, gewöhnliche Pakete (auch dringende) Zeitungen

nach näherer Auskunft bei den Postanstalten.

Wertangabe bei Paketen ist nicht zugelassen.

Alle Luftpostsendungen müssen den deutlichen Vermerk „Mit Luftpost“ tragen. Klebezettel „Mit Luftpost“ werden am Postschalter unentgeltlich abgegeben. Auch empfiehlt

es sich, Luftpostmarken zur Freimachung zu verwenden. Die Sendungen werden dadurch besser kenntlich gemacht.

Besondere Luftpostbriefkästen befinden sich in Gleiwitz im Flughafen und am „Haus Oberschlesien“, Markgrafenstraße 5. Außerdem werden Luftpostsendungen bei allen Postanstalten angenommen.

Luftpostgebühren.

Die Luftpostzuschläge sind sehr gering. Eine vollständige Uebersicht über die Luftpostgebühren wird an den Postschaltern auf Verlangen unentgeltlich abgegeben. Dort wird auch Auskunft erteilt.

Außer den gewöhnlichen Gebühren zu erhebender Luftpostzuschlag:

I. bei Briefpostsendungen:

1. Inland, Freie Stadt Danzig, Litauen mit Memelgebiet, Österreich

	bis	20 g	= 10 Rpf.
	über 20	„ 50 g	= 20 „
	„ 50	„ 100 g	= 40 „
	„ 100	„ 250 g	= 80 „ usw.

2. Europäische Länder (mit Ausnahme der unter a) genannten und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken) für je 20 g 15 Rpf., nach der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken (europäischer Teil)

a) mit Luftpost bis Moskau für je 20 g 15 Rpf.,

b) mit Luftpost über Moskau hinaus für je 20 g 30 Rpf.,

c) außereuropäische Länder besondere Gebührensätze; Luftpostzuschläge und Gewichtsstufen von 5 und 25 g Mindestzuschlag 15 Rpf.

II. bei Paketpostsendungen:

nach dem Inland und Freie Stadt Danzig

	bis 1 kg	für jedes weitere angefangene ½ kg
1. bis 3. Zone (bis 375 km)	1,— RM.	20 Rpf.
4. bis 5. Zone (über 375 km)	1,— RM.	40 Rpf.

Ausland (s. Gebührentafel).

III. bei Zeitungen (nur für Verleger) s. Uebersicht über Luftpostgebühren.

Auf die Ermäßigung der Luftpostgebühren durch Einsüßung der 5-g-Gewichtsstufe bei Berechnung der Luftpostzuschläge für Sendungen nach außereuropäischen Ländern und die Herabsetzung des Luftpostzuschlags für Luftpostbrieffsendungen nach dem europäischen Ausland auf 15 Rpf. für je 20 g wird besonders aufmerksam gemacht.

An den Postschaltern sind käuflich:

Luftpostliste (Flugpläne des Luftpostverkehrs), (erscheint jeden 2. Monat, 1. April, 1. Juni usw.)	20 Rpf.
Bestimmungen über den Luftpostverkehr	10 Rpf.
Gebührentafel für Luftpostpakete	25 Rpf.

Einzelstücke der Uebersicht „Luftpostgebühren“ werden unentgeltlich abgegeben.

Schifffahrt:

Stand der Oderbauten und der Oderschifffahrt im Monat April 1935.

Von der Oderstrombauverwaltung Breslau ging uns nachstehende Notiz zu:

Im Laufe dieses Monats wurden die Arbeiten am Staudamm des Staubeckens bei Turawa in vollem Umfange aufgenommen, soweit sie durch die Winterruhe unterbrochen waren.

Beim Adolf-Hitler-Kanal sind die Erdarbeiten weiter gefördert worden, zwei umfangreiche Tonlager wurden in der Nähe des Kanals erschlossen; aus diesen soll Ton gewonnen werden, der zur Dichtung des Kanals dort verwandt werden soll, wo sein Wasserspiegel später über dem Gelände liegen wird.

Die Brücken bei Kłodz, Weißwiese, Blechhammer und Niesitz sind weiter montiert worden.

Bei dem Staubecken Serzno werden die Arbeiten ebenfalls im vollen Betriebe fortgesetzt. Zwischen Scherwionka und Laband wurde eine 1,1 km lange Strecke des Adolf-Hitler-Kanals mit Wasser gefüllt und an den Kłodz-Kanal angeschlossen, so daß der Schiffsverkehr auf dem Kłodz-Kanal Anfang Mai in vollem Umfang wieder aufgenommen werden kann.

Wegen der hohen Wasserstände konnten an der mittleren Oder die Ausbau- und laufenden Unterhaltungsarbeiten nur in beschränktem Umfang aufgenommen werden.

Die Oder war den ganzen Monat hindurch vollschiffig. Trotzdem war die Verladetätigkeit in Coselhafen für diese Jahreszeit und den günstigen Wasserstand verhältnismäßig schwach, so daß der Leerfahrraum stark anstieg und die Schiffe längere Zeit auf Ladung warten mußten.

An Leerfähnen waren am Monatsende vorhanden in Coselhafen 419, in Breslau 143 und in Maltzsch 101. In Coselhafen wurden an 24 Tagen 207 934 To. Kohle umgeschlagen, d. h. arbeitstätig i. M. 8 664 To. (Vormonat: 195 691 To. bezw. 7 527 To.)

Verkehrsübersicht:

	März *)	April **)
	t	t
Coselhafen		
angekommen	18 993	44 297
abgegangen	210 408	215 418
zusammen:	229 401	259 715
Doppel		
angekommen	215	3 402
abgegangen	2 296	4 562
zusammen:	2 511	7 964
Breslau		
angekommen	23 600	32 774
abgegangen	24 423	15 215
zusammen:	48 023	47 989
Maltzsch		
angekommen	5 727	rd. 8 300
abgegangen	38 861	„ 32 000
zusammen:	44 588	rd. 40 300

*) Endgültige Zahlen. **) Vorläufige Zahlen.

Ansatz: zu Berg (Richtung Coselhafen):

April 664 Fahrzeuge mit 75 251 To. Ladung,

März 871 Fahrzeuge mit 65 147 To. Ladung,

zu Tal (Richtung Fürstenberg):

April 753 Fahrzeuge mit 262 480 To. Ladung,

März 613 Fahrzeuge mit 224 484 To. Ladung.

Devisenbewirtschaftung und Außenhandel

Devisenvorschriften:

Zweite Verordnung zur Änderung der Richtlinien für Devisenbewirtschaftung.

Nach der Verordnung vom 15. 5. und 21. 5. 1935 und RE Nr. 101/35 D. St. sind die Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung geändert worden. Nähere Auskunft erteilt die Außenhandelsabteilung der Kammer.

Zusätzliche Gegenseitigkeitsgeschäfte mit den Niederlanden.

Im Warenverkehr mit den Niederlanden können jetzt sogenannte „zusätzliche Gegenseitigkeitsgeschäfte“ abgeschlossen werden, die dadurch gekennzeichnet sind, daß die Einfuhr nach Deutschland nicht auf die festgesetzten Wertgrenzen angerechnet wird. Voraussetzung ist, daß der deutschen Einfuhr eine deutsche Ausfuhr in mindestens der doppelten Höhe des Rechnungsbetrages der eingeführten Waren gegenübersteht, also ein Verhältnis von 1:2 zwischen der deutschen Einfuhr und Ausfuhr besteht.

Die Anträge zur Genehmigung der Geschäfte, denen die schriftliche Zustimmungserklärung der Niederländischen Clearingstelle auf Verlangen der Ueberwachungsstellen in beglaubigter Abschrift beizulegen ist, sowie eine Erklärung, warum es sich um „zusätzliche“ deutsche Ausfuhr handelt, sind den zuständigen Ueberwachungsstellen einzureichen.

Die Ausfuhr von Waren, deren Einfuhr nach den Niederlanden niederländischerseits kontingentiert wurde, kann in der Regel nur dann als zusätzlich angegeben werden, wenn die Einfuhr ohne Anrechnung auf das hierfür bestehende Kontingent erfolgt, oder wenn nachweislich nicht mit einer Ausnutzung des niederländischen Einfuhrkontingents gerechnet werden kann. Handelt es sich um die Einfuhr von lebenswichtigen Waren, so kann die Ueberwachungsstelle in eigener Zuständigkeit jeder Firma Devisenbescheinigung für zusätzliche Gegenseitigkeitsgeschäfte bis zum Betrage von 20 000 RM. monatlich erteilen, sofern die Zustimmung des Niederländischen Clearinginstitutes vorliegt und an der Zusätzlichkeit der deutschen Ausfuhr keine Zweifel bestehen.

Einstellung der privaten Verrechnungsgeschäfte mit Großbritannien.

Private Verrechnungsgeschäfte, bei denen deutsche Waren nach dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nord-Irland ausgeführt werden sollen, sind künftig im Gegensatz zur bisherigen Regelung ohne Rücksicht auf das Ursprungsland der Waren nicht mehr zulässig.

Verrechnung von Nebenkosten aus dem Warenverkehr mit Ungarn.

Im Gegensatz zur bisherigen Regelung, nach der sämtliche Nebenkosten aus dem Warenverkehr mit Ungarn aus der Verrechnung ausgeschlossen waren, können künftig die bei der Einfuhr ungarischer Waren entstehenden Nebenkosten, und zwar insbesondere Bahn- und Binnenschiffahrtstrachten, Expeditiionskosten, Provisionen und Kosten von Geschäftsreisen gleichfalls in der eingangs erwähnten Art und Weise bezahlt werden.

Seefrachten und Transportversicherungskosten dürfen auf diesem Wege nicht gezahlt werden.

Nebenkosten der oben genannten Art, die im Kaufpreis eingegriffen sind und die der ungarische Lieferant seinerseits an eine in Deutschland ansässige Firma zu zahlen hat, können, um eine Hin- und Rückzahlung im Verrechnungswege zu vermeiden, vom Kaufpreis abgezweigt und von dem deutschen Wareneinführer unmittelbar an die berechnete deutsche Firma gezahlt werden. In diesem Falle ist auf der Hauptbescheinigung des Wareneinführers gemäß RE. 11/35 Ue. St. Abschn. B I ein entsprechender Vermerk über die Abzweigung und die Zahlung im Inlande zu machen.

Neue Bestimmungen über die Führung von Ausländerfondertonten.

Für die Weiterführung der Ausländerfondertonten für Inlandszahlungen im zweiten Halbjahr 1935 bleiben die bisherigen Vorschriften grundsätzlich dieselben. Die Devisenstellen können die Genehmigung zur Führung von Ausländerfondertonten verlängern und die Ueberwachungsstellen für diese Konten Devisenbescheinigungen nach den bisherigen Grundsätzen ausstellen. Die Auszahlung aus

den Ausländerfondentoren wird jedoch insofern beschränkt, als der Ankauf der in einer bestimmten Liste zusammengestellten Waren nicht daraus bestritten werden darf, falls die Bezahlung nicht ausdrücklich genehmigt wurde.

Zahlungsverkehr mit Rumänien.

Die in Bukarest geführten Verhandlungen mit Rumänien sind am 25. Mai zum Abschluß gekommen. Es wurde ein Abkommen unterzeichnet, das den gesamten Zahlungsverkehr zwischen den beiden Ländern einschließlich des Reiseverkehrs neu regelt.

2. Außenhandel:

Der Welthandel im 1. Vierteljahr 1935.

Die Umsätze im internationalen Güteraustausch erreichen im allgemeinen in den letzten Monaten des Jahres ihren Höhepunkt — es ist die Hauptverschiffungszeit für landwirtschaftliche Erzeugnisse — und gehen um die Jahreswende wieder stark zurück. Es entspricht deshalb der Regel, wenn der Welthandel im 1. Vierteljahr 1935 erheblich abgenommen hat. Auf Grund der Ermittlungen des Statistischen Reichsamts verminderte sich der auf Reichsmark berechnete Wert der Außenhandelsumsätze von 52 Ländern, auf die etwa 90 bis 95 v. H. des gesamten Welthandels entfallen, um 8 v. H. Der weitaus größte Teil dieses Rückgangs ist jahreszeitlich bedingt. Dazu kommt, daß auch das Preisniveau in der Welt, insbesondere durch weitere Preisnachlässe für Fertigwaren, noch etwas gesunken ist. Es ist demnach anzunehmen, daß sich der internationale Güteraustausch konjunkturell ungefähr auf dem Stande des Vorvierteljahrs gehalten hat.

Außenhandel von 52 Ländern	1. Vj. 1934	4. Vj. 1934	1. Vj. 1935	Zunahme (+), Abnahme (—)		
				im 1. Vj. 1935 gegenüber dem 1. Vj. 1934 4. Vj. 1934		
				b. 4. u. 1. Vj. im Durchschnitt d. J. 1925/26 bis 1928/29		
Milliarden <i>RM</i>				v. %		
52 Länder:						
Umsatz . .	22,2	23,2	21,4	— 3,6	— 7,9	— 5,5
Einfuhr . .	11,7	12,0	11,3	— 3,1	— 6,1	— 2,6
Ausfuhr . .	10,5	11,2	10,1	— 4,1	— 10,6	— 8,6
26 europäische Länder:						
Einfuhr . .	7,7	7,7	7,0	— 9,2	— 9,7	— 5,9
Ausfuhr . .	5,7	6,3	5,4	— 5,0	— 14,4	— 10,0
26 außereurop. Länder:						
Einfuhr . .	4,0	4,3	4,3	+ 8,5	+ 0,5	+ 2,5
Ausfuhr . .	4,8	4,0	4,7	— 3,0	— 4,0	— 7,0

Wertmäßig erreichte der Welthandel in der Berichtszeit einen neuen Tiefstand; er lag um rund 4 v. H. niedriger als im 1. Vierteljahr 1934 und um rund 6 v. H. niedriger als im 1. Vierteljahr 1933. Bei Ausschaltung der Preissteigerungen übertraf der internationale Handel im 1. Vierteljahr 1935 aber den Stand in der entsprechenden Zeit des Vorjahres um etwa 2 v. H. und den des Jahres 1933 um etwa 6 v. H.

Der polnische Außenhandel im Monat April 1935.

Nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Hauptamtes in Warschau schließt die polnische Handelsbilanz für den Monat April 1935 mit einem Passivsaldo in Höhe von 231 000 Zl. ab.

Eingeführt wurden 248 677 To. Waren im Werte von 73 926 000 Zl.

Ausgeführt wurden 1 065 324 To. Waren im Werte von 73 695 000 Zloty.

Im Vergleich zum Vormonat verminderte sich die Ausfuhr um 1 269 000 Zl., während sich die Einfuhr um 4 232 000 Zl. erhöhte.

Die Ausfuhr vergrößerte sich in folgenden Waren: Schnittmaterial um 2,5 Mill. Zl., Schinken um 0,9 Mill., Langholz um 0,9 Mill., frische Kartoffeln um 0,4 Mill., Geflügelei um 0,4 Mill., Paraffin um 0,4 Mill. Zl.

Die Ausfuhr verminderte sich in folgenden Waren: Roggen um 2,8 Mill. Zl., Zuckerrübenjamen um 1,1 Mill., Kunstdünger um 0,7 Mill., Kohlen um 0,6 Mill., Eisen- und Stahlrohren um 0,6 Mill., Leinen und Abfälle um 0,5 Mill., Eisen und Stahl um 0,4 Mill., Zink und Zinkstaub um 0,4 Mill. Zl.

Die Einfuhr vergrößerte sich in folgenden Waren: Schrott um 1,3 Mill. Zl., Baumwolle und Abfälle um 1,2 Mill., frische Äpfel um 0,6 Mill., Kaffee um 0,6 Mill., Düngemittel um 0,5 Mill., Eisenerze um 0,4 Mill. Zl.

Dagegen verminderte sich die Einfuhr in folgenden Waren: frische Salzheringe um 1,9 Mill., Kopra um 0,8 Mill., Apfelsinen und Zitronen um 0,8 Mill., gekämmte Schafwolle um 0,6 Mill., Automobilfahrgezeuge um 0,5 Mill. Zl.

Wertmäßig standen an der Spitze der Ausfuhr folgende Waren: Kohle mit 9 776 000 Zl., Schnittmaterial mit 6 765 000 Zl., Roggen mit 5 224 000 Zl., Schinken mit 3 331 000 Zl., Gerste mit 2 191 000 Zl., Langholz mit 2 124 000 Zl., Furnierholz mit 2 060 000 Zl., Düngemittel mit 1 620 000 Zl., Eier mit 1 437 000 Zl., Eisen und Stahl mit 1 454 000 Zl.

Gesetzgebung und Verwaltung

Zur Aufhebung der allgemeinen Vereidigung der gerichtlichen Sachverständigen.

Die Verordnung zur einheitlichen Regelung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 20. März 1935 (RGBl. S. 403) hat im § 20 bestimmt, daß die in den Ländern erlassenen Vorschriften, nach denen Sachverständige für gerichtliche Angelegenheiten im allgemeinen vereidigt werden können, aufgehoben werden. Soweit Sachverständige allgemein vereidigt worden sind, verliert die Vereidigung mit Ablauf des 30. 4. 1935 ihre Wirkung.

Ueber die Auswirkungen dieser Neuordnung und insbesondere über die Bedeutung, welche die genannten Bestimmungen für die Arbeit der amtlichen Berufsvertretungen, insbesondere der Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern, im Sachverständigenwesen haben, sind in den verschiedensten Kreisen Unklarheiten entstanden, die vor allem in mißverständlichen Pressenotizen ihren Ur-

sprung haben. Die Reichswirtschaftskammer macht daher ausdrücklich darauf aufmerksam, daß sich die Bestimmungen des § 20 lediglich mit der Aufhebung der allgemeinen Vereidigung von Sachverständigen durch die Gerichte befassen, und daß durch diese Vorschriften die Stellung der durch die Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern öffentlich bestellten Sachverständigen unberührt bleibt. Die amtlichen Berufsvertretungen behalten also auch ihre Sonderstellung bei der Auswahl von Sachverständigen. Nach wie vor wird die Bestellung und Vereidigung sowie die Aufsicht über die Sachverständigen und deren Betretung, endlich der Nachweis geeigneter Sachverständiger für gerichtliche und sonstige Zwecke, von den amtlichen Berufsvertretungen, in erster Linie also von den Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern, vorgenommen. Die dießbezüglichen gesetzlichen Vorschriften werden durch die Aufhebung der allgemeinen Vereidigung von Sachverständigen durch die Gerichte nicht berührt.

Neue Gesetze und Verordnungen.

Regelung von Erzeugung und Absatz.

- Gesetz zur Änderung des Brotgesetzes** v. 3. 5. 1935 RGBl. I 35, S. 566
- Verordnung über das Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Brotgesetzes** vom 10. 5. 1935 RGBl. I 35, S. 602
- Verordnung zur Aufhebung der Verordnung über die Bestellung eines Reichskommissars für die Vieh-, Milch- und Fettwirtschaft** vom 17. 4. 1935 RGBl. I 35, S. 570
- Verordnung zur Ausführung der Verordnung über die Schädlingsbekämpfung mit hochgiftigen Stoffen** vom 24. 4. 1935 RGBl. I 35, S. 571
- Verordnung zur Änderung der ersten Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes** v. 26. 4. 35 RGBl. I 35, S. 582
- Zweite Verordnung über unzulässige Zusätze und Behandlungsverfahren bei Fleisch und dessen Zubereitungen** vom 9. 5. 1935 RGBl. I 35, S. 593

Handel und Gewerbe.

- Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels** RGBl. I 35, S. 589
- „Der Betrieb einer Schankwirtschaft und die Abgabe zubereiteter Speisen zum Genuß an Ort und Stelle werden in Warenhäusern, Einheitspreisgeschäften, Kleinpreisgeschäften, Serienpreisgeschäften oder anderen, durch die besondere Art der Preisstellung gekennzeichneten Geschäften, in Verkaufs- oder Verteilungsstellen eines Konsumvereins oder einer Werkskonsumanstalt sowie in Verkaufsstellen eines Unternehmens, dessen Einzelhandelsumsatz insgesamt im Kalenderjahr 1933 den Betrag von 500 000 Reichsmark überstieg, mit Wirkung vom 1. November 1935 verboten. Der Reichswirtschaftsminister kann auf Grund eines bis zum 1. Juni 1935 gestellten Antrags ganz oder teilweise Ausnahmen von diesem Verbot zulassen, wenn ein besonderes Bedürfnis für die Weiterführung des schank- oder speisewirtschaftlichen Betriebes (Erfrischungsraums) oder die Gefährdung des Gesamtunternehmens durch die Schließung des Erfrischungsraums nachgewiesen wird. Das Verbot gilt nicht für Erfrischungsräume, für die durch Urteil des Reichswirtschaftsgerichts festgestellt worden ist, daß ihr Wegfall die Wirtschaftlichkeit des Gesamtunternehmens gefährden würde. Erfrischungsräume, für die die Schankerlaubnis zurückgenommen oder die Abgabe zubereiteter Speisen verboten worden ist, können, wenn sie bei Inkrafttreten dieser Vorschrift noch im Betrieb sind, bis zum 1. November 1935 weiter betrieben werden.“

- Verordnung über die äußere Kennzeichnung von Lebensmitteln (Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung)** v. 8. 5. 35 RGBl. I 35, S. 590

Der Kennzeichnungspflicht unterliegen 20 Gruppen von Lebensmitteln, sofern sie in Packungen oder Behältnissen an den Verbraucher abgegeben werden. Anzugeben sind auf den Packungen oder Behältnissen, Name, Firma und Ort des Herstellers, der Inhalt nach handelsüblicher Bezeichnung und der Inhalt nach deutschem Maß und Gewicht bzw. nach Stückzahl.

- Gesetz über Verbrauchergenossenschaften** vom 21. 5. 1935 RGBl. I 35, S. 681

- Verordnung zur Durchführung des § 33 d der Gewerbeordnung** vom 22. 5. 1935 RGBl. I 35, S. 683
- Betrifft das Zulassungsverfahren für mechanisch betriebene Spiele und Spieleinrichtungen an öffentlichen Orten.

Geldwesen und Finanzen.

- Siebente Verordnung zur Durchführung der landwirtschaftlichen Schuldenregelung** vom 30. 4. 1935 RGBl. I 35, S. 572

- Erste Ausführungsbestimmung über die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat** vom 29. 4. 1935 RGBl. I 35, S. 583

Enthält Bestimmungen über vermögensrechtliche Organisation der NSDAP. und die vermögensrechtliche Stellung der angeschlossenen Verbände.

- Erste Verordnung zur Durchführung der Vorschriften über die Kapitalherabsetzung in erleichtelter Form** v. 21. 5. 35 RGBl. I 35, S. 693

- Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über Bilanzierungserleichterungen für eingetragene Genossenschaften** vom 21. 5. 1935 RGBl. I 35, S. 693

Arbeitsfragen.

- Erlaß über die Abgrenzung der Zuständigkeit auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes, der Gewerbeaufsicht und wirtschaftlich-technischer Angelegenheiten** v. 2. 5. 1935 RGBl. I 35, S. 581

Der Reichs- und Preussische Arbeitsminister ist zuständig für die Angelegenheiten des Arbeitsschutzes einschl. der Organisations-, Haushalts- und Personalangelegenheiten der Gewerbeaufsicht. — Der Reichs- und Preussische Wirtschaftsminister ist zuständig für wirtschaftlich-technische Angelegenheiten einschl. der Genehmigung und Zulassung gewerblicher Anlagen und des Dampfesselwesens.

- Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Einführung eines Arbeitsbuches** vom 16. 5. 1935 RGBl. I 35, S. 602
- (Vgl. den Aufsatz von Dr. Franz Goerriß auf S. 244 dieses Heftes.)

- Bekanntmachung über das Muster für das Arbeitsbuch** vom 16. 5. 1935 RGBl. I 35, S. 154

- Anordnung des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zur Einführung des Arbeitsbuches** vom 18. 5. 1935 RGBl. I 35, S. 157

- Erste Bekanntmachung des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über die Einführung des Arbeitsbuches** vom 18. 5. 1935 RGBl. I 35, S. 159

Devisenbewirtschaftung.

- 2. Verordnung zur Änderung der Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung** vom 15. 5. 1935 RGBl. I 35, S. 605

- Ergänzungsverordnung zur 2. Verordnung zur Änderung der Ri. für die Dev.-Bew.** vom 21. 5. 1935 RGBl. I 35, S. 682

- Zahlungsverkehr mit Jugoslawien** Rd.-Erl. 28/35 vom 18. 4. 1935 R. St. Bl. S. 687

- Zahlungen im Warenverkehr mit Portugal** Rd.-Erl. 78/35 vom 24. 4. 1935 R. St. Bl. S. 687

- Neuregelung des Zahlungsverkehrs mit der Schweiz**, Rd.-Erl. 81/35 v. 27. 4. 1935 R. St. Bl. S. 702

- Nebenkosten der Wareneinfuhr** Rd.-Erl. 93/35 vom 30. 4. 1935 R. St. Bl. S. 704

- England, Bezahlung ausstehender Warenschulden**, Rd.-Erl. 84/35 v. 30. 4. 1935 R. St. Bl. S. 704

- Frankreich, Zahlungen im Veredelungsverkehr**, Rd.-Erl. 85/35 v. 2. 5. 1935 R. St. Bl. S. 704

- Anlage von Sperrguthaben** Rd.-Erl. 71/35 vom 30. 4. 1935 R. St. Bl. S. 714

- Freigabe von Sperrguthaben** Rd.-Erl. 72/35 vom 30. 4. 1935 R. St. Bl. S. 716

- Verwendung von Sperrguthaben und Vermögenserträgen für Bezahlung von Waren**, Rd.-Erl. 73/35 vom 30. 4. 1935 R. St. Bl. S. 717

- Rückzahlung von Krediten, Bezahlung von Zinsen**, Rd.-Erl. 74/35 vom 30. 4. 1935 R. St. Bl. S. 718

Ausländerfondkonten für Transitgeschäfte
zugunsten ausländischer Transithändler

Rd.-Erl. 89/35 vom 4. 5. 1935 . . . R. St. Bl. S. 735

Ungarn, Verrechnung von Nebenkosten

Rd.-Erl. 86/35 vom 4. 5. 1935 . . . R. St. Bl. S. 735

Nebenkosten des deutsch-französischen Wa-
renverkehrs

Rd.-Erl. 34/35 vom 8. 5. 1935 . . . R. St. Bl. S. 736

Bekanntmachung über den Tausch von

Wertpapieren im Auslande vom 6. 5. 35 R. St. Bl. S. 750

Zilgung der deutschen Auslandsanleihen

Rd.-Erl. 92/35 vom 11. 5. 1935 . . . R. St. Bl. S. 751

Ablösung von Hypotheken aus deutschen
Auslandsanleihen

Rd.-Erl. 93/35 vom 11. 5. 1935 . . . R. St. Bl. S. 752

Rechtsprechung

Arbeitsrechtliche Entscheidungen.

Zulassung von Rechtsanwälten vor dem Arbeitsgericht durch
den Vorsitzenden auf Grund von § 11 ArbGerGes.

(Beschluss des Landesarbeitsgerichts Gleiwitz vom 9. 5. 1935;
9 Sa 20/35, Erste Instanz ArbGer. Oppeln).

In einer vor dem Arbeitsgericht anhängigen Klage war der Kläger durch die Rechtsberatungsstelle der Deutschen Arbeitsfront vertreten. Nach eingehender Beweisaufnahme hat Rechtsanwalt D. angezeigt, daß die Rechtsberatungsstelle die Vertretung niedergelegt habe, und hat um Beordnung als Prozeßbevollmächtigter nach § 11 ArbGerGes. gebeten. (Fassung des Ges. v. 20. 3. 1935).

Das Arbeitsgericht hat die Beordnung abgelehnt, weil bindende Richtlinien über die Zulassung noch nicht erlassen seien, und weil nach dem Wortlaut der Neufassung und nach der Auffassung der Bezirks-Rechtsberatungsstelle der Deutschen Arbeitsfront angenommen werden müsse, daß die Zulassung nur bei einer Partei erfolgen dürfe, die Mitglied der Arbeitsfront weder sei noch werden könne.

Dieser Ansicht vermag sich das Landesarbeitsgericht nicht anzuschließen. Die Prozeßvertretung durch die Arbeitsfront kommt auch dann nicht „in Betracht“, (so die Gesetzesworte), wenn die Arbeitsfront die Vertretung ablehnt oder niederlegt, oder wenn im Einzelfalle die Partei die abweichende Rechtsansicht der Arbeitsfront kennt und deshalb das Vertrauen zu ihr nicht haben kann, das notwendiger Weise zur Uebertragung der Prozeßvollmacht gehört.

Auch in diesen Fällen muß es möglich sein, der Partei die Zuziehung eines Rechtsanwalts zu gestatten. Wollte der Gesetzgeber die Zulassung eines Anwalts durch den Vorsitzenden auf diejenigen Fälle beschränken, in denen es sich um Nichtmitglieder der Deutschen Arbeitsfront handelt, die auch nicht Mitglieder werden können, dann hätte er das kurz und klar durch das Wort „Nichtmitglieder“ ausdrücken können.

Freilich handelt es sich um eine sogenannte *Kannvorschrift*. Der Vorsitzende ist in seiner Entscheidung frei im Rahmen des billigen Ermessens und er wird die Zulassung ablehnen müssen, wenn er die Klageerhebung für aussichtslos oder sittenwidrig hält. Es kann nicht Aufgabe des Gerichts sein, solchen Klagen durch richterliche Anordnungen Vorschub zu leisten.

Unter diesen Gesichtspunkten wird das Arbeitsgericht, an das die Sache unter Aufhebung der ablehnenden Verfügung zurückverwiesen wurde, den Antrag erneut zu prüfen haben. (Vergl. auch Stuttgarter Karte Karte Arbeitsgerichtsgesetz II C).

Inwieweit können bei der Kündigungswiderrufsklage Vor-
fälle, die nach der Kündigung liegen, berücksichtigt werden?

(Urteil des Landesarbeitsgerichts Gleiwitz v. 2. 4. 35;

9. Sa. 23/35; erste Instanz: ArbGericht Oppeln).

Der Kläger war Meister auf dem Gute K des Beklagten. Ihm wurde gekündigt und gleichzeitig die Stelle als Meister auf dem Gute D des Beklagten angeboten. Der Kläger hat die Klage auf Widerruf der Kündigung, hilfsweise Zahlung einer Entschädigung erhoben, und die Parteien haben in erster Instanz darüber gestritten, ob die Verletzung einfach ein Ausfluß des Direktionsrechtes sei, ob der Kläger sich auf dem Gute D sogar besser gestanden hätte, deshalb keine unbillige Härte vorliege, und ob Betriebsgründe die Verletzung erforderlich gemacht haben.

Das Arbeitsgericht hat angenommen, daß alle diese Fragen zu bejahen seien, und hat die Klage abgewiesen.

Hiergegen richtete sich die Berufung des Klägers. Inzwischen — vor dem Termin vor dem Berufungsgericht — ereignete sich folgendes: Auf einen gegnerischen Schriftsatz hin, der dem Kläger zur Kenntnis zugeht, kam es zu einem wüsten Schimpfen des Klägers und seines Gehilfen gegen den Inspektor, das erst in Gegenwart des Assistenten, dann auch in Gegenwart des Inspektors selbst erfolgte. Dem Kläger wurde der Hof darauf verboten und die fristlose Entlassung vorsorglich ausgesprochen. Der Vorfall lag noch kurz vor Ablauf der vertraglichen Kündigungsfrist. Das Berufungsgericht hat die Berufung zurückgewiesen mit folgender Begründung:

Der Ansicht, daß der Kläger ohne weiteres verpflichtet gewesen sei, auch nach D zu gehen, vermag sich das Berufungsgericht nicht anzuschließen... (wird näher ausgeführt).

Die Sachlage wurde eine andere, nachdem sich der Vorfall vom 21. 3. 1935 (die oben erwähnten Schimpfen) ereignet hatte. Daß der Kläger in wüster Weise zusammen mit seinem Gehilfen auf den Inspektor geschimpft hat, ist erwiesen, die fristlose Entlassung also begründet.

Es ergibt sich die weitere Frage, welche Bedeutung dieser nachträgliche Vorfall für die Widerrufsklage hat. An sich ist für die Beurteilung der Unbilligkeit einer Kündigung der Zeitpunkt der Kündigung maßgebend, nicht der des Urteils.

Diese Regel galt schon für das alte Recht, für die Kündigungseinspruchsklage nach dem Betriebsrätegesetz, sie war allerdings nicht unbestritten, das Landesarbeitsgericht hat aber stets auf diesem Standpunkt gestanden (vergl. Urteil v. 6. 2. 31; 9. S. 403/30; v. 20. 11. 1931; 9. S. 749/31; v. 6. 10. 1932 9. S. 238/32 und die Zusammenst. bei Kahn-Freund BetrRGes. S. 457 Anm. 4 zu § 84).

Grundsätzlich muß dies auch nach dem neuen Recht gelten (Mansfeld MOGes. S. 501 zu § 56). Die Regel erleidet aber eine Ausnahme, wenn — wie im vorliegenden Falle — schon während des Laufes der Kündigungsfrist sich der Arbeitnehmer Verfehlungen zu Schulden kommen läßt, die eine fristlose Entlassung zur Folge haben; sie wurde noch vor Ablauf der Kündigungsfrist ausgesprochen. Hier würde es dem Rechtsempfinden des Volkes zuwider laufen, wenn man den Betriebsführer zum Widerruf einer Kündigung verurteilen und ihm sogar, wenn er nicht widerruft, eine Entschädigung auferlegen wollte, obwohl der Gefolgsmann schon entlassen ist. Praktisch wäre das Urteil auch wertlos, denn der Betriebsführer würde selbstverständlich immer die erste Kündigung auf den Urteilspruch hin widerrufen, unter Hinweis auf die inzwischen erfolgte fristlose Entlassung den Mann aber doch nicht weiter beschäftigen. Es würde also reine Formaljustiz bedeuten, die dem Deutschen Recht fremd ist.

Wer sich schon während der Kündigungsfrist so betragt, daß er Grund zur fristlosen Entlassung gibt, der kann nicht mit der Behauptung gehört werden, die Kündigung sei unbillig hart, und kann nicht noch den Widerruf begehren.

Anmerkung: Das Urteil enthält eine beachtliche Ausnahme von der Regel, daß der Zeitpunkt der Kündigung für Beurteilung der unbilligen Härte der maßgebende ist. Sollen nachträgliche Vorfälle im Prozeß verwertet werden, dann empfiehlt sich jedenfalls schleuniger Ausspruch einer sofortigen Entlassung auf den Vorfall hin als vororgliche Maßnahme.

Gr.

Die Ueberjolltantieme der Steiger

1. Ihre Rechtsnatur, 2. Kein Nachprüfungsrecht der Steiger hinsichtlich der Berechnungsunterlagen

(Urteil des Landesarbeitsgerichts Gleiwitz v. 9. 4. 1935;
9. Sa. 31/35; erste Instanz: ArbGericht Bentzen DS.)

Der Kläger ist bei der Beklagten Abteilungssteiger und hat neben Gehalt, Tantieme, Wohnungs- und Kohलगeld wie die andern Steiger in den letzten Jahren immer eine Ueberjolltantieme erhalten. Er behauptet, die Beklagte habe die Ueberjolltantieme nicht richtig berechnet, so wie es einem Abkommen zwischen der Beklagten und ihrer Angestelltenchaft entspräche, und Nachzahlung der ihm nach seiner Meinung noch zukommenden Differenz eingeklagt.

Das Arbeitsgericht hat einen Obersichtmeister und den Gauleiter der Arbeitsfront gehört und die Klage abgewiesen, weil es die Berechnung für richtig hält.

Die Berufung des Klägers wendet sich hiergegen und versucht darzutun, daß die Berechnung unrichtig sei.

Sie wurde zurückgewiesen mit folgender Begründung: Die Rechtsgründe des Vorderrichters treffen nicht zu; der Gauleiter konnte auch nicht „als Partei“ gehört werden, wie es geschehen ist. Das angefochtene Urteil hat es unterlassen, die Frage zu erörtern, welches die Rechtsnatur der Ueberjolltantieme ist. Wenn der Kläger seinen Anspruch aus dem kollektiven Arbeitsrecht herleiten will, so ist das verfehlt. Ein tariflicher Anspruch auf die Ueberjolltantieme besteht ganz bestimmt nicht. Ein „Betriebsabkommen“ zwischen Angestelltenchaft und Betriebsführer ist dem neuzeitlichen Arbeitsrecht fremd. Das Abkommen ist anscheinend nicht einmal schriftlich getätigt, sondern nur durch Briefwechsel. Srgend eine Bindung dem einzelnen Belegschaftsmitgliede gegenüber wie durch eine Kollektivvereinbarung (weiter geltender Tarif oder neue Betriebs- oder Tarifordnung) besteht und bestand also für das Jahr 1934 überhaupt nicht. Hiervon ist auszugehen.

Damit ist allerdings nicht gesagt, daß die Beklagte nun die freiwillige Ueberjolltantieme völlig willkürlich streichen könnte. In dieser Beziehung gilt auch heute noch das,

was das Landesarbeitsgericht in ständiger Rechtsprechung auch schon früher ausgesprochen hat: Ein Rechtsanspruch auf die Zahlung der Ueberjolltantieme läßt sich aus dem Einzelarbeitsvertrag herleiten, weil die jahrelang fortgesetzte Zahlung freiwilliger Zulagen den Arbeitnehmer nach Treu und Glauben zu der Annahme berechtigt, er werde das Gleiche auch weiter erhalten. Dies gilt, solange die Betriebsleitung nicht ausdrücklich das Gegenteil erklärt. (Art. d. LAG. Gleiwitz v. 25. 5. 28; 9. S. 65/28 u. v. 18. 2. 31; 9. S. 413/30; ebenso das LAG. Art. v. 15. 6. 29 Arbeitsr.-Sammlg. Bd. 6 S. 203).

Mißbräuchlicher Ausnutzung des Rechtes, die Tantieme zu senken oder ganz zu streichen, wird der Treuhänder zu begegnen wissen.

Die weitere Frage, ob der einzelne Steiger einen Anspruch habe, die Art der Berechnung nachzuprüfen, oder durch das Gericht nachprüfen zu lassen, muß im Gegensatz zum Vorderrichter verneint werden. Daß es sich um eine freiwillige Zuwendung handelt, zeigt auch der Wortlaut des Abkommens mit der Angestelltenchaft. Die Ueberjolltantieme ist eine Leistungsprämie und unterscheidet sich von der Gewinn-tantieme ganz wesentlich, insbesondere dadurch, daß der am Gewinn Beteiligte allerdings nach anerkanntem Recht die Befugnis der Nachprüfung hat, um die Höhe seiner Forderung festzustellen. Das fällt aber bei der Ueberjolltantieme weg, weil eben kein klagbarer Anspruch auf Zahlung in ganz bestimmter Höhe besteht, deshalb auch die Berechnung innerhalb der Grenze der Billigkeit im Belieben der Beklagten steht.

Anmerkung: Das Urteil hat weittragende Bedeutung. Die Leistungsprämie wurde von den Gewerkschaften grundsätzlich abgelehnt; sie wollten keine „Geschenke“. Im neuzeitlichen Arbeitsrecht soll gerade die bessere Leistung wieder besonders ihren Lohn finden. Wird diese Leistungsprämie in der Tarif- oder Betriebsordnung so verankert, daß ein Rechtsanspruch entsteht, dann wird man die Nachprüfung der Berechnungsunterlagen nicht versagen können; anders, wenn das Merkmal der freiwilligen Zulage erhalten bleibt.

Gr.

Soziales

Nachwuchs im Einzelhandel.

Von Paul Schäfer

Leiter der Bezirks-Stellenvermittlung Norddeutschland im Amte für Berufserziehung der Deutschen Arbeitsfront

Der Mangel an wirklich tüchtigen, nach jeder Richtung hin ausgebildeten Verkäufern und Verkäuferinnen ist erschreckend. Dieser Mangel tritt immer stärker hervor, je mehr Verkaufskräfte durch die Belebung des Binnenmarktes angeeignet werden können. Er wird noch größer werden, je mehr junge Menschen während der Erfüllung ihrer Arbeitsdienst- oder Heeresdienstpflicht dem Arbeitseinsatz vorübergehend entzogen sein müssen, von den bekannten Einwirkungen des Geburtenausfalles der Kriegs- und Nachkriegsjahre abgesehen.

Darüber sind sich alle einsichtigen und weitschauenden selbständigen Einzelhändler wie auch ihre Vertreter in der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels längst klar, daß dies so nicht bleiben darf.

Vierlei Ursachen gibt es für den Praktiker, für den Betriebsführer und Lehrherrn bei Lösung des Problems zu beachten. Die wichtigsten und bemerkenswertesten, gesammelt aus täglicher praktischer Erfahrung während der Berufsberatung, während der Lehrstellen- und Gehilfenvermittlung in den vielen Dienststellen der Stellenvermittlung der Deutschen Arbeitsfront, sollen nachstehend behandelt werden.

Im Gegensatz zu den großen Städten fordern das platte Land, die kleinen und mittleren Städte viel mehr junge tüchtige Verkaufskräfte als sie selbst für ihren Wirkungskreis ausbilden. Es werden von dorther zu wenig gute Lehrstellen angeboten. Man sieht wohl vielfach Mühe und Verantwortung für die Heranbildung tüchtigen Nachwuchses. Es soll

jogar Einzelhändler geben, die bisher Lehrlinge mehr als billige Arbeitskraft zu nutzen gewohnt waren, statt sie als Lernende anzusehen und entsprechend sorgfältig auszubilden. Sie fürchten jetzt die Folgen, daß ihre „Lehrlinge“ die kommende Gehilfenprüfung nicht bestehen und sie zur Verantwortung gezogen werden. Deshalb stellen sie neue Lehrlinge nicht mehr ein und überlassen die Lösung der Nachwuchsfrage anderen, verantwortungsbewußteren Berufsgenossen. Sie gehen jetzt dazu über, junge ausgelernte Verkäufer „als Volontäre“ anzufordern, um diesen angeblich in ihrem Geschäft noch die Möglichkeit zu geben, praktisch diese oder jene einschlägige Sparte kennen zu lernen.

Andererseits wären viele Lehrstellen auch durch gesunde Jugend aus den großen Städten zu besetzen, wenn sich die Lehrherren im Lande mehr und mehr dazu entschließen könnten, Lehrstellen bei zeitgemäß guter Unterkunft mit freier Station und kleinem Taschengeld zu gewähren. Die Einzelhändler, welche letzte Ostern schon Lehrlinge zu diesen Bedingungen annahmen und nun noch für tadellose Ausbildung der jungen Städte sorgen, verdienen vollste Anerkennung aller Berufsgenossen.

Einen weiteren erheblichen Grund für die Jugend, dem Einzelhandel fernzubleiben, bilden die bekannten gebotenen niedrigen Gehälter und die Beobachtung, daß der Einzelhandel von der seit Jahrzehnten eingerissenen Gepflogenheit, mit jungen und jüngsten, schlecht bezahlten Kräften zu arbeiten, vielfach nicht abzugehen gewillt ist.

Der zielbewußte, über die Lehrzeit und ersten Gehilfenjahre hinaus denkende junge Mensch sieht das alles, sieht dazu die Not der älteren Verkäufer, die notgedrungen in die große Stadt abwandern, aber auch in der großen Stadt mangels auskömmlicher Gehälter zum Großhandel und zur Industrie hinüberwechseln müssen.

Hauptsächlich aus dieser Erkenntnis entsteht bei den Schülern die Unlust zum Einzelhandel und bei den Eltern die Entscheidung, ihren Jungen bei Eignung und Neigung das Kaufmännische nicht im Einzelhandel, sondern im Fabrikfaktor oder Großhandel erlernen zu lassen.

Die Prüfung der schriftlichen Arbeiten aus den Berufswettkämpfen des laufenden und des vergangenen Jahres, die leider erst vereinzelt durchgeführten Kaufmannsgehilfen-Prüfungen und vor allem die tägliche Durchsicht vieler Bewerbungspapiere lassen erkennen, wie sehr in der Berufsausbildung des Nachwuchses besonders im Einzelhandel noch geübelt wird. Sicher und mit vollem Recht wird an Kundendienst, Warenkunde und Warenpflege, auf tadellose gepflegte Erscheinung, gutes Benehmen des Verkäufers überall entscheidender Wert gelegt. Es gibt aber im Verhältnis auffallend wenige Kräfte, die gut und selbständig zu dekorieren vermögen, saubere und geschmackvolle Plakate malen, Kleider stecken oder eine „kalte Platte“ ansprechend aufmachen können. Noch weniger gibt es solche, die vom Einkauf und von Kassulation etwas Ordentliches verstehen und die Buchführung einwandfrei beherrschen. Die Güte und Lesbarkeit der Handschrift kommt bei den Verkäufern durchweg zu kurz und der Briefstil läßt meist derart zu wünschen übrig, wie es bei redigewandten, im Dienste am Kunden erfahrenen Berufsangehörigen überhaupt nicht vorkommen dürfte.

Hier muß von den Lehrherren viel, viel mehr getan werden wie bisher. Berufsschule und die Teilnahme an Kursen, die von den Dienststellen des Amtes für Berufserziehung in der Deutschen Arbeitsfront als zusätzliche Schulung vielfach geboten werden, können viel helfen. Die dauernde systematische Beobachtung, Belehrung und Prüfung durch den Lehrherrn selbst ist aber das Notwendigste und Beste, am notwendigsten aber in allen den kleineren Orten, wo besondere zusätzliche Schulungsmöglichkeiten wegen örtlicher Verhältnisse nicht oder noch nicht geboten werden können. Bestünde in der Öffentlichkeit die gut begründete Meinung, daß Lehrlinge im Einzelhandel, ganz gleich, ob in Köln oder Berlin, im schlesischen Marktflecken, in Bayern oder Ostpreußen oder in der norddeutschen Kleinstadt, von den Lehrherren überall „wie eigene Söhne“ behandelt, geschult und ausgebildet werden, daß sie gediegene abgerundete kaufmännische Kenntnisse erwerben können, daß sie ihre Gehilfenprüfung tadellos bestehen und auch eine gute Laufbahn bis zum Selbständigwerden vor sich sehen, dann dürfte die brennende Frage des Nachwuchses für den Einzelhandel keine Frage mehr sein. Dann dürfte auch die oft als „Flucht aus dem Einzelhandel“ auftretende Landflucht der Angestellten und erst recht die stark verbreitete Ansicht verschwinden, Arbeit im Ladengeschäft sei unterwertig, sie sei ja auch dementsprechend schlecht entlohnt. Die der Reihe nach letzten Warenvertreter zwischen Erzeuger und Verbraucher, die selbständigen Einzelhändler in Stadt und Land haben die große Verpflichtung vor Volk und Nation, alle im Einzelhandel tätigen Volksgenossen zu fleißigen, umsichtigen, leistungsstarken ehrenhaften Mitarbeitern zu erziehen. Die Erfüllung dieser großen und schönen Aufgabe wird mit anderen mustergültigen Leistungen helfen, dem Einzelhandel in der Öffentlichkeit wieder die Achtung und die Bewertung zu erwirken, die ihm innerhalb der großen deutschen Volkswirtschaft zukommt.

Die Inventur des beruflichen Leistungsvermögens.

So wie jeder Kaufmann am Schluß des Jahres durch eine Bilanz den Erfolg seiner Arbeit feststellt, so sollte auch jeder vorwärtstrebende junge Angestellte den Ehrgeiz haben, wenigstens einmal im Jahre eine persönliche Bilanz aufzustellen. Er stellt dann fest, wie weit er bisher in seinem Beruf gekommen ist. Die Feststellung dessen, was noch zur Steigerung seiner beruflichen Leistung zu erarbeiten bleibt, ist der Zweck einer solchen Inventur. Eine solche Bestandsaufnahme des Berufskönnens kann jedoch niemals ein so vollkommenes Bild der Lücken und Mängel ergeben, wie es im Interesse einer vollwertigen Berufsausbildung notwendig ist. Hier hat die Stellenvermittlung der DAF ein Hilfsmittel geschaffen, das es ermöglicht, einen objektiven Überblick über den Stand der beruflichen Ausbildung zu gewinnen. Es handelt sich um den „Sichtbogen“, der die Grundlage des Vermittlungssystems der DAF bildet. Ein

solcher Sichtbogen, den der Bewerber selbst ausfüllen muß, stellt in systematischer Anordnung Fragen, die das Berufswissen und fachliche Können des Bewerbers betreffen. Jeder, der diesen Bogen sorgfältig ausfüllt, wird dabei die Lücken seines Berufswissens entdecken. Er erkennt sofort, wo es ihm an Kenntnissen mangelt, wo er also mit der Berufsschulung beginnen muß. Der Stellenvermittler weist ihn dann auf die verschiedenen Möglichkeiten der beruflichen Fortbildung hin. (Schulungskurse, Arbeitsgemeinschaften etc.) Der Sichtbogen erfüllt demnach nicht nur seinen eigentlichen Zweck — die Feststellung der Kenntnisse und Fähigkeiten — sondern er ist darüber hinaus auch für den weiteren Werdegang und das Bildungsstreben der Berufskameraden von entscheidender Bedeutung. Derjenige junge deutsche Arbeiter, der ernsthaft um die Erreichung des gesteckten Berufszieles ringt, wird gut tun, von Zeit zu Zeit eine Bestandsaufnahme seines Könnens und Wissens zu machen. Der Sichtbogen der Stellenvermittlung der DAF ist ihm dabei ein treuer Helfer. Die Stellenvermittlung selbst sorgt außerdem noch dafür, daß er an den Platz kommt, der seinen Kenntnissen und Fähigkeiten entspricht.

Günstige Entwicklung des Arbeitseinsatzes für Kaufmannsgehilfen im Monat April 1935.

Die Stellenvermittlung der Deutschen Arbeitsfront berichtet auf Grund der aus dem ganzen Reich vorliegenden Berichte ihrer Vermittlungsstellen von einem durchaus befriedigenden Verlauf des Arbeitseinsatzes für Kaufmannsgehilfen. Das Vermittlungsergebnis konnte im April gegenüber dem Vormonat erheblich gesteigert werden. Der Bewerberzugang ist hinter den Zahlen des März zurückgeblieben. Der Zugang von ungekündigten Bewerbern ist abermals gestiegen. Die Zahl der gekündigten Bewerber ist erfreulich zurückgegangen. Sie beträgt noch nicht 50 Prozent des entsprechenden Zuganges im Monat März.

Sehr stark war die Vermittlung von Arbeitsmännern mit Arbeitspaß, die am 31. März aus dem freiwilligen Arbeitsdienst ausgeschieden sind. Auch die Lehrstellenvermittlung war, obwohl der 1. April doch der eigentliche Einstellungstermin ist, den ganzen Monat hindurch sehr erfolgreich tätig.

In der Industrie hält die gute Beschäftigung an. Besonders aufnahmefähig waren: Eisen- und Metallindustrie, Fahrzeugindustrie, Textilindustrie, Chemische Industrie. Der Lebens- und Genussmittelhandel hatte ebenfalls größeren Bedarf. Das Baugewerbe war gut beschäftigt. Das Verkehrsgewerbe, sowie Hotels und Kurhäuser suchten Fachkräfte.

Im Großhandel war die Beschäftigung uneinheitlich, im ganzen gesehen aber als gut zu bezeichnen.

Der gesamte Einzelhandel hat nach wie vor laufend Bedarf an tüchtigen Verkäufern und Dekorateurinnen. Der allgemeine Mangel an tüchtigen Verkaufskräften gestaltet die Vermittlung äußerst schwierig. Große Nachfrage herrscht z. B. nach Drogeristen mit Photokenntnissen, die aber kaum befriedigt werden kann, weil die geeigneten Bewerber fehlen.

Vermittelt wurden in erster Linie Kontoristen mit guter Allgemeinbildung und umfassenden Kenntnissen. Der Bedarf an tüchtigen Stenotypisten ist laufend vorhanden. Auch hier fehlen Bewerber, die überdurchschnittliche Leistungen aufweisen können. Buchhalter, Korrespondenten, Lageristen und Expedienten konnten ebenfalls in erheblicher Zahl vermittelt werden.

Ständige Gefahrenquellen.

Fahrradunfälle auf dem Wege von und zur Arbeitsstätte

Welche vermeidbaren Gefahren für die im Einzelhandel Berufstätigen ganz besonders durch fahrlässig herbeigeführte Fahrradunfälle entstehen, zeigen zwei von der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel (Berlin NW 7, Neue Wilhelmstraße 2) mitgeteilte eindringliche Berichte. Im Jahre 1934 sind der Berufsgenossenschaft etwa 30 000 Unfälle aus den rund 100 000 versicherten Betrieben gemeldet worden. Rund dreiviertel aller dieser Unfälle

entstanden aus mangelnder Vorsicht der Beteiligten. Diese Unfallziffer muß und kann heruntergedrückt werden! Auch die im Einzelhandel Tätigen müssen viel mehr als bisher darauf achten, sich gerade auf dem Wege von und zur Arbeitsstätte vor Unfällen zu schützen.

In einer westdeutschen Großstadt befand sich an einem regnerischen Aprilabend des Jahres 1934 die 20jährige Verkäuferin X zu Rad auf dem Heimwege von ihrer Arbeitsstätte. Zum Schutze gegen den Regen fuhr sie mit einem aufgespannten Schirm. Ohne Rücksicht auf den Verkehr hielt sie den Schirm jedoch so, daß ihre Sicht nach vorn verperert war, und fuhr in dieser Haltung eine abfallende Straße herab. Sie stieß infolgedessen in voller Fahrt gegen einen Lastkraftwagen, der rechts am Straßenende parkte und ordnungsgemäß beleuchtet war. Der Sachverhalt ist durch Aussagen mehrerer Augenzeugen erhärtet.

Ein schwerer Schädelbruch und eine schwere Gehirnerschütterung waren die Folgen des Unfalls. Nach dreitägiger vollständiger Bewußtlosigkeit mußte die Verletzte noch ein halbes Jahr im Krankenhaus verbringen. Auch heute, annähernd zehn Monate nach dem Unfall, besteht noch völlige Erwerbsunfähigkeit. Wenn auch zu hoffen ist, daß die Verletzte mit der Zeit wieder voll hergestellt werden wird — mangelnde Sorgfalt beim Radfahren hat hier ein blühendes Menschenleben schwer beeinträchtigt.

Die Berufsgenossenschaft wäre berechtigt gewesen, wegen des vorliegenden eigenen Verschuldens der Versicherten den Schadenersatz in vollem Umfange zu verweigern. Mit Rücksicht auf die besondere Schwere des Unfalls erfolgte dies nicht. Der Schadenersatz wurde zur Hälfte bewilligt. Neben etwa 1000 RM. Lohnausfall, die der Verletzte selbst bisher ent-

standen sind, erwachsen der Allgemeinheit des Berufsstandes aus diesem Unfall bisher nicht weniger als 957,10 RM. Krankenhauskosten. Dazu treten ab 1. Oktober 1934 bis auf weiteres monatlich 38,— RM. Rente.

*

In einer Großstadt Mitteldeutschlands fuhr das 14 Jahre alte Mädchen X an einem Freitag des April gegen 8 Uhr vormittags mit dem Fahrrad zur Arbeitsstätte. Die an diesem Tage Verunglückte befand sich erst seit etwa sechs Wochen in der Lehre. Die Sicht war klar, die Straßendecke trocken. Als sich das Lehrlingmädchen einer Seitenstraße näherte, kam ihr ein ordnungsgemäß scharf auf der rechten Seite der 13 Meter breiten Fahrbahn fahrender Lastkraftwagen mit Anhänger entgegen (Fahrgeschwindigkeit desselben zirka 20 bis 22 Kilometer). Ein anderes Fahrzeug befand sich z. Bt. nicht in der Nähe.

Plötzlich bog das Lehrlingmädchen nach links in die Seitenstraße ein. Erst als sie sich etwa einen Meter vor dem Kühler des Lastkraftwagens befand, erkannte sie diesen, stieß einen Schrei aus und wurde bereits von dem linken Vorderrad zu Boden geschleudert. Sie geriet unter das linke Hinterrad des Motorwagens, ihre Beine wurden von diesem überfahren. Das Vorderrad des Anhängers ging ihr über die Brust, das Hinterrad über den Kopf. Sie war sofort tot.

Dem Führer des Lastkraftwagens war keine Schuld nachzuweisen, weil die Verletzte ohne Angabe eines Richtungszeichens (Herausstrecken des Armes) so kurz vor dem Lastkraftwagen einbog, daß ein rechtzeitiges Bremsen oder Ausweichen nicht mehr möglich war.

Durch ihre Unachtsamkeit im Verkehr hat sie den Unfall allein verschuldet.

Messen und Ausstellungen

Breslauer Landmaschinenmarkt und Südoftausstellung.

Die Breslauer Messe hat nicht den Ehrgeiz, mit Leipzig zu konkurrieren, richtet vielmehr ihr ganzes Streben auf Ziele, für deren Erreichung kein anderer Platz besser geeignet erscheint. Sie schaut nach Osten und Südosten, will Pionierarbeit leisten bei der im Gange befindlichen Verlagerung des handelspolitischen Schwergewichts nach dem Osten und den Donaufürstentümern. Ueber Schlesien liefen schon vor Jahrhunderten die Handelsstraßen in dieser Richtung, hier lebten und leben noch immer die besten Kenner der polnisch-russischen wie der Balkan-Märkte. Schließlich war es neben der ostpreussischen vor allem die schlesische Wirtschaft, der durch die politische Abtrennung weiter Gebietsteile festgefügte Handelsverbindungen stark gelockert oder völlig erschlagen wurden. Außenhandel — welcher Kaufmann spürt das nicht? — tut heute besonders not. Durch Erschwernisse aller Art, Zölle und Einfuhrverbote, Währungsabwertungen, Kriegstribute und internationale Verschuldung ist unsere Ausfuhr auf einen Tiefstand gesunken, der zur Mobilisierung aller exportwilligen Kräfte zwingt. Seine ideale verkehrsgeographische Lage bestimmt Breslau geradezu im Kampf um die angrenzenden Auslandsmärkte einen Stoßtrupp zu führen. Messe-Gesellschaft und Handelskammern sind denn auch frisch ans Werk gegangen, indem sie den seit 1933 wieder regelmäßig stattfindenden Landmaschinenmarkt erstmalig mit einer Südoft-Ausstellung verbanden, an der sich Polen, Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien beteiligt haben.

Um das Ergebnis vorweg zu nehmen: Die Veranstaltung „61. Landmaschinenmarkt—Südoft-Ausstellung Breslau“ — das war die offizielle Bezeichnung — hat die Absatz-Erwartungen der Beteiligten zumeist befriedigt, darüber hinaus aber außerordentlich wichtige Aufschlüsse über die geschäftlichen Ausdehnungsmöglichkeiten nach Polen und dem Balkan geliefert. Die inländische Aussteller-Beteiligung war über Erwarten gut, sodaß eine Erweiterung des freien Geländes sich als notwendig erwies. Obwohl das Wetter an den

beiden ersten Tagen, am 16. und 17. Mai, zu wünschen übrig ließ, stieg durch verstärkten Andrang am 18. und 19. Mai die gesamte Besucherzahl auf beinahe 150 000. Wieviel ausländische Interessenten sich darunter befanden, ist nicht genau zu ermitteln, da durch Messeausweise ja nur diejenigen fremden Gäste erfasst werden können, die bahntarifliche Vergünstigungen in Anspruch nehmen, während z. B. aus benachbarten Gebieten größere Reisegeellschaften in Autobussen eintrafen, um dann in Breslau Tageskarten zu lösen. Eine zweckmäßige Gliederung in verschiedene Gruppen und Nachausstellungen machte dem Besucher die Orientierung leicht, sodaß die durchweg geschmackvoll aufgemachten Böden und Stände ein in aller Vielfalt harmonisches Gesamtbild ergaben.

Die Landmaschinenindustrie hatte, wie immer, keine Spesen geschenkt, den Bauern mit den letzten Fortschritten der Technik bekannt zu machen. Unter den Kaufinteressenten war der mittel- und kleinbäuerliche Besitz vorherrschend, wozu weiter erleichterte Zahlungsbedingungen mit beigetragen haben mögen. Durch Zwischenschaltung einer Finanzierungsgesellschaft waren zunächst nur 20 Prozent der Kaufsumme in bar zu zahlen, während der Rest durch Wechsel, die im Laufe von 24 Monaten abzudecken sind, beglichen werden konnte. So fanden erfreulicher Weise auch größere Objekte, wie Dreschmaschinen, Traktoren und Mähmaschinen, befriedigenden Absatz. Dabei erregte sich wieder einmal, daß Großmaschinen nach dem Katalog kaum zu verkaufen sind, sondern erst im Betrieb vorgeführt werden müssen. Das schöne, warme Wetter der letzten beiden Tage regte auch zur Anschaffung von Bindern, Strohpressen, Heuwendern usw. an. Besonders guten Absatz fanden Häckselmaschinen. Dieselmotoren wurden in den verschiedensten Stärken verlangt.

Für Saatgut-Reinigungsanlagen zeigten sich ober-schlesische Gutsverwaltungen aufnahmefähig, während Pumpen-Anlagen nach einem guten Vorjahrsgehalt dieses Mal weniger Beachtung fanden. Schwächer war das Geschäft auch in landwirtschaftlichen Maschinen, während der Absatz

in Futterdämpfern sich im Verlaufe des Marktes noch erheblich belebte. Weniger befriedigt zeigten sich die Aussteller von Elektromotoren und Spezialwaschmaschinen. Feuergeräte und Feuerlöcher hatten überhaupt kein Geschäft. Dagegen erreichten die Umsätze in Holzbearbeitungsmaschinen eine über den Durchschnitt hinaus gehende Höhe. Eine auf diesem Gebiete führende Firma hat ihren gesamten Ausstellungspark verkaufen können und über 100 000 RM. umgesetzt. Ähnliche Verkaufserfolge erzielten die Aussteller von Arbeitsmaschinen für Schlosser und Schmiede. In Maschinen und Geräten für das Nahrungsmittelgewerbe war das Geschäft unterschiedlich. Firmen, die ein geschultes, exportkundiges Personal nach Breslau geschickt hatten, tätigten auch Abschlüsse nach dem Ausland. Tschechoslowakische Besucher kauften landwirtschaftliche Maschinen, aber auch Werkzeugmaschinen, Haushaltsmaschinen, Staubsauger und Fahrräder wurden verlangt.

Direkt an der Veranstaltung beteiligt — und damit kommen wir zur Südost-Ausstellung — waren die schon oben genannten vier Staaten. Auch die Türkei zeigte Interesse, doch hat sich eine türkische Beteiligung dieses Mal noch nicht bewerkstelligen lassen. Angesichts der gegenwärtig im Außenhandel bestehenden Schwierigkeiten war es das Hauptbestreben der Veranstalter, durch persönliche Fühlungnahme der deutschen Exporteure mit den ausländischen Produzenten und Kaufleuten die notwendige Wiederbelebung und Ausdehnung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zum Osten und Südosten ein Stück weiterzubringen. Ist es doch seit langem ein deutscher Wunsch, die unentbehrlichen Rohstoffe und Agrarprodukte mehr aus dem europäischen Ausland, statt aus Uebersee, zu beziehen. Im großen gesehen, bilden Polen und die Balkanländer mit ihrem agrarischen Grundcharakter eine vorzügliche Ergänzung zu Deutschland, das nach Neuordnung des landwirtschaftlichen Sektors zu einem gesunden und gediegenen Handelspartner geworden ist. Die besten Geschäfte wird, wenn die größten Schwierigkeiten erst einmal beseitigt sind, derjenige Staat mit uns machen, welcher sich unseren veränderten Bedürfnissen am schnellsten anzupassen versteht. Wir brauchen heute weniger Getreide, dafür aber mehr Delsaaten und agrarische und mineralische Rohstoffe. Diesen Bedarf genauer kennen zu lernen, bot sich den ausländischen Interessenten auf der Südost-Ausstellung eine ausgezeichnete Gelegenheit. In besonderen Beratungskomitees standen den jeweiligen Partnern bestunterrichtete Sachverständige fördernd zur Seite. Bei solchen Zusammenkünften war man oft überrascht darüber, wie schnell persönliches Verhandeln auch in den schwierigsten Fällen zum Erfolg führte, nachdem vielleicht wochenlangem schriftlicher Verkehr versagt hatte. Leider wurde dabei auch offenbar, daß man namentlich in Handelskreisen über die jeweiligen Zoll- und Devisenbestimmungen hier und da außerordentlich schlecht unterrichtet war.

Die Auslandsstände trugen amtlichen oder doch halb-offiziellen Charakter. Einzelunternehmen stellten also nicht aus, sondern jedes Land zeigte in einer Kollektivschau seine Exportartikel und ließ durch Vertreter alle gewünschten Aufklärungen geben. Mit Polen war ein besonderes, nach oben mit 12 Millionen RM. begrenztes Messe-Kompensationsabkommen zustande gekommen, das sich bewährt hat. Nach diesem Abkommen konnte Polen an Kontingentwaren ebensoviel verkaufen, wie auf der vorausgegangenen Posen-Messe deutsche Waren abgesetzt worden waren. Trotz vorheriger sorgfältiger Marktanalyse hatte sich die von deutscher Seite aufgestellte Kontingentliste in Posen teilweise als falsch erwiesen, indem vereinbarte Kontingente auf der Messe entweder zu wenig, oder fast garnicht in Anspruch genommen wurden. Wenn trotzdem im Rahmen der Sonderabmachungen in Posen für zirka 720 000 RM. deutsche Waren verkauft worden sind, so war dies dem Entgegenkommen der polnischen Regierung zu danken, die noch während des Messeverlaufs Änderungen und Austausch von Kontingenten gestattete. Die Abschlüsse Polens in Breslau — es handelte sich hierbei um Bettfedern, Tierhaare, Flachs, Delsaaten, Pilze und ähnliche Landesprodukte — werden auf rund drei Millionen Bloth beziffert. Das Gesamtkontingent ist also weit überzogen worden und wird stark gekürzt werden müssen. Selbstverständlich liefen daneben auch freie private Kompen-

sationsverhandlungen, die sich im Laufe der nächsten Zeit zu festen Kontrakten verdichten dürften.

Die hieben wie drüben mit Genugtuung begrüßte Beendigung des Zollkrieges mit dem östlichen Nachbarstaat bedeutete zunächst nur den Abbau der Kampfmaßnahmen. Einer schnelleren Wiedereroberung des polnischen Marktes stehen auch weiterhin die starke politische Benachteiligung gegenüber Vertragsstaaten sowie zahlreiche andere einfuhrdrohende Bestimmungen entgegen. Ein kleiner weiterer Schritt vorwärts war die deutsch-polnische Vereinbarung vom Oktober vorigen Jahres, in der zum ersten Mal für gewisse Waren und Kontingente wieder Vertragszölle festgelegt wurden. Allerdings ersatz dieses Abkommen nur etwa 15 Prozent des deutsch-polnischen Warenverkehrs der letzten Zeit. Ein- und Ausfuhr der meisten Waren wickelt sich gegenwärtig im Wege privater Kompensationen ab, deren Zustandekommen und Durchführung keineswegs leicht ist. Auf polnischer Seite ist dabei die polnische Gesellschaft für den Kompensationshandel zwischengeschaltet, die den polnischen Importeuren — zumeist Vertreter-Firmen, die mit Krediten zu arbeiten pflegen — sehr strenge Zahlungsbedingungen stellt. Für Kreditgeschäfte werden schwer zu beschaffende Bankgarantien verlangt. Auch der polnische Export nach Deutschland leidet unter Finanzierungs-Schwierigkeiten. Erst ein umfassender Handelsvertrag kann hier Wandel schaffen.

Mit den anderen auf der Ausstellung vertretenen Ländern stehen wir zwar in handelsvertraglichem Verhältnis, unter dem Druck der beiderseitigen Devisennöte vollzieht sich aber der Warenverkehr vorerst hauptsächlich im Rahmen staatlicher Verrechnungsabkommen. Bulgarien verpflichtet sich von der Ausstellung in Breslau spätere Gewinne für seine Exportwirtschaft. Lebhaftes Interesse hat vor allem für bulgarische Delsaaten, Teppiche usw. vorgelegen. Im jugoslawischen Stand richteten sich die Anfragen der deutschen Importeure besonders auf Mais, der dem deutschen Maismonopol unterliegt. Daneben fanden Holz, Heilpflanzen, Bettfedern, Geflügel sowie besonders Honig Beachtung. Teppiche konnten an Ort und Stelle verkauft werden. Sämtliche Anfragen werden an das staatliche Institut zur Förderung des Außenhandels in Jugoslawien weitergeleitet, um möglichst vielen Exportfirmen Gelegenheit zur Unabnahme von Geschäftsverbindungen zu bieten. Rumänien stellte Nachfrage nach neuen, bisher von dort nicht bezogenen Artikeln fest. So wurde Wolle, und Schleif- und Schnittholz verlangt, obwohl diese Produkte nicht ausgestellt waren. Vom neuen deutsch-rumänischen Handelsvertrag erwartet man in rumänischen Wirtschaftskreisen stärker belebende Auswirkungen.

In seiner Eröffnungsrede kennzeichnete Gauleiter und Oberpräsident Wagner die Bedeutung der Breslauer Veranstaltung u. a. in folgenden Ausführungen:

„Zum ersten Mal weitet sich der traditionelle Landmaschinenmarkt zu einer wirklich umfassenden Ausstellung, die Zeugnis ablegt von der Schaffenskraft und schöpferischen Leistungsfähigkeit nicht nur der schlesischen Industrie und Wirtschaft, sondern der des deutschen Reiches und die zugleich Spiegelbild ist des wirtschaftlichen Charakters jener Staaten des europäischen Ost-Südostraumes, die dankenswerter Weise die Ausstellung besichtigt haben. Gleichzeitig tritt das ernsthafte Streben des jungen Reiches, seine wirtschaftlichen Beziehungen zu jenen Staaten in ein gesundes und damit organisches Verhältnis zu bringen, nachdrücklich hervor, um solchermaßen entschieden mitzuwirken an einer lebensstarken und vernünftigen Ordnung dieses europäischen Raumes.“

Das waren in der Tat die Absichten der Veranstalter, die mit dem Zustandekommen und erfolgreichen Abschluß des mühevollen Werkes nicht nur der schlesischen Wirtschaft, sondern dem ganzen Reich einen wertvollen Dienst erwiesen.

M. S.

Königsberger Ostmesse.

In der Zeit vom 18. bis 21. August 1935 findet in Königsberg die 23. Deutsche Ostmesse statt.

Firmeneintragen

bei den obereschlesischen Amtsgerichten im Handels- und Genossenschaftsregister in der Zeit vom 28. 4. bis 28. 5. 1935.

Amtsgericht Beuthen OS.: Herbert Nowak, Inh. Herbert Nowak. — Modehaus Zimmermann & Co.; Geschäftsführer: Frau Luise Zimmermann, geb. Mainka, Frau Josefa Jarosch, geb. Kottka. — **Amtsgericht Gleiwitz OS.:** Bau-Gesellschaft C. Kallenbach GmbH.; Geschäftsführer: Senator Carl Kallenbach, Hamm, Ober-Ing. Wilhelm Kallenbach, Weimar, Ober-Ing. Dr. Heinrich Kallenbach, Berlin-Dahlemer; Einzelprof.: Ing. Josef Wanzel, St. Vith (Eifel), Dipl.-Ing. Emil Kallenbach, Hofheim (Taunus); Gesamtprof.: Rsm. August Ren, Hamm, Egon Methner, Berlin-Steglitz, Ing. Erich Krause, Berlin-Hermsdorf, Beton-, Hoch-, Tief- und Eisenbahnbau; Stammkapital: 300 000 RM. — Ruth Fröhlich, Inh. Frä. Ruth Fröhlich, Textilwaren- und Weiß-

warenhdg. — **Amtsgericht Groß Strehlitz OS.:** Agnes Menzler, Tabakwarenhandel, Inh. Agnes Menzler, geb. Bzfa. — Peter Bzfa, Tabakwarenhandel, Inh. Peter Bzfa, Sandowitz. — **Amtsgericht Leobischütz OS.:** Karl Krause, Inh. Karl Krause. — **Amtsgericht Neustadt OS.:** Richard Fischer, Inh. Richard Fischer, Schnellwalde. — **Amtsgericht Oppeln OS.:** Czogalla Alois, Inh. Alois Czogalla. — Heinz David, Inh. Heinz David, Bolko. — **Amtsgericht Ottmachau OS.:** Martin Böhm, Inh. Martin Böhm. — **Amtsgericht Ratibor OS.:** Robert Glusa, Weingroßhandlung GmbH.; Geschäftsführer: Robert Glusa, Ing. Waldeemar Drabik; Prof.: Johanna Glusa; Stammkapital: 25 000 RM. — Lieferungs-genossenschaft Ratiborer Tischlermeister eGmbH. —

Bücher und Zeitschriften

Oberschlesische Mitteilungen. Amtliches Organ der Provinzialverwaltung von Oberschlesien. 2. Heft. Mai 1935.

Nachdem in der ersten Nummer Landeshauptmann Adamczyk Zweck und Ziel der Zeitschrift kurz umriss, begrüßt in der sieben erschienenen 2. Nummer die Reichsbahndirektion Oppeln in einem kurzen Geleitwort die Herausgabe der Zeitschrift. Als Mittlerin des Verkehrs auf das Engste mit Oberschlesien verbunden, hofft die Reichsbahndirektion Oppeln zuversichtlich, daß die „Oberschlesischen Mitteilungen“ auch hier ein Sprachrohr werden, durch das sie darlegen kann, welche Rolle der Reichsbahn im Grenzland Oberschlesien in treuer Notgemeinschaft mit Handel und Industrie und in gemeinnütziger Verbundenheit mit der Bevölkerung zukommt. Oberbannführer Kurt Scheerschmidt, Gauführer für den Schlesischen Jugendherbergverband, gibt dem Leser in seinem Beitrage „Jugendwandern und Jugendherbergen in Oberschlesien“ interessante Aufschlüsse über den weiteren Ausbau des Jugendherbergwerks. Aus der Feder des Verbandsgauleiters im RDS, Rektor Sczodrok, folgt ein Beitrag über den Ehrentag der Schlesischen Dichtung in Bad Carlsruhe und die Volkskundgebung in Gleiwitz. Der Referent des BDD, Lehrer Erzepth, Gleiwitz, schildert in einem aufschlußreichen Beitrag „Tag der Heimat“ die unermüdete und vielseitige Werbetätigkeit des BDD in unserer Grenzmark. Aus dem weiteren reichen Inhalt seien noch erwähnt die Aufsätze über vorgeschichtliche Denkmäler von Dr. Georg Rajchke, Ratibor, und über die im Rahmen der Ausstellung „Volk und Wirtschaft“ gezeigte Sonderchau des Presse- und Volksaufklärungsamts der Provinzialverwaltung „Auch Oberschlesien ist schön“, über die Oberschlesienfahrt des Reichsportführers u. a. m.

Zwischenbilanz der Krisenpolitik. Eine international vergleichende konjunkturpolitische Studie. Von Dr. Ernst Wagmann, Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin, Präsident des Instituts für Konjunkturforschung. Carl Heymanns Verlag. Berlin W. 8. 1935. 102 Seiten, 20 Tabellen und Kurven, Preis 2,80 RM.

Nach den Ausführungen im Vorwort steht das Wort „Konjunkturwissenschaft“ als Teil für ein Ganzes, dessen Ziele sehr weit gesteckt sind, sehr viel weiter jedenfalls, als die der herkömmlichen Wirtschaftstheorie. Diese Auffassung bestätigt der Verfasser mit seinem Buch, das auf der Grundlage eingehender Kenntnis der wirtschaftlichen Tatsachen des In- und Auslandes in einem weit gesteckten Rahmen die schwierigen Fragen der Wirtschaftskrise behandelt. Dabei werden ganz besonders die Entwicklungen in England und in den Vereinigten Staaten geprüft und die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise auf ihre Tragweite untersucht. Die gegenwärtig in fast allen Ländern der Welt herrschende Krise gehört nicht zu den leichten Krisen, wie sie z. B. in den Jahren 1900—1907 beobachtet wurde, die rasch „von selbst“ vorüberging, obwohl sie fast die ganze Weltwirtschaft zu spüren bekam. Die gegenwärtige Krise ist zu vergleichen mit so schweren, langwierigen Depressionen, wie die, die den napoleonischen Kriegen folgten. Damals wurde die Krise erst über-

wunden, als neue große technische und politische Entwicklungen einsetzten. Auch heute kann die Krise nicht aus sich selbst heraus, mit rein wirtschaftlichen Mitteln überwunden werden, wie es ein unbeherrschbarer Liberalismus noch immer will. Vielmehr ist gegenwärtig der Einfluß der stärksten wirtschaftspolitischen Aktivität und zweckentsprechender Staatsmaßnahmen unerlässlich, um die Wirtschaft vor dem Zusammenbruch und dem Chaos zu retten. Derartige Eingriffe und Maßnahmen sind sowohl in den Vereinigten Staaten wie auch in England, mit größtem Erfolg aber im nationalsozialistischen Deutschland unternommen worden. Wagemann schildert die Arbeitsbeschaffung als wichtigstes Sofortprogramm gegen die Arbeitslosigkeit. Mit scharfer Logik weist er nach, daß die vielfach unsachlichen Kritiker dieser Maßnahmen Unrecht haben. Es steht fest, daß der Erfolg der Arbeitsbeschaffung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit überwältigend ist. Nach allen Seiten hin werden die zur Krisenbekämpfung notwendigen wirtschaftspolitischen Methoden geschildert. Insbesondere wird auch den Fragen der Landwirtschaft und der Außenhandelspolitik eine lichtvolle Behandlung erteilt. Von größtem Interesse ist sodann die geistvolle Erörterung der verschiedenen Wirtschaftssysteme und ihrer Bewährung im internationalen Wettbewerb. Von starkem Optimismus getragen, schließt der Verfasser seine Ausführungen in dem Abschnitt „Vor neuen Aufgaben“, indem er nochmals betont, daß die Depressionen nur dadurch überwunden werden, daß an die Wirtschaft von außen her Aufgaben ganz großen Stils herantreten. Nur, wenn die Nationen solche Aufgaben nicht mehr vor sich sehen, geben sie sich preis und sind verloren. Die jetzt in der Verantwortung stehende Generation beginnt aber immer deutlicher zu erkennen, daß ihre Zeit gekommen ist. Das Buch von Wagemann ist, wie kaum ein anderes, geeignet, Klarheit über die gegenwärtigen verworrenen Wirtschaftsverhältnisse der Welt zu gewinnen und die Richtigkeit und Erfolgsicherheit der von Adolf Hitler ergriffenen Maßnahmen nachzuweisen.

Gersdorff, Dr. Gero Wolfganga Freiherr. Rosen. Die Entwicklung der polnischen Handelsvertragspolitik. Neue Deutsche Forschungen, Abteilung Nationalökonomie, Band 3, 177 Seiten, ar. 8°, Berlin 1935, Junfer und Dünhaupt Verlag. Preis brosch. 6.— RM.

Die Arbeit untersucht die polnische Handelsvertragspolitik bis zum Ende des Jahres 1934. Es erweist sich in geographischer, soziologischer und wirtschaftsstruktureller Hinsicht ein Uebergangscharakter Polens. Die verschiedenen Uneinheitlichkeits- und Abhängigkeitsmomente bedingen das Hauptziel der polnischen Handelsvertragspolitik: die Herstellung der Einheitlichkeit des Landes als Wirtschaftskörper und seine Selbstständigkeit auf dem Weltmarkt, d. h. die Verdrängung des ausländischen Vermittlungshandels. So wird die Handelsvertragspolitik zum wichtigsten Mittel im Kampfe dieses zwischen europäischen Staaten um seine Großmachstellung. Gewisse Verlagerungen im polnischen Außenhandel in qualitativer und regionaler Hinsicht, der neue Zolltarif und die Klärung der politischen Lage erlaubten Polen neuerdings größere Bewegungsfreiheit gegenüber den Nachbarländern des Westens und Ostens. Bei der Neuordnung des Handels-

vertragsnetzes, deren maßgebende Gesichtspunkte die Währungsstabilität und der Selbständigkeitsanspruch blieben, ist als Hauptfrage das deutsch-polnische und das französisch-polnische Problem noch zu lösen. Aufgebaut auf der Verwertung deutschen, polnischen und französischen Materials und zahlreicher statistischer Belege, hofft die Arbeit zum Verständnis dieser Vorgänge beizutragen und die Wege zu ihrer weiteren Bewältigung ebnen zu helfen.

Kaufmännische Werbekunde. Leitfaden für kaufmännische Unterrichtsanstalten und zur Selbstschulung, von Dipl.-Hdl. Heinz Leder, Volkswirt R. D. V., 2. vermehrte und verbesserte Auflage. Verlagsanstalt Ernst Mandisch, Freiberg in Sachsen.

Das Werk ist Anfang 1933 erschienen, vermutlich noch vor dem Eintritt des politischen und geistigen Umschwungs. Trotzdem gibt es eine gute Gesamtübersicht über das Werbewesen und seine Ziele, über Grundlagen und Durchführung der Werbearbeit sowie über Gesetz und Werbung; das namentlich das letztgenannte Thema den gegenwärtigen Verhältnissen nicht ganz Rechnung trägt, findet in dem mehr als 2½ Jahre zurückliegenden Zeitpunkt seiner Erscheinung keine Verärgerung. Die mit dem Buch gedanklich und stofflich zusammenhängende Arbeitsmappe ist neueren Ursprungs: sie stammt aus dem Jahre 1934 und bringt reichhaltiges Anschauungsmaterial. Ein besonderer Vorteil dieser Mappe darf darin erblickt werden, daß sich jeder Schüler auf den seinem Anschauungs- und Erfahrungskreis entsprechenden Geschäftszweig aus Handel, Handwerk oder Industrie einstellen kann. Der Preis für Buch und Mappe beträgt 4,50 Mark.

Volk — Raum — Wirtschaft. Lehrbuch der Wirtschaftsgeographie, von Karl von der M., Professor an der Handels-Hochschule Leipzig. Dritte, gänzlich umgearbeitete Auflage des „Grundrisses der Wirtschaftsgeographie“ mit 89 Skizzen. Verlag und Druck von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin. 1935.

Diese neueste gründlich umgearbeitete Ausgabe behandelt das umfassende Gebiet der Wirtschaftsgeographie auf knappem Raum unter Einschaltung ausgezeichnete klarer und plastischer Skizzen und unter selbstverständlicher Berücksichtigung der modernsten fachwissenschaftlichen Ergebnisse. Gewiß ist das Ziel des wirtschaftsgeographischen Unterrichts nach wie vor die Erlangung „eines starken Verständnisses für die Voraussetzung, die Verflechtung und den Ablauf des Wirtschaftslebens“. Der Gegenstand des wirtschaftsgeographischen Unterrichts aber ist nicht so sehr das „tote“ Land an sich, sondern der geographische Raum als Wohnraum des Staates. Die vom Staate zur reibungslosen organisatorischen Durchführung der wirtschaftlichen Funktionen erlassenen Gesetze sowie die sich hieraus ergebenden Tagesfragen sind deshalb in geeigneter Weise in den Unterricht einzuflechten. Mit Recht hat daher Professor von der M. einleitend die Beziehung Raum und Volk, d. h. Raum und Wirtschaft und Volk und Wirtschaft aufgedeckt; alsdann folgt die wirtschaftsgeographische Betrachtung Deutschlands und der bedeutendsten außerdeutschen Wirtschaftsgebiete; endlich wird ein zusammenfassender Überblick über die Güter, Märkte und Wege des Welt Handels gegeben. Mit der Behandlung von Deutschlands Weltstellung schließt das Buch ab. Es dürfte zweifellos geeignet sein, geographische Kenntnisse in reichem Maße zu wecken und zu pflegen und den Sinn für das geopolitische Kräftefeld der Wirtschaftsräume zu fördern.

Die neuen Steuern. Von Dr. Fritz Kopp, Rechtsanwalt, Hauptschriftleiter der Zeitschrift „Deutsche Steuerzeitung und wirtschaftlicher Beobachter“. Industrie-Verlag Spaeth & Linde, Berlin W 35. Preis pro Blatt 4 Pf. und Porto für jede Sendung.

Unter dem Titel „Die neuen Steuern“ wird ein nicht veraltetes Sammelwerk mit sämtlichen, ab 1935 gültigen neuen Reichsteuergesetzen veröffentlicht. Die Gesetze werden erläutert durch die Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes und die Erlaßpraxis der Reichsfinanzverwaltung sowie sonstige, für den Steuerzahler wichtige Hilfsmittel. Das Steuergesetz ist mehr denn je in Fluß und paßt sich der Entwicklung an. Dem muß auch die Literatur folgen. Größere Kommentare

können, wenn sie sorgfältig und zuverlässig sein sollen, erst ziemlich spät erscheinen und bieten die Gefahr alsbaldiger Veraltung. Kurze Erläuterungsbücher über die einzelnen Steuern sind in einem solchen Umfange erschienen, daß die Anschaffung des Materials kaum einem Steuerfachmann möglich ist. In der neuen Veröffentlichung wird in einem einzigen Bande das neue Reichsteuerrrecht dem Leser in die Hand gegeben. Zu den Gesetzen kommen Sprüche des Reichsfinanzhofes und die Erlasse der Reichsfinanzverwaltung. Das Werk wird laufend durch neue Lieferungen ergänzt und kann also nicht veralten. Darin liegt zweifellos ein bedeutender Vorteil des neuen Sammelwerkes, das stets den Augenblicklichen Stand von Gesetzgebung und Rechtsprechung wiedergeben wird.

Vermögenssteuer- und Reichsbewertungsgesetz. Erläutert von Rechtsanwalt und Notar Wilhelm Zellmann, Frankfurt a. Main. Gloedners Steuerbücherei, Band 3, 136 Seiten. In Steifdeckel 2,40 RM.

Die Erläuterungen zum Vermögenssteuergesetz enthalten auch eine gute Einführung in das weit verzweigte und nicht leicht zu übersehende Gebiet des Reichsbewertungsgesetzes. Auch dieses, besonders für die kommende Einheitsbewertung des landwirtschaftlichen Vermögens, des Grund- und des Betriebsvermögens so bedeutende Gesetz hat eine vollständige Erläuterung gefunden — eine wesentliche Erleichterung für den praktischen Gebrauch dieser beiden eng miteinander verbundenen Gesetze. Außerdem sind die im Februar erschienenen Durchführungsbestimmungen zu den beiden Gesetzen mit ihren zahlreichen Einzelvorschriften abgedruckt. Zur Orientierung dient ein ausführliches Sachregister.

Das Körperschaftsteuergesetz. Erläutert von Regierungsrat Dr. Max Rüdell, Frankfurt a. Main. Gloedners Steuer-Bücherei, Band 4, 1935. G. A. Gloedner, Verlagsbuchhandlung in Leipzig. 128 Seiten. In Steifdeckel 2,40 RM.

Durch die Aufnahme der Durchführungsbestimmungen und der Liste der kurzlebigen Wirtschaftsgüter im Anhang, stellt das Buch ein abgerundetes Ganzes dar, das sowohl dem Steuerpflichtigen selbst wie seinem Rechtsberater einen Überblick über die wichtigsten Fragen des schwierigen Steuergebietes gibt.

Die Einheitsbewertung des Grundvermögens. Von Regierungsrat Dr. Karl Lyncke, Bitterfeld. 3. Auflage 1935. Gloedners Steuer-Bücherei, Band 7. G. A. Gloedner, Verlagsbuchhandlung in Leipzig. 144 Seiten. In Steifdeckel RM. 2,70.

In leicht verständlicher Sprache werden hier an Hand zahlreicher Beispiele und unter besonderer Berücksichtigung der bis in die neueste Zeit verfolgten Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes die in Betracht kommenden Bestimmungen systematisch erläutert. Die verschiedenen Verordnungen der Landesfinanzämter, ohne deren Kenntnis die Ermittlung des Einheitswerts der einzelnen Gebäude nicht möglich ist, sind in einem Anhang wiedergegeben. Desgleichen die für die Bewertung der Fabrikgrundstücke, Hotelgrundstücke und Warenhäuser maßgebenden Bestimmungen. Allen denen, die sich für die Bewertung des Grundvermögens interessieren, wird damit ein willkommenes Hilfsmittel an die Hand gegeben.

Guttentagische Sammlung Deutscher Reichsgesetze. Nr. 190 a—d Steuergesetze. Nr. 190c Reichsbewertungsgesetz, Bodenschätzungsgesetz. Textausgabe mit Einführung und Erläuterungen von Max Renzi, Ministerialrat im Preussischen Finanzministerium, Berlin und Leipzig 1935. Walter de Gruyter & Co.

Die Neugestaltung des Steuerberatungswesens. Bearbeitet vom Reichsfachausschuß für Steuerwesen des Verbandes Deutscher Diplom-Kaufleute e. V. Deutscher Betriebswirte-Verlag G.m.b.H., Berlin 1935. 24 Seiten, geheftet RM. 1.—.

Die kleine Schrift ist aus einer Rundfrage unter Berufsangehörigen in verschiedensten Gegenden Deutschlands hervorgegangen. Sie stellt sich als keine theoretische Abhandlung in dem Sinne dar, daß sie die Meinung eines einzelnen wiedergibt. Hier ist vielmehr ein wertvoller Anhaltspunkt für die

notwendigen Reformmaßnahmen dadurch gegeben, daß die verschiedenen Meinungen und Meinungen nach großen Gesichtspunkten zusammengefaßt und in knapper Form in den Hauptzügen die Erwartungen weiter Schichten wiedergegeben wurden.

Die Neugestaltung des kaufmännischen Studiums. Programmschrift des Verbandes Deutscher Diplom-Kaufleute e. V. Deutscher Betriebswirte-Verlag G. m. b. H., Berlin W 35 88 Seiten, brochiert RM. 3.—

Die Schrift wird der Öffentlichkeit zu einem Zeitpunkt übergeben, an dem die Neugestaltung der wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge bevorsteht. Diese Neugestaltung des kaufmännischen Studiums ist nicht erst in der letzten Zeit gefordert worden, sondern war schon vor vielen Jahren Gegenstand einer eifrigen Aussprache unter den beteiligten Kreisen der Hochschulen, der Behörden und der Angehörigen des kaufmännischen Berufes. Ueber das Ziel der Neugestaltung des kaufmännischen Studienganges war man sich einig. Nicht einigen konnte man sich über den Weg, der zu diesem Ziele führen sollte. In der Programmschrift wird nun als Hauptziel der Neugestaltung des kaufmännischen Studienganges die Erhebung der Betriebswirtschaftslehre zu dem das kaufmännische Studium und die kaufmännische Diplomprüfung tragenden Fach gefordert, und zwar unter Einschränkung der nicht betriebswirtschaftlichen Fächer. In der Programmschrift ist eine Anzahl ausführlich begründeter Vorschläge aufgestellt, die alle wichtigen Punkte einer grundlegenden Umgestaltung des kaufmännischen Studiums erschöpfend behandeln. Die Schrift wird für längere Zeit von richtungweisender Bedeutung sein. Sie ist für jeden am deutschen Hochschulwesen und an der Heranziehung des kaufmännischen Nachwuchses Interessierten von grundlegender Bedeutung.

„Arbeitsrecht = Kartei.“ Loseblatt-Lexikon des Arbeits- und des Sozialrechts, herausgegeben von Amtsgerichtsdirektor Dr. Kallee unter Mitarbeit hervorragender Praktiker und Wissenschaftler des Arbeitsrechts. 16. Jahrgang. Verlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart-D., Pfifferstr. 20.

Die „Arbeitsrecht = Kartei“ ist ein Sammelwerk des Arbeitsrechts sowie der Sozialversicherung in Loseblattform, das neben dem Wortlaut der Gesetze und Verordnungen sehr gründliche erläuternde Darstellungen enthält und auch die Rechtsprechung sorgfältig verarbeitet. Die Berichterstattung in den nach Bedarf erscheinenden Lieferungen ist außerordentlich aktuell. Durch diese Lieferungen wird das Werk zugleich ergänzt, so daß es stets dem neuesten Stande der Gesetzgebung entspricht. In der Zeit vom 12. April bis 14. Mai 1935 sind 4 Hefte (Nr. 516–519) erschienen. Behandelt sind u. a. die Lohnzahlung am 1. Mai, aktuelle Ver-

trauensratsfragen, wie die Gelöbnisablegung des Vertrauensrats, die Mitteilung des Abstimmungsergebnisses, die Wahlanfechtung, die Berufung und Abberufung von Vertrauensmännern, ferner die Wahl des Beirats, die Erweiterung der sozialen Selbstverwaltung, die künftige Arbeitsgesetzgebung, die Bildung von Betriebsausschüssen im Saarland, die Zulässigkeit und Rechtswirkung von Ausgleichsquittungen und das neue Vergleichsverfahren. Außerdem sind abgedruckt wichtige Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts über Schutzhaft, über den Beginn des Entlassungsschutzes der Vertrauensräte, über die Rechtsnachfolge der Arbeitsfront, über Betriebsgefahr und über den gesetzlichen Urlaubsanspruch. Jedes der 4 Hefte enthält auch einige Blätter mit Kurznotizen über wichtige Tagesfragen.

„Deutsches Eisenbahn-Adreßbuch“, 18. Ausgabe. (Reichsbahn, Privatbahn, Klein- und Straßenbahnen, öffentlicher Kraftverkehr, Reichsautobahn), erschienen im Verlag H. Apitz, G. m. b. H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Strasse 92. Gebunden 412 Seiten. Preis RM. 15.—

Seit dem Erscheinen der letzten (17.) Ausgabe des „Deutschen Eisenbahn-Adreßbuches“ im März 1933 sind durch die nationalsozialistische Staatsrenewierung erhebliche Umstellungen vor sich gegangen, die sich auch bei den Verkehrsunternehmen, ganz besonders aber bei der Reichsbahn, ausgewirkt haben. Die damit verbundenen Änderungen dauerten bis in die letzte Zeit fort, so daß mit der Herausgabe der 18. Ausgabe bis zum Frühjahr 1935 gewartet werden mußte. Die neue Ausgabe des „Deutschen Eisenbahn-Adreßbuches“ enthält alle wichtigen Adressen der Verwaltungen, Dienststellen und Beamten der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, der Privat-, Klein- und Straßenbahnen, des öffentlichen Kraftverkehrs wie in früheren Ausgaben. Neu aufgenommen wurde die Gesellschaft „Reichsautobahnen“. Der Teil „Reichsbahnkraftverkehr“ wurde erweitert. Die Angaben für den Direktionsbezirk Saarbrücken, der sich nach der Saarabstimmung aus der bisherigen Reichsbahn-Direktion Trier und der früheren Direktion Saarbrücken zusammensetzt, sind dem Adreßbuch in einem besonderen Nachtrag beigelegt. Den Benutzern des Buches wird mit dem Buch ein durchaus zuverlässiges Nachschlagewerk zur Verfügung gestellt. Es enthält insbesondere für Firmen, die Wert auf eine Verbindung mit den verschiedenen Verkehrsunternehmen legen, wichtiges Material.

Geschäftsbericht der Handwerkskammer zu Berlin. 1. April 1934 — 31. März 1935. 107 Seiten.

Der Geschäftsbericht der Berliner Handwerkskammer enthält wertvolles Material über den Aufbau des Handwerks in der Mark Brandenburg und die Arbeit der Handwerkskammer Berlin auf dem Gebiet des Handwerks. Besonders hervorzuheben ist die Ausgestaltung mit inhaltsreichen statistischen und graphischen Zusammenstellungen.

Statistisches

Produktion und Absatz des westerschlesischen Bergbaues

I. Förderung bzw. Produktion

Jahr bzw. Monat	Steinkohle			Koks			Briketts		
	im ganzen	arbeits- täglich	je ver- fahrene Schicht der Gesamt- beleg- schaft	im ganzen	kalender- täglich	je Kopf und Arbeits- tag der Gesamt- beleg- schaft	im ganzen	arbeits- täglich	je Kopf und Arbeits- tag der Gesamt- beleg- schaft
	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	17 960 854	59 830	1,434	1 369 968	3 753	2,410	267 796	894	4,705
1931	16 791 957	55 992	1,579	995 744	2 728	2,728	279 191	931	4,799
1932	15 277 487	50 449	1,678	867 424	2 370	2,399	276 118	911	5,147
1933	15 640 004	52 378	1,754	859 588	2 355	2,428	275 571	923	4,832
1934	17 391 748	58 225	1,764	997 725	2 734	2,299	253 603	849	5,340
Februar 1935	1 421 467	60 746	1,774	94 882	3 389	2,760	19 258	837	4,024
März "	1 547 199	59 737	1,783	94 376	3 044	2,477	19 167	737	3,560
April "	1 398 509	58 271	1,754 ¹⁾	85 660	2 855	2,356	18 391	766	3,530

¹⁾ Vorläufige Zahl.

II. Absatz an Steinkohle, Koks und Briketts

1. Steinkohlenabsatz nach Empfangsländern

Jahr bzw. Monat	In der Provinz Oberschlesien	Nach dem übrigen Deutschland	Nach dem Ausland					Im ganzen
			Tschecho- slowakei	Deutsche Oesterreich	Ungarn	übriges Ausland	Summe Ausland	
	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	4 978 681	10 736 423	709 855	340 149	154 839	95 333	1300 176	17 015 280
1931	4 332 231	9 961 850	673 484	310 217	33 107	204 246	1221 054	15 515 135
1932	3 755 464	9 341 546	663 082	218 909	1 105	149 554	1032 650	14 129 660
1933	3 828 516	9 664 630	608 359	137 805	1 215	200 131	947 510	14 440 656
1934	4 215 048	11 256 179	624 489	67 028	3 440	324 302	1019 259	16 490 486
Februar 1935	374 790	829 773	47 788	4 190	455	29 938	82 371	1 286 934
März "	388 452	944 175	54 601	4 055	240	34 272	93 168	1 425 795
April "	351 976	832 880	40 305	3 492	655	38 600	83 052	1 267 908

2. Steinkohlenabsatz nach Beförderungsarten

Jahr bzw. Monat	mit der Hauptbahn		mit der Schmalspurbahn, Seilbahn und Landfuhrwert		W a s s e r u m s c h l a g							
					mit der Hauptbahn				mit der Schmalspurbahn in Gleitwäg		im ganzen	
					in Cosel		in den übrigen Oberhäfen					
	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%
1930	14 514 029	85,30	2 501 251	14,70	1 531 052	9,00	104 296	0,61	5435	0,03	1640783	9,64
1931	13 432 399	86,58	2 082 736	13,42	1 567 876	10,11	20 975	0,13	4965	0,03	1593816	10,27
1932	12 527 890	88,66	1 601 770	11,34	1 334 122	9,44	22 695	0,16	4428	0,03	1361245	9,63
1933	12 976 121	89,86	1 464 535	10,14	1 181 979	8,17	4 865	0,03	6625	0,05	1193469	8,25
1934	14 885 855	90,27	1 604 631	9,73	1 713 780	10,39	7 290	0,04	3235	0,02	1724305	10,45
Februar 1935	1 139 493	88,54	147 441	11,46	46 030	3,58	600	0,04	—	—	46630	3,62
März	1 282 451	89,95	143 344	10,05	181 029	12,70	920	0,06	—	—	181949	12,76
April	1 135 516	89,56	132 392	10,44	201 225	15,87	—	—	—	—	201225	15,87

3. Absatz an Roßs.

Jahr bezw. Monat	Provinz Obereschlesien	Aufbriges Deutschland	Ausland	im ganzen	mit der Hauptbahn	mit der Schmal- spurbahn, Seil- bahn und Land- fuhrwerk	Umschlag auf mit der Hauptbahn	Schiff mit der Schmal- spurbahn	Absatz an die D. Hütten- industrie
	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	230 078	583 832	162 779	976 689	794 411	182 278	118 309	—	145 302
1931	175 764	614 138	179 123	969 025	818 811	150 214	143 045	—	81 914
1932	154 212	602 143	131 120	887 475	798 522	88 953	89 350	—	52 044
1933	178 152	653 451	98 340	929 943	818 597	111 346	113 201	—	81 318
1934	239 848	648 133	189 400	1 077 381	910 091	167 290	138 006	—	157 489
Februar 1935	29 076	46 008	21 799	96 883	76 062	20 821	826	—	19 018
März "	27 913	37 654	4 953	70 520	49 962	20 558	4 054	—	20 313
April "	23 281	31 223	3 924	58 428	40 531	17 897	10 983	—	19 781

4. Absatz an Briffetts.

Jahr bezw. Monat	Provinz Obereschlesien	Aufbriges Deutschland	Ausland	im ganzen	mit der Hauptbahn	mit der Schmal- spurbahn, Seil- bahn u. Land- fuhrwerk	Umschlag auf mit der Hauptbahn	Schiff mit der Schmal- spurbahn	Eisenbahn- dienst- briffetts
	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	13 681	250 642	2 394	266 717	261 637	5 080	—	—	193 006
1931	30 853	237 270	5 914	274 037	265 585	8 452	200	—	184 023
1932	28 441	230 674	6 431	265 546	253 360	12 186	—	—	174 594
1933	31 659	230 417	8 591	270 667	259 985	10 682	—	421	164 996
1934	37 157	203 406	5 555	246 118	239 160	6 958	—	—	118 708
Februar 1935	4 703	12 904	348	17 955	16 851	1 104	—	—	9 745
März "	4 039	13 820	97	17 956	17 468	488	—	—	8 891
April "	3 877	13 865	118	17 860	17 669	191	185	—	8 106

III. Nebenprodukte der Roßsanstalten

Jahr bezw. Monat	Produktion				Abfaß			
	Rohrteer u. Teer- ber- dungen	Rohbenzol und Homologen	Schwefel- saures Ammoniak	Roh- Naphthalin	Rohrteer u. Teer- ber- dungen	Rohbenzol und Homologen	Schwefel- saures Ammoniak	Roh- Naphthalin
	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	61 698	21 427	20 003	58	62 426	21 547	22 891	152
1931	51 676	15 853	15 066	11	51 910	15 794	12 806	—
1932	44 826	14 561	14 757	15	44 829	14 537	21 056	30
1933	44 432	14 478	14 570	61	43 985	14 480	14 392	51
1934	51 804	17 276	16 844	51	51 842	17 318	14 493	61
Februar 1935	4 684	1 576	1 483	—	4 747	1 555	1 299	—
März "	4 730	1 602	1 827	—	4 914	1 551	3 715	—
April "	4 467	1 485	1 466	—	4 394	1 552	1 105	—

IV. Entwicklung der Belegschaftszahlen

Jahr bezw. Monat	Steinkohlengruben					Roßsanstalten				Briffettfabriken			
	männliche Arbeiter		weib- liche Arbeiter	im ganzen	davon unter Tage	männliche Arbeiter		weib- liche Arbeiter	im ganzen	männliche Arbeiter		weib- liche Arbeiter	im ganzen
	über 16 Jahren	unter 16 Jahren				über 16 Jahren	unter 16 Jahren			über 16 Jahren	unter 16 Jahren		
1930	47 970	350	980	49 300	38 012	11 288	1 510	1	42	1 553	185	2	6
1931	42 202	301	766	43 269	33 091	10 178	974	2	24	1 000	188	—	6
1932	35 712	292	571	36 575	27 747	8 828	965	2	21	988	172	—	5
1933	35 270	345	480	36 095	27 324	8 771	958	—	12	970	187	—	4
1934	36 705	448	449	37 602	28 336	9 266	1 173	3	13	1 189	156	—	3
Februar 1935	37 984	433	462	38 879	29 495	9 384	1 207	6	15	1 228	205	—	3
März "	37 726	428	437	38 591	29 202	9 389	1 209	5	15	1 229	204	—	3
April "	37 689	575	440	38 704	29 238	9 466	1 189	3	20	1 212	214	—	3

Verfahrenene und entgangene Schichten im westoberschlesischen Steinkohlenbergbau im März 1935

Arbeitergruppen	Verfahrene Schichten		Durchschnittlich angelegte Arbeiter ¹⁾		Entgangene Schichten infolge							
	insgesamt	davon Schichten für Ueber- arbeiten	insgesamt	in % von der End- summe	Ab- mangels	betriebs- technischer Gründe	Krankheit		Feiern	entschädigungs- pflichtigen Urlaube	Gesamt- zahl	auf 1 angelegten Arbeiter
a) Hauer	157 282	965	7 153	18,31	13 514	37	8 133	3 465	1 326	5 554	28 564	3,99
b) Schlepper	134 496	167	6 269	16,05	13 642	17	8 162	2 821	2 430	3 651	27 902	4,45
c) Reparaturhauer	153 868	5 804	6 541	16,74	10 183	30	5 563	1 483	1 257	4 038	21 071	3,22
d) Sonstige Arbeiter	200 255	1 601	9 152	23,43	16 800	60	12 596	3 039	3 222	5 463	38 141	4,17
Summe bezw. Durch- schnitt: Unter Tage	645 901	8 537	29 115	74,53	54 139	144	34 454	10 808	8 235	18 706	115 678	3,97
a) Facharbeiter	83 200	4 685	3 399	8,70	5 277	—	2 472	667	335	1 224	9 308	2,74
b) Sonstige Arbeiter	129 457	3 612	5 662	14,49	10 283	—	5 700	1 204	1 705	2 673	20 361	3,60
c) Jugendl. männl. Ar- beiter v. 14-16 Jahren	9 728	1	442	1,13	688	—	411	135	584	35	1 718	3,89
d) Weibl. Arbeiter	10 052	41	448	1,15	713	—	404	36	129	228	1 474	3,29
Summe bezw. Durch- schnitt: Über Tage	232 437	8 339	9 951	25,47	16 961	—	8 987	2 042	2 753	4 160	32 861	3,30
Summe bezw. Durch- schnitt aller Arbeiter- gruppen	878 338	16 876	39 066	100,00	71 100	144	43 441	12 850	10 988	22 866	148 539	3,80
dav. in Nebenbetrieben	10 570	913	411	1,05	527	—	305	24	97	94	1 023	2,49

¹⁾ Die Zahl der durchschnittlich angelegten Arbeiter wird ermittelt, indem die Gesamtzahl der im Erhebungszeitraum verfahrenen Schichten, vermindert um die Zahl der Schichten für Ueberarbeiten und vermehrt um die Zahl der entgangenen Schichten, durch die Zahl der Arbeitstage dieses Zeitraumes geteilt wird.

Im westoberschlesischen Steinkohlenbergbau verdiente Durchschnittslöhne im März 1935

Arbeitergruppen	Leistungs- lohn ¹⁾ je verfahrene Schicht	Soziallohn ²⁾ je vergütete Schicht	Bar- verdienst ³⁾ des Arbeiters	Wert der wirtschaftlichen Beihilfen		Gesamteinkommen ⁴⁾		Versicherungsbeiträge je verfahrene Schicht	
				Deputat- tolie je vergütete Schicht	Urlaubs- entschädigung je Urlaubs- schicht	je vergütete Schicht	je durch- schnittlich angelegten Arbeiter	der Arbeiter	der Arbeit- geber
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
a) Hauer	7,05	0,30	7,37	0,25	6,97	7,60	173	1,16	1,38
b) Schlepper	5,43	0,13	5,57	0,17	5,45	5,73	126	0,87	1,05
c) Reparaturhauer	5,93	0,26	6,25	0,20	5,85	6,44	155	0,98	1,17
d) Sonstige Arbeiter	4,49	0,18	4,68	0,20	4,49	4,87	110	0,75	0,90
Durchschnitt: Unter Tage	5,65	0,22	5,89	0,20	5,71	6,09	139	0,93	1,11
a) Facharbeiter	5,65	0,22	5,99	0,19	5,57	6,17	153	0,92	1,10
b) Sonstige Arbeiter	4,26	0,17	4,48	0,17	4,23	4,65	108	0,70	0,83
c) Jugendliche männliche Arbeiter von 14—16 Jahren	1,35	—	1,35	—	1,43	1,35	30	0,19	0,24
d) Weibliche Arbeiter	2,59	0,05	2,64	0,10	2,68	2,74	63	0,41	0,49
Durchschnitt aller Arbeiter- gruppen	5,36	0,21	5,61	0,19	5,49	5,80	134	0,88	1,05
Davon in Nebenbetrieben	4,76	0,20	5,15	0,19	4,54	5,34	138	0,80	0,99

¹⁾ Der Leistungslohn ist der Gehingelohn oder der Schichtlohn unter Ausschaltung aller Zuschläge für Ueberarbeiten, aber einschl. der Versicherungsbeiträge der Arbeiter.

²⁾ Der Soziallohn ist das Hausstands- und Kindergeld.

³⁾ Barverdienst ist der Leistungslohn zuzügl. aller Zuschläge für Ueberarbeiten sowie des Hausstands- und Kindergeldes.

⁴⁾ Das Gesamteinkommen ist der Barverdienst zuzüglich des Wertes der wirtschaftlichen Beihilfen.

Die Metallindustrie West-Oberschlesiens.

A. Hochofenwerke, Stahl- u. Walzwerke einschl. der mit ihnen verbundenen Schmiede- u. Breßwerke, Eisen- u. Stahlgießereien

I. Produktion.

Jahr bezw. Monat	Roheisen			Rohestahl		Halbzeug zum Verlauf	Fertig- erzeugnisse der Walz- werke einschl. Schmiede- u. Brennwerke	Gußwaren zweiter Schmelzung
	insgesamt t	davon Gießerei- roheisen t	Stahl- und Spießeisen einschl. Ferromangan t	Rohblöcke t	Stahlguß t			
1930	86 524	20 049	54 906	343 584	8 694	25 001	254 686	24 054
1931	59 159	—	50 687	301 730	6 377	16 185	231 486	16 505
1932	30 919	10 237	10 673	182 704	5 957	11 150	142 467	7 547
1933	53 244	17 737	26 510	205 098	5 246	13 750	161 129	15 202
1934	119 902	29 573	72 273	311 849	8 307	10 159	235 981	23 102
Februar 1935	14 115	—	14 115	28 883	1 105	668	22 876	1 814
März "	15 305	2 549	11 748	31 854	1 129	626	24 950	1 883
April "	15 372	855	9 885	31 382	953	305	24 681	2 105

II. Belegschaftszahlen.

Jahr bezw. Monat	Hochofenwerke	Stahl- und Walzwerke	Eisen- und Stahlgießereien	Verfeinerungs- betriebe	Hilfs- und Nebenbetriebe	Summe: Eisenhütten	
	Arbeiter insgef.	Arbeiter insgef.	Arbeiter insgesamt	Arbeiter insgesamt	Arbeiter insgef.	Arbeiter insgef.	davon weibliche
1930	351	2 923	1 288	7 338	—	11 900	663
1931	176	2 416	908	6 182	—	9 682	569
1932	115	881	665	5 138	—	6 799	487
1933	168	1 076	814	3 308	2 191	7 557	550
1934	281	1 459	1 012	4 385	2 429	9 566	648
Februar 1935	382	2 007	970	4 481	2 839	10 679	672
März "	385	1 999	942	4 591	2 840	10 757	700
April "	418	1 928	970	4 791	2 941	11 048	709

B. Zink- und Bleierzgruben und Zinkwalzwerke.

I. Produktion (einschl. Nebenprodukte der Hochofenwerke).

Jahr bezw. Monat	Galmei t	Zinkblende t	Bleierz t	Schwefelkies t	Ofenbruch, Zinkstaub t	Zinkblech t	Blei (Zinkblei) t
1930	21 389	197 752	26 154	10 674	15	7 291	65
1931	18 331	167 916	22 410	4 330	—	7 835	69
1932	15 230	112 415	17 968	2 162	—	7 944	54
1933	—	124 294	19 177	1 292	—	7 782	42
1934	240	149 126	23 726	4 505	—	11 426	46
Februar 1935	—	10 195	2 122	805	—	415	1
März "	—	11 916	2 371	837	—	1 172	3
April "	—	10 357	2 121	770	—	830	4

II. Belegschaftszahlen.

Jahr bezw. Monat	Zink- und Bleierzgruben					Zinkwalzwerke			
	männliche über 16 Jahren	unter 16 Jahren	weibliche	Summe der Arbeiter	davon beschäftigt unter Tage	über Tage	männliche über 16 Jahren	weib- liche	Summe der Arbeiter
1930	2 000	4	425	2 429	1 115	1 314	145	3	149
1931	1 583	3	371	1 957	860	1 097	169	1	171
1932	1 300	1	268	1 569	664	905	159	1	161
1933	1 419	—	291	1 710	726	984	144	1	146
1934	1 925	—	272	2 197	953	1 244	172	1	174
Februar 1935	2 167	—	238	2 405	1 025	1 380	174	1	176
März "	2 187	—	230	2 417	1 038	1 379	178	1	180
April "	2 205	—	227	2 432	1 064	1 368	178	1	180

Steinkohlenförderung und Absatz Ost-Oberschlesiens.

Jahr bezw. Monat	Förderung		Abatz		Gesamt- belegschaft
	insgesamt	arbeitstäglich	insgesamt	davon Haupt- bahnversand	
	t	t	t	t	
Monatsdurchschnitt 1929	2 845 309	113 812	2 573 099	2 074 434	87 383
" 1930	2 347 133	93 885	2 095 002	1 680 079	82 520
" 1931	2 367 100	94 684	2 098 939	1 742 291	73 957
" 1932	1 762 949	70 754	1 579 767	1 311 465	59 385
" 1933	1 640 812	66 073	1 519 184	1 234 225	46 647
" 1934	1 809 859	72 880	1 644 496	1 326 831	46 061
Februar 1935	1 626 461	70 616	1 472 304	1 144 883	45 736
März "	1 688 625	64 947	1 565 601	1 231 898	43 758
April "	1 548 356	61 934	1 387 563	1 081 980	42 807

Produktion und Absatz der Koksanstalten und Brikkettfabriken Ost-Oberschlesiens.

J a h r bezw. M o n a t	K o k s					B r i k e t t s				
	Produktion		Abatz		Beleg- schaft	Produktion		Abatz		Be- leg- schaft
	ins- gesamt	kalender- täglich	ins- gesamt	davon Hauptbahn- versand		ins- gesamt	arbeits- täglich	ins- gesamt	davon Hauptbahn- versand	
	t	t	t	t		t	t	t	t	
Monatsdurchschnitt 1929	154 845	5 091	152 515	105 388	2 804	29 342	1 174	29 644	29 489	261
" 1930	131 833	4 394	118 759	79 748	2 502	19 510	780	19 473	19 361	208
" 1931	112 855	3 711	113 209	81 298	2 263	24 973	999	24 937	24 736	199
" 1932	90 893	2 980	82 635	62 850	1 901	16 590	666	16 177	15 989	155
" 1933	97 582	3 208	93 369	62 927	1 884	15 693	632	16 017	15 808	140
" 1934	111 124	3 653	119 289	81 909	1 911	16 213	655	16 101	15 877	134
Februar 1935	111 421	3 979	114 173	77 954	1 889	15 685	682	15 536	14 946	164
März "	113 474	3 660	99 152	65 153	1 896	14 115	543	11 140	10 760	163
April "	105 922	3 531	88 247	60 509	1 864	12 979	519	12 826	12 640	162

Die Reichsindexziffern für die Lebenshaltungskosten nach der neuen Berechnung *) (1913/14 = 100)

	Gesamt- lebens- haltung ¹⁾	Ernährung	Wohnung ²⁾	Heizung und Beleuchtung	Bekleidung	Ver- schieden ³⁾	Gesamt- lebenshaltung ohne Wohnung
April 1934 . .	119,8	116,4	121,3	127,1	109,5	139,9	119,6
Februar 1935 . .	122,5	119,5	121,2	127,5	117,1	140,4	122,7
März " . .	122,2	118,8	121,2	127,6	117,2	140,3	122,3
April " . .	122,3	119,0	121,2	126,8	117,5	140,4	122,5
April 1935 gegen :							
März 1935 (in v. H.) .	+ 0,1	+ 0,2	0,0	— 0,6	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2
April 1934 " " " .	+ 2,1	+ 2,2	— 0,1	— 0,2	+ 7,3	+ 0,4	+ 2,4
" 1933 " " " .	+ 5,5	+ 8,7	— 0,1	— 0,3	+ 11,3	— 0,8	+ 6,6
" 1932 " " " .	+ 0,9	+ 2,7	— 0,2	— 0,4	+ 2,9	— 5,1	+ 1,2

*) vergl. „Oberschl. Wirtschaft“ Jahrg. 9 Sept 12 S. 615 ¹⁾ Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung, Verschiedenes.²⁾ Zwangsbewirtschaftete Altwohnung ³⁾ Reinigung, Körperpflege, Bildung, Unterhaltung, Einrichtung, Verfehr.

Indeziffern der Großhandelspreise (1913=100)

Indexgruppen	Jahres- durchschnitt 1934	Monats- durchschnitt		März 1935					Veränderung in p. G. gegen Normot	April 1935						Veränderung in p. G. gegen Normot	Mai 1935			
		Jan. 1935	Febr. 1935	6.	13.	20.	27.	Monats- durch- schnitt		3.	10.	16.	24.	30.	Monats- durch- schnitt		8.	15.	22.	29.
I. Agrarstoffe																				
1. Pflanzliche Nahrungsmittel	108,7	113,2	113,8	114,3	114,3	114,0	114,1	114,1	+ 0,3	114,2	114,2	114,2	114,1	114,1	114,1	0,0	114,5	114,5	114,5	114,7
2. Schlachtvieh	70,9	76,2	74,9	76,1	77,0	76,5	76,8	76,7	+ 2,4	78,0	78,9	79,0	79,7	80,2	79,2	+ 3,3	80,8	79,9	80,6	81,1
3. Vieherzeugnisse	105,0	105,8	107,2	102,7	102,7	102,6	103,0	102,8	- 4,1	103,0	103,2	103,2	103,2	103,2	103,1	+ 0,3	103,4	103,2	103,3	103,4
4. Futtermittel	102,0	105,2	105,0	105,3	105,2	105,1	105,1	105,2	+ 0,2	105,1	104,9	104,8	104,6	104,6	104,8	- 0,4	104,7	104,6	104,6	104,6
Agrarstoffe zusammen	95,9	100,3	99,7	99,2	99,4	99,1	99,4	99,3	- 0,4	99,7	100,0	100,0	100,2	100,3	100,0	+ 0,7	100,7	100,4	100,6	100,8
5. Kolonialwaren	76,1	81,0	80,8	80,7	83,1	83,2	83,2	82,7	+ 2,4	83,7	84,0	83,9	84,0	84,0	84,0	+ 1,6	84,0	84,0	84,1	84,0
II. Industr. Rohstoffe und Halbwaren																				
6. Kohle	114,5	115,2	115,2	115,2	115,2	115,2	115,2	115,2	0,0	113,9	113,9	113,9	113,9	113,9	113,9	- 1,1	112,6	112,6	112,6	112,6
7. Eisenrohstoffe und Eisen .	102,3	102,7	102,6	102,6	102,5	102,5	102,5	102,5	- 0,1	102,5	102,5	102,5	102,5	102,4	102,5	0,0	102,5	102,4	102,4	102,5
8. Metalle (außer Eisen) . . .	47,7	43,7	43,7	43,6	43,6	43,4	43,4	43,5	- 0,5	44,7	44,7	45,8	45,8	45,9	45,3	+ 4,1	46,2	47,3	47,9	47,9
9. Textilien	77,3	79,8	79,3	79,4	78,0	78,1	78,2	78,5	- 1,0	78,0	77,6	78,0	77,8	78,6	78,0	- 0,6	78,3	79,2	80,0	80,1
10. Häute und Leder	60,9	61,1	60,6	59,9	59,0	59,0	59,0	59,4	- 2,0	59,0	59,4	59,4	59,3	59,0	59,2	- 0,3	59,0	59,1	59,1	59,1
11. Chemikalien	101,1	100,9	100,9	100,9 ¹⁾	100,9 ¹⁾	100,9 ¹⁾	100,9 ¹⁾	100,9	0,0	100,9 ³⁾	100,9 ³⁾	100,9 ³⁾	100,9 ³⁾	100,9 ³⁾	100,9	0,0	100,9 ⁴⁾	100,9 ⁴⁾	100,9 ⁴⁾	100,9 ⁴⁾
12. Künstliche Düngemittel . .	68,6	67,0	67,3	67,3	67,3	67,3	67,3	67,3	0,0	67,3	67,3	67,3	67,3	67,3	67,3	0,0	65,5	65,5	64,1	65,2
13. Kraft- u. Schmierstoffe ²⁾	87,4	87,7	87,7	87,7	87,7	87,7	87,7	87,7	0,0	87,7	87,7	87,7	87,7	87,7	87,7	0,0	87,7	87,7	87,7	87,7
14. Rautschuk	12,9	12,6	12,3	11,9	11,5	10,9	11,3	11,5	- 6,5	10,7	10,5	10,9	11,1	11,1	10,5	- 8,7	10,9	11,5	11,7	11,5
15. Papierhalbw. u. Papier . .	101,2	101,2	101,3	101,3	101,3	101,3	101,3	101,3	0,0	101,8	101,8	101,8	101,8	101,8	101,8	+ 0,5	101,8	101,8	101,8	101,8
16. Baustoffe	110,5	112,0	111,8	111,7	111,9	111,9	111,9	111,8	0,0	111,8	111,7	111,1	111,1	111,1	111,2	- 0,5	111,0	110,8	110,8	110,7
Industr. Rohstoffe und Halbwaren zusammen	91,3	91,8	91,7	91,7	91,4	91,4	91,4	91,3	- 0,4	91,1	91,0	91,0	90,9	91,0	90,9	- 0,4	90,6	90,7	90,7	90,8
III. Industr. Fertigwaren																				
17. Produktionsmittel	113,9	113,8	113,5	113,5	113,5	113,5	113,5	113,5	0,0	113,5	113,5	113,5	113,5	113,5	113,5	0,0	113,5	113,5	113,5	113,4
18. Konsumgüter	117,3	123,5	124,5	124,4	124,4	124,3	124,5	124,4	- 0,1	124,4	124,1	124,0	124,1	124,1	124,1	- 0,2	123,9	123,9	123,9	123,8
Industr. Fertigwaren zusammen	115,8	119,3	119,8	119,7	119,7	119,7	119,8	119,7	- 0,1	119,7	119,5	119,5	119,5	119,5	119,5	- 0,2	119,4	119,4	119,4	119,3
IV. Gesamtindex																				
Reagible Waren	63,4	65,7	65,4	65,0	64,8	65,2	65,4	64,7	- 1,1	65,8	67,0	67,0	67,0	67,7	66,9	+ 3,4	68,1	68,8	69,2	—

1) Monatsdurchschnitt Februar

2) Diese Indeziffer ist an die Stelle der Indeziffer für technische Oele und Fette getreten und mit dieser nicht vergleichbar. Die neue Berechnungsmethode siehe „Wirtschaft und Statistik“ Jahrgang 15 (1935) Nr. 8. S. 286/287. (vergl. vorliegendes Heft, Seite 260.)

3) Monatsdurchschnitt März

4) Monatsdurchschnitt April



Bergwerksgesellschaft

Georg von Giesche's Erben

Breslau 2

Fernsprecher:
Sammel-Nr. 2131

Didier-Werke A.-G. • Werk Gleiwitz

Telegr. - Adresse:
Didier-Werke Gleiwitz

Silika-Steine: Marke »Stella Spezial«, für alle Industrie- und Gasöfen

Schamottesteine: auch Sonderqualitäten nach neuesten Herstellungsverfahren D. R. P.

Hochfeuerfeste Edelmateriale: wie Magnesit-, Chromerz-, Korund-, Siliziumkarbidsteine u. a.
außerdem entsprechende Stampfmassen und Mörtel.

Preußengrube

||||| **Aktiengesellschaft** |||||

Telegramm - Anschrift: Preußengrube, Miechowitz

Fernsprech-Anschluß: Amt Beuthen OS. Sammel-Nr. 2841

liefert

Steinkohlen, Ziegelsteine